

Vom Ernährer- zum Zweiverdienermodell: Bestandsaufnahme und internationale Perspektiven

Hofäcker, Dirk

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hofäcker, D. (2010). *Vom Ernährer- zum Zweiverdienermodell: Bestandsaufnahme und internationale Perspektiven*. (ifb-Materialien, 3-2009). Bamberg: Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg (ifb). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-377426>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

*Vom Ernährer- zum Zweiverdienermodell.
Bestandsaufnahme und internationale Perspektiven*

Dirk Hofäcker

© 2010 Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg (ifb)
D-96045 Bamberg
Hausadresse: Heinrichsdamm 4, D-96047 Bamberg

Leiter: Prof. Dr. rer. pol. Dr. h.c. Hans-Peter Blossfeld
Tel.: (0951) 965 25 - 0
Fax: (0951) 965 25 - 29
E-mail: sekretariat@ifb.uni-bamberg.de

Jeder Nachdruck und jede Vervielfältigung - auch auszugsweise - bedürfen der ausdrücklichen Genehmigung des Staatsinstituts für Familienforschung an der Universität Bamberg.

Die Druckkosten des Materialienbandes übernahm das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	4
1. Einleitung: Vom Ernährer zum Zweiverdienermodell?	5
2. Institutionelle Rahmenbedingungen familialer Erwerbstätigkeit – ein europäischer Überblick	9
2.1 Familienpolitische Maßnahmen	9
2.2 Betriebliche Unterstützungsleistungen	13
2.3 Zugang zum Arbeitsmarkt	15
2.4 Synthese: nationale Rahmenbedingungen für das Zweiverdienermodell	18
3. Entwicklung der Erwerbsmuster von Männern und Frauen in Europa	22
3.1 Das Ernährermodell auf dem Rückzug – Erwerbsquoten im europäischen Vergleich	23
3.2 Zuverdiener oder Zweitverdiener? Arbeitszeitmuster von Männern und Frauen im europäischen Vergleich	37
3.3 Erwerbsmodelle und familiales Belastungsempfinden im europäischen Vergleich ..	55
4 Ausblick	61
5. Literatur	64

Verzeichnis der Tabellen

Tab. 1: Kinderbetreuung, Mutterschaftsurlaub und Elternzeit im internationalen Vergleich (Stand: 2007)	11
Tab. 2: Verbreitung von Langzeitarbeitslosigkeit (1980-2008) und staatliche Transfers (2006) im europäischen Vergleich	16
Tab. 2: Institutionelle Rahmenbedingungen familialer Erwerbsmodelle im europäischen Vergleich	19
Tab. 3: Teilzeitquoten von Männern und Frauen in Europa und den USA, 1990-2007	44
Tab. 4: Erwerbsmuster und individuelles Belastungsempfinden im Überblick	58

Verzeichnis der Abbildungen

Abb. 1: Verbreitung familienfreundlicher Arbeitszeitarrangements in Europa, 2005	14
Abb. 2: Erwerbstätigenquoten von Frauen und Männern im internationalen Vergleich, 1970-2006, ausgewählte europäische Länder	25
Abb. 3: Erwerbstätigenquoten von Frauen und Männern im Lebenslauf, 1975-2007, ausgewählte europäische Länder	30
Abb. 4: Altersspezifische Teilzeitquoten von Frauen und Männern, 1987-2007, ausgewählte europäische Länder	38
Abb. 5: Beschäftigung und Arbeitszeitmuster nach Kinderzahl, ausgewählte europäische Länder, 2007.	49
Abb. 6: Belastungsempfinden bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, 2002.	57

Zusammenfassung¹

Dieser Beitrag befasst sich ausführlich aus international vergleichender Perspektive mit dem Verhältnis von Elternschaft und Erwerbstätigkeit. Einführend wird ein Überblick über die verschiedenen institutionellen Rahmenbedingungen der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit in den Ländern Europas gegeben. Anschließend wird der Frage nachgegangen, wie die Erwerbstätigkeitsmuster von Männern und Frauen in verschiedenen Ländern verlaufen und inwiefern sich abweichende Verlaufsmuster auf unterschiedliche arbeitsmarkt- und familienpolitische Ansätze zurückführen lassen. Abschließend betrachtet der Beitrag anhand von aktuellen Umfragedaten die Konsequenzen der länderspezifisch unterschiedlichen Vereinbarkeitsarrangements für die Häufigkeit innerfamiliärer Konflikte.

Abstract

From a cross-nationally comparative perspective, this report provides a thorough overview of the relationship between parenthood and work. To start with, the paper first provides an overview of institutional framework conditions that affect work-family reconciliation in European countries. Subsequently, employment patterns of men and women are being reconstructed, and it is analyzed in how these patterns can be systematically traced back to nation-specific approaches in employment and family policy. Finally, the report investigates in how far the nation-specific reconciliation arrangements translate into specific patterns of work family conflict.

¹ Der Autor dankt Stefanie König (München) und Timo Reichert (Bamberg) für die Hilfe bei der Datenrecherche,- Analyse und der Erstellung dieser Expertise.

1. Einleitung: Vom Ernährer zum Zweiverdienermodell?

Seit einigen Jahrzehnten befindet sich das Verhältnis der Geschlechter am deutschen Arbeitsmarkt in einem tief greifenden Wandel. Waren in den 1950er und 1960er Jahren deutsche Familien noch durch die fast gesellschaftsweite Verbreitung eines sogenannten **„klassischen männlichen Ernährermodells“** (Lewis 1992, Ostner und Lewis 1998) mit einem erwerbstätigen Ehemann und einer auf Haushalt und Kinderbetreuung spezialisierten Ehefrau gekennzeichnet, so hat seit den 1970er Jahren die Erwerbstätigkeit von deutschen Frauen und insbesondere Müttern deutlich zugenommen, so dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt etwa zwei von drei Frauen im erwerbsfähigen Alter² auch *de facto* erwerbstätig sind.

Trotz des fast kontinuierlichen Anstiegs der weiblichen Erwerbstätigkeit in den vergangenen Jahrzehnten verweisen aktuelle Studien jedoch darauf, dass bei der Integration von Frauen in den deutschen Arbeitsmarkt nach wie vor noch Defizite existieren und oftmals Hindernisse zu überwinden sind. Insbesondere in der frühkindlichen Phase erschwert das Fehlen von externen Kinderbetreuungseinrichtungen erwerbsorientierten Frauen die simultane Vereinbarkeit von Kinderbetreuung und der Fortführung einer gewünschten eigenen Erwerbstätigkeit. Viele Mütter in Deutschland kehren dementsprechend nach einer „Kinderpause“ oftmals zunächst in Teilzeitarbeit auf den Arbeitsmarkt zurück, und erhöhen ihre Arbeitsmarktbeteiligung erst nach und nach mit zunehmendem Alter der Kinder (BMFSFJ 2005). Dieses Modell der familialen Erwerbsbeteiligung wird von Sozialwissenschaftlern als eine „modernisierte“ Variante des klassischen Ernährermodells angesehen. Aufgrund des entsprechend meist geringeren Beitrags der Ehefrau zum Haushaltseinkommen wird sie jedoch vielfach als **„weibliches Zuverdienermodell“** (*ibid.*, Rüling 2004) angesehen.

Angesichts jüngerer sozialstruktureller und demographischer Entwicklungen stellt sich jedoch die Frage, inwiefern dieses Modell der Geschlechterbeteiligung am Arbeitsmarkt langfristig zukunftsfähig sein wird.

- Einerseits verweisen Ergebnisse aktueller repräsentativer Bevölkerungsbefragungen darauf, dass die in Deutschland gegenwärtig vorherrschenden Arbeitszeitmuster von Frauen häufig nicht mit deren gewünschten Arbeitszeiten übereinstimmen (Klenner und Pfahl 2008). Im Zuge der Bildungsexpansion der vergangenen drei Jahrzehnte haben Frauen Männer insbesondere im Erwerb höherer Bildungsabschlüsse mittlerweile eingeholt bzw. vielfach sogar schon überholt (vbw 2009). Aufgrund der damit einhergehenden besseren Arbeitsmarktqualifikationen zeigen insbesondere qualifizierte Frauen ein zunehmendes Interesse an der Verfolgung eigenständiger Arbeitsmarktkarrieren in kontinuierlicher (Vollzeit-) Erwerbstätigkeit. Qualifikationseinbußen und „Karriereknicks“ – etwa im Zuge einer familienbedingten Erwerbsunterbrechung – werden zunehmend vermieden oder auf eine vergleichsweise kurze Zeitspanne reduziert (Stutzer und John 2002).

² Diese in der Arbeitsmarktforschung gebräuchliche Kategorie umfasst alle Bundesbürger im Alter von 15-64 Jahren. Sie stellt damit eine näherungsweise Beschreibung des verfügbaren Arbeitskräftepotentials dar. Aufgrund verlängerter Ausbildungsphasen (Blossfeld et al. 2005) sowie der weiten Verbreitung des Erwerbsaustritts vor Erreichen des offiziellen Ruhestandsalters von 65 Jahren (Hofäcker et al. 2007) kann jedoch davon ausgegangen werden, dass dieser Wert das tatsächlich verfügbare Arbeitskräftepotential etwas überschätzt.

- Zum anderen zeigen demographische Prognosen (*Statistisches Bundesamt* 2006a), dass im Zuge des Rückgangs der Geburtenrate die deutsche Bevölkerung nicht nur altern, sondern gleichzeitig auch zahlenmäßig abnehmen wird. Insbesondere der relative Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter an der Gesamtbevölkerung wird sich dabei in den kommenden Jahrzehnten verringern (vgl. *Schmidt et.al.* 2009). Diese Entwicklung stellt das „deutsche Modell“ in zweifacher Hinsicht vor neue Herausforderungen: Zum einen erwarten vielen Arbeitsmarktforscher in den kommenden Jahrzehnten einen Mangel an qualifizierten Fachkräften (*Reinberg und Hummel* 2004). Zum anderen führt der demographische Wandel dazu, dass zentrale Sozialleistungen - wie Renten- und Gesundheitsversicherung - in Zukunft von einer abnehmenden Zahl Erwerbstätiger für eine steigende Anzahl meist älterer Bezieher wohlfahrtsstaatlicher Transferleistungen erbracht bzw. finanziert werden müssen (vgl. *Schmidt et.al.* 2009). Eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen in Deutschland sowie eine Förderung der weitestgehenden Kontinuität ihrer Erwerbskarrieren könnte hier in zweierlei Hinsicht mögliche Entlastung bringen: Zum einen stünden angesichts des hohen Qualifikationsniveaus von Frauen insbesondere Unternehmen im wachsenden Dienstleistungssektor mehr qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung. Zum anderen würde durch eine Erhöhung der Erwerbsteilhabe von Frauen ein bislang noch weitgehend brachliegendes Erwerbspotential erschlossen und die Anzahl der Beitragszahler zu den Sozialversicherungssystemen erhöht (vgl. *Allmendinger und Ebner* 2006, *Allmendinger et al.* 2007, *Vaupel und Hofäcker* 2009).

Sowohl das steigende Arbeitsangebot von Frauen (durch die verbesserten Bildungsqualifikationen von Frauen) als auch die zu erwartende zunehmende Nachfrage nach weiblicher Arbeitskraft deuten somit auf einen notwendigen Übergang vom bislang dominanten (modernisierten) „Ernährermodell“ zu einem auf umfassender und kontinuierlicher Erwerbstätigkeit beider Ehepartner beruhenden sogenannten „**Zweiverdienermodell**“ hin (*Leitner et al.* 2004).

Auf der Ebene der Europäischen Union existieren dementsprechend bereits seit mehreren Jahren verschiedene Ansätze zur Förderung der Erwerbstätigkeit von Frauen, die explizit das Ziel einer umfassenden Arbeitsmarktintegration beider Ehepartner in einem „Zweiverdienermodell“ (*Lewis* 2004) verfolgen. In den politischen Bestrebungen der EU nehmen dabei die „Förderung von Chancengleichheit in allen ihren Aspekten“ und die „Vereinbarkeit von Arbeits- und Familienleben“ (*Europäischer Rat* 2000) eine zentrale Rolle ein. So verfolgen sozial- und familienpolitische Rahmenrichtlinien sowie Mindestvorgaben der EU explizit das Ziel, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten und Frauen damit eine umfassendere Arbeitsmarktteilnahme zu ermöglichen (vgl. *Dienel* 2004). Gleichzeitig wird etwa im Rahmen des sogenannten „Gender Mainstreaming“ ein Abbau der Erwerbshindernisse für Frauen und eine Verringerung geschlechtsspezifischer Unterschiede am Arbeitsmarkt angestrebt (*Meuser und Neusüß* 2004).

Trotz zunehmender politischer Bestrebungen zur Förderung eines Zweiverdienermodells verweisen verschiedene sozialwissenschaftliche Studien für die späten 1990er Jahre sowie die ersten Jahre des neuen Jahrtausend jedoch nach wie vor auf deutliche innereuropäische Unterschiede in den Erwerbsmustern von Männern und Frauen (*Blossfeld und Hakim* 1999, *Blossfeld und Hofmeister* 2006, *Blossfeld und Drobnič* 2001). Ziel der vorliegenden Expertise ist es, vor diesem Hintergrund eine aktuelle Bestandsaufnahme geschlechtsspezifischer Er-

werbsmuster in Europa auf Basis neuesten verfügbaren, empirischen Datenmaterials zu liefern. Im Zentrum steht dabei die Frage, inwieweit moderne europäische Gesellschaften auf dem Weg vom Ernährer- zum Zweiverdienermodell fortgeschritten sind: Inwieweit ist es Frauen gelungen, eine feste Verankerung im Arbeitsmarkt zu erlangen? Wie verläuft die Erwerbstätigkeit von Frauen, v.a. in der Phase der Familiengründung und der Betreuung von (Klein-) Kindern? Kommt es zu einer Annäherung der Erwerbstätigkeitsmuster und Arbeitsmarktchancen von Männern und Frauen? Und falls ja: Geschieht dies durch eine Angleichung der Erwerbsverläufe von Frauen an den „typisch männlichen Erwerbsverlauf“ oder durch eine beiderseitige Konvergenz in Richtung einer gleichmäßigen Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit zwischen den Geschlechtern?

Den Ausgangspunkt der folgenden Analysen soll dabei die Situation in *Deutschland* darstellen. Gleichzeitig erscheint es jedoch sinnvoll, einen vergleichenden Blick in *europäische Nachbarstaaten* zu werfen, die andere familien- und arbeitsmarktpolitische Strategien zur Förderung der Erwerbstätigkeit von Frauen verfolgen. Ein internationaler Vergleich bietet hier die Möglichkeit, das deutsche Politikmodell vor dem Hintergrund internationaler Alternativmodelle auf seine politische Effizienz hin zu überprüfen: Wie verlaufen die Erwerbstätigkeitsmuster von Männern und Frauen in anderen europäischen Ländern? Inwiefern lassen sich diese Verlaufsmuster auf unterschiedliche politische Ansätze zurückführen? Welche möglichen Vor- und Nachteile weisen diese Politikansätze auf? Stehen sie im Einklang mit den Vorstellungen und Wünschen der Bürger? Und lassen sich derartige Ansätze auf das ‚deutsche Modell‘ übertragen?

Zu diesem Zweck geht dieses Kapitel wie folgt vor: Um die Ergebnisse des folgenden internationalen Vergleichs einordnen zu können, erfolgt im nachfolgenden *Abschnitt 2* zunächst eine kurze Klassifizierung der untersuchten Nationen und der sie charakterisierenden Wohlfahrtsstaats- und Arbeitsmarktinstitutionen, teilweise unter Rückgriff auf Ergebnisse der weiteren Fachexpertisen dieses Bandes. Zur besseren Übersichtlichkeit werden abschließend – in Anlehnung an einschlägige Ansätze der international vergleichenden Arbeitsmarkt- und Wohlfahrtsstaatsforschung – Ländergruppen identifiziert, die ähnliche Arrangements in ihren Sozial- und Wirtschaftspolitiken aufweisen.

Abschnitt 3 widmet sich anschließend einer differenzierten Darstellung der Erwerbsmuster von Männern und Frauen in Europa und ihrer Entwicklungsmuster im Zeitverlauf. Im Mittelpunkt soll dabei zunächst die Entwicklung der allgemeinen Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen stehen, d.h. die Frage, inwiefern Europäerinnen und Europäer überhaupt am Arbeitsmarkt teilnehmen bzw. daran teilnehmen möchten (*Abschnitt 3.1*). Anschließend soll dieser grobe quantitative Überblick über geschlechtsspezifische Erwerbsbeteiligungsquoten durch eine differenzierte Analyse des in Stunden gemessenen Umfangs der Erwerbstätigkeit von Männern und Frauen ergänzt werden (*Abschnitt 3.2*).

Unterschiedliche Modelle der Verteilung von Erwerbsrollen innerhalb einer Familie bringen unterschiedliche Formen und Ausmaße der Belastung von Familien durch die Notwendigkeit der gleichzeitigen Bewältigung von Erwerbs- und Familienaufgaben mit sich. In der Tat wird in der öffentlichen (und zum Teil auch wissenschaftlichen Diskussion) die zunehmende simultane „Doppelbelastung“ von Familien durch Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung als ein zentraler Einflussfaktor für den teilweise dramatischen Rückgang der Geburtenrate in den eu-

ropäischen Ländern angesehen. Abschnitt 3.3 stellt daher den zuvor identifizierten Erwerbsmustern Analysen zum Belastungsempfinden von Familien anhand der Eurobarometerstudie 2006 gegenüber. Diese von der EU jährlich durchgeführte europaweit repräsentative Befragung ermöglicht es, die individuell wahrgenommenen Belastungen von Familienmitgliedern durch die gleichzeitige Bewältigung von Erwerbstätigkeit und Familienaufgaben empirisch zu rekonstruieren. Abschnitt 3.3 befasst sich daher mit der Frage, inwiefern spezifische Erwerbskonstellationen innerhalb von Familien mit einem entsprechenden familialen Belastungsempfinden einhergehen.

Abschnitt 4 fasst abschließend die Kernergebnisse der vorliegenden Expertise noch einmal kompakt zusammen und skizziert mögliche Konsequenzen für die politisch nachhaltige Gestaltung familialer Erwerbsverhältnisse in Europa.

2. Institutionelle Rahmenbedingungen familialer Erwerbstätigkeit – ein europäischer Überblick

Familiale Erwerbstätigkeitsmuster stehen in einem engen Zusammenhang mit nationalen Institutionen, etwa des Wohlfahrtsstaates oder des Arbeitsmarktes, die ihrerseits die Grundlagen für eine Erwerbstätigkeit der Familienmitglieder schaffen. Grundsätzlich lassen sich hier zwei verschiedene Einflussmöglichkeiten unterscheiden: zum einen können etwa wohlfahrtsstaatliche Institutionen Familienmitglieder darin unterstützen, eine mögliche eigene Erwerbstätigkeit mit der Erfüllung familiärer Pflichten zu kombinieren. Zu diesen Maßnahmen, die das *Arbeitsangebot* beeinflussen, zählen etwa familienpolitische oder betriebliche Unterstützungsleistungen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Gleichzeitig muss für eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration dem Arbeitsangebot von Männern und Frauen eine entsprechende Nachfrage am Arbeitsmarkt nach Arbeitskraft gegenüberstehen, d.h. es müssen potentielle Arbeitsstellen zur Verfügung stehen bzw. zugänglich sein.

Familiale Erwerbstätigkeitsmuster stehen in einem engen Zusammenhang mit nationalen Institutionen, etwa des Wohlfahrtsstaates oder des Arbeitsmarktes, die ihrerseits die Grundlagen für eine Erwerbstätigkeit der Familienmitglieder schaffen. Grundsätzlich lassen sich hier zwei verschiedene Einflussmöglichkeiten unterscheiden: zum einen können etwa wohlfahrtsstaatliche Institutionen Familienmitglieder darin unterstützen, eine mögliche eigene Erwerbstätigkeit mit der Erfüllung familiärer Pflichten zu kombinieren. Zu diesen Maßnahmen, die das *Arbeitsangebot* beeinflussen, zählen etwa familienpolitische oder betriebliche Unterstützungsleistungen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Gleichzeitig muss für eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration dem Arbeitsangebot von Männern und Frauen eine entsprechende Nachfrage am Arbeitsmarkt nach Arbeitskraft gegenüberstehen, d.h. es müssen potentielle Arbeitsstellen zur Verfügung stehen bzw. zugänglich sein.

Frühere Studien (etwa *Daly 2000, Gornick et al. 1998, Hofäcker 2006, Meyers und Gornick 2003*) haben gezeigt, dass hinsichtlich der konkreten Ausgestaltung dieser Institutionen in den europäischen Ländern nach wie vor deutliche Unterschiede existieren, die ihrerseits entsprechend unterschiedlich ausgeprägte Anreize für spezifische familiäre Erwerbstätigkeitsmuster setzen. Im Folgenden soll daher ein kompakter Überblick über die Ausprägung erwerbsrelevanter Institutionen in Europa auf Basis aktueller Daten gegeben werden.

2.1 Familienpolitische Maßnahmen

Tabelle 1 gibt einen zusammenfassenden Überblick über zentrale familienpolitische Maßnahmen zur Unterstützung der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit (einen detaillierten Überblick bietet *Mühling 2009*). Ziel dieser insbesondere in den vergangenen drei Jahrzehnten ausgebauten Maßnahmen (vgl. *Gauthier 1996, Hofäcker 2004*) ist es, Männern und Frauen zu ermöglichen, eine eigene Elternschaft mit der Fortführung bzw. Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit bzw. beruflichen Karriere zu vereinbaren. Von grundlegender Bedeutung in diesem Zusammenhang sind *Freistellungsregelungen*, die der Mutter im Umfeld der Kindergeburt eine Erwerbsunterbrechung ermöglichen sowie Maßnahmen, die beiden Elternteilen die Möglichkeit geben, in den ersten Lebensjahren des Kindes selbst dessen Betreu-

ung zu übernehmen (vgl. *Mühling* 2009). Tabelle 1 gibt einen Überblick über die Dauer der möglichen Erwerbsunterbrechung anhand des obligatorischen Mutterschaftsurlaubs und der anschließenden Möglichkeit zur Inanspruchnahme eines Elternurlaubs.

Für die Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit spielen anschließend *öffentliche Kinderbetreuungseinrichtungen* eine zentrale Rolle. Sie ermöglichen es Eltern, Teile der eigenen Betreuungstätigkeiten an haushaltsexterne Einrichtungen oder Dienstleister zu übertragen und damit mögliche zeitliche Freiräume für eine eigene Erwerbstätigkeit zu schaffen. Tabelle 1 gibt hier den aktuellen Bestand an Kinderbetreuungseinrichtungen für Kinder im Vorschulalter (3-5 Jahre) und Einrichtungen für die frühkindliche Betreuung (im Alter von 0-2 Jahren) wider, jeweils gemessen anhand der öffentlich angebotenen Betreuungsplätze für 100 Kinder der jeweiligen Altersgruppe.

In der Fachliteratur finden sich unterschiedliche Ansichten über die familienpolitisch angemessene Gestaltung einer familienbedingten Erwerbsunterbrechung. So wird zum einen die grundsätzliche Möglichkeit einer staatlich vergüteten und arbeitsrechtlich geschützten „Elternzeit“ zur frühkindlichen Betreuung der eigenen Kinder grundsätzlich als positive Errungenschaft moderner Wohlfahrtsstaaten zur Förderung von Geschlechtergleichheit angesehen (vgl. etwa *Ray et al.* 2009). Gleichzeitig birgt eine vergleichsweise lange Erwerbsunterbrechung für den „pausierenden“ Elternteil grundsätzlich die Gefahr eines „Dequalifikations-Effektes“, d.h. des Verlustes des Kontaktes zur Berufswelt (vgl. *Hofäcker* 2004, *Beblo und Wolf* 2002, *Meyers et al.* 1999, *Ruhm* 1998). Insbesondere in technologienahen Berufen kann eine Entkopplung von technologischen Neuerungen durch eine längere Erwerbsunterbrechung mit bedeutsamen Schwierigkeiten beim Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt und möglichen Einbußen bei der weiteren beruflichen Karriereentwicklung einhergehen.

Neben der zeitlichen Gestaltung der Erwerbsunterbrechung ist zudem der familienpolitisch ermöglichte zeitliche Umfang einer Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit von Bedeutung. Ist etwa eine haushaltsexterne Betreuung von Kindern nur halbtägig gewährleistet, so ist die Wiederaufnahme einer Vollzeit-Erwerbstätigkeit nur unter Inanspruchnahme nur unter hohen zusätzlichen Kosten für private Betreuungsarrangements möglich. Implizit befördern derartige betreuungspolitische Arrangements daher eher ein familiales (weibliches) Zuverdiener- als ein Zweiverdienermodell.

Wie bereits von *Mühling* (2009) gezeigt, weisen die verschiedenen europäischen Länder deutliche Unterschiede im Hinblick auf die Gestaltung staatlicher Familienpolitik auf.

Tab. 1: Kinderbetreuung, Mutterschaftsurlaub und Elternzeit im internationalen Vergleich (Stand: 2007)

	Kinderbe- treuungsquote 0-2 Jahre (%)	Kinderbe- treuungsquote 3-5 Jahre (%)	Mutterschafts- urlaub (Wochen)	Elternurlaub (Wochen)	Maximal mög- liche Erwerbs- unterbrechung (Wochen)
Schweiz	-	48,2	16	..	16
Rumänien	-	72,5	21	..	21
Dänemark	70,5	90,7	18	32	50
Niederlande	53,9	58,0	16	..	29
Island	52,9	95,0	13	26	26
Schweden	44,0	85,5	12	72	84
Portugal	43,6	78,7	17	..	29
Luxemburg	43,4	85,5	16	24	40
Frankreich	42,9	100,2	16	156	159
Belgien	41,7	99,8	15	12	27
Großbritannien	39,7	90,5	39	..	52
Estland	36,0	85,2	28	156	180
Norwegen	35,3	90,6	9	48	57
Spanien	33,9	97,7	16	..	162
USA	31,4	58,3	12	..	12
Bulgarien	31,2	69,4	63	..	63
Italien	28,6	99,4	21	26	47
Irland	25,2	48,6	48	..	62
Finnland	25,0	67,8	17,5	156	173,5
Deutschland	21,2	89,4	14	52	162
Zypern	20,0	70,7			
Griechenland	18,2	47,1	17	..	28
Ungarn	10,5	86,9	24	104	108
Österreich	10,5	74,8	16	104	112
Lettland	8,1	77,3	19	..	19
Litauen	8,0	60,6	21	104	125
Malta	6,8	91,4	13	..	13
Slowakei	4,9	73,0	28	156	156
Tschechische Republik	2,6	82,0	28	156	164

Quelle: OECD 2009a.

Bemerkenswert ist dabei die in vielen Ländern erkennbare Korrespondenz zwischen der Ausgestaltung von Freistellungsregelungen und Kinderbetreuungsarrangements: Länder mit vergleichsweise rudimentär ausgebauten Kinderbetreuungseinrichtungen, insbesondere für Kinder im frühkindlichen Alter tendieren dazu, vergleichsweise umfangreiche Freistellungsregelungen von bis zu dreieinhalb Jahren (Estland: 180 Wochen) anzubieten. Demgegenüber wei-

sen viele Länder mit umfangreich ausgebauter frühkindlicher Betreuung vergleichsweise kurze Freistellungsregelungen auf. Hierbei lassen sich bei grober Betrachtung mehrere verschiedene Ländergruppen identifizieren, die offenbar unterschiedliche familienpolitische Strategien verfolgen:

Eine Ausnahmestellung nehmen dabei insbesondere die *skandinavischen* Länder (mit Ausnahme Finnlands) ein, in denen für ein (Norwegen) bis zwei Drittel (Dänemark) aller Kinder im Alter 0-2 Jahren Betreuungsplätze in staatlichen Kinderbetreuungseinrichtungen existieren, und in denen Freistellungsregelungen eine vergleichsweise „kompakte“ Länge von 26 (Island) bis maximal 84 Wochen (Schweden) aufweisen. Die Tatsache, dass Kinderbetreuung in diesen Ländern meist ganztägig stattfindet (vgl. *Mühling* 2009), lässt vermuten, dass die skandinavische Familienpolitik am ehesten einem Zweiverdienermodell förderlich ist.

Den Gegenpol hierzu bilden viele *osteuropäische* Länder, in denen nach einem oftmals radikalen Abbau familienpolitischer Leistungen in den Jahren des Systemwechsels nur noch wenige frühkindliche Betreuungseinrichtungen existieren, und in denen Freistellungsregelungen einen Umfang von etwa drei Jahren umfassen. Hier fördern familienpolitische Anreize somit eine vergleichsweise lange Erwerbsunterbrechung eines Elternteils. Da jedoch ab Erreichen des Kindergartenalters für die deutliche Mehrzahl aller Kinder Betreuungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen (vgl. Tabelle 1) und diese mit durchschnittlichen wöchentlich Stundenzahlen von 29 (Ungarn) bis 41 Stunden (Litauen) meist umfängliche Betreuung anbieten, wird die Rückkehr in eine Vollzeitbeschäftigung gefördert. Im Hinblick auf familiäre Erwerbsmuster wird somit zunächst ein langfristiger Erwerbsausstieg eines Ehepartners (Ernährermodell), anschließend jedoch die umfangreiche Erwerbstätigkeit beider Ehepartner (Zweiverdienermodell) gefördert³.

Viele andere europäische Länder nehmen im Hinblick auf die familienpolitische Ausgestaltung von Freistellungsregelungen und Kinderbetreuung eine Zwischenposition zwischen den beiden skizzierten Extremen ein. Innerhalb der *mitteleuropäischen* Länder zeigt sich dabei ein ausgesprochen heterogenes Bild. So weisen Deutschland und Österreich eine Kombination von vergleichsweise langen Freistellungsoptionen und einer gering ausgeprägten frühkindlichen Betreuung und meist nur halbtägiger Betreuung auf, die gegenwärtig eher ein traditionelles Ernährer bzw. (in späteren Phasen) ein Zuverdienermodell befördert. Ein entgegengesetztes Modell zeigt sich in Belgien, den Niederlanden und Frankreich, die allesamt über vergleichsweise gut ausgebaute frühkindliche Betreuungseinrichtungen verfügen. In Belgien und den Niederlanden fallen die Freistellungsregelungen mit einer Dauer von einem halben Jahr entsprechend vergleichsweise kurz aus. Hier kann entsprechend von einer Förderung einer baldigen Rückkehr in den Arbeitsmarkt ausgegangen werden. Insbesondere in den Niederlanden wird dabei politisch eine Rückkehr in vergleichsweise umfassende Teilzeitarbeit angestrebt, die für familien- und arbeitsmarktpolitische als Standarderwerbsform für beide Ehepartner gefördert wird (*Knijn* 2002). Ziel ist hier also ein Zweiverdienermodell, das auf einer

³ Bemerkenswerte Ausnahmen mit uneinheitlichen familienpolitischen Anreizen bilden hier die beiden baltischen Staaten Lettland und Estland: Während in ersterem geringe Kinderbetreuungsquoten mit einer vergleichsweise kurzen Erwerbsunterbrechung einhergehen, kombiniert letzteres Land eine vergleichsweise umfangreiche frühkindliche Kinderbetreuungsquote von über 30 Prozent mit einem langen Elternurlaub von bis zu 3 Jahren.

geringfügig reduzierten Erwerbstätigkeit beider Ehepartner beruht („Zwei-mal-Dreiviertel-Modell“, *Plantenga* 2002). Die hierdurch für beide Elternteile frei werdenden zeitlichen Ressourcen sollen ihrerseits für die gleichwertige Betreuung der Kinder bzw. Haushaltstätigkeiten verwendet werden. Die französische Familienpolitik verfolgt demgegenüber eine Strategie der „freien Wahl“: Lange und durch großzügige Pauschalleistungen vergütete Freistellungsregelungen ermöglichen einerseits einem Elternteil grundsätzlich einen vergleichsweise umfangreichen Erwerbsausstieg. Alternativ können pausierende Elternteile jedoch dank umfassender Kinderbetreuungseinrichtungen mit umfangreichen Öffnungszeiten ebenso früh wieder in den Arbeitsmarkt zurückkehren. Die französische Familienpolitik wird daher vielfach mit dem „Modell der Vollzeit erwerbstätigen Mutter“ verbunden, wenngleich jüngere Flexibilisierungstendenzen des französischen Arbeitsmarktes dieses Modell, etwa durch die Einführung von Teilzeitarbeit und befristeten Beschäftigungen, zunehmend in Frage stellen (*Reuter* 2003).

Eine besonders dynamische Entwicklung haben in den vergangenen Jahren die *südeuropäischen* Länder durchlaufen. Galten diese zu Ende der 1990er Jahren noch im Hinblick auf ihre Familienpolitik grundsätzlich als „rudimentär“ (*Hofäcker* 2004), so haben diese Länder zumindest im Bereich der institutionalisierten Kinderbetreuung seit der Jahrtausendwende ihre Position in Europa deutlich verbessert und nehmen diesbezüglich gegenwärtig eine Position im oberen Mittelfeld ein. Die zusätzlich geschaffenen Betreuungsoptionen ermöglichen es südeuropäischen Frauen in einem wohlfahrtsstaatlichen System, das ansonsten vergleichsweise wenige Leistungen für Familien mit Kindern zur Verfügung stellt, vermehrt einen eigenen Beitrag zum Familieneinkommen durch eine eigene Erwerbstätigkeit zu leisten.

Ebenfalls im Mittelfeld finden sich die *angelsächsischen* Länder (Großbritannien, Irland und – zum interkontinentalen Vergleich – die USA), die eine moderat ausgebaute Kinderbetreuung mit einer bis zu einjährigen Freistellungsoption verbinden. Wie jedoch bereits bei Mühling 2009 verdeutlicht, sind die monetären staatlichen Fürsorgeleistungen für Familien in diesen Ländern grundsätzlich sehr gering, und die Inanspruchnahme von Betreuungsoptionen meist mit hohen zusätzlichen Kosten verbunden. Für viele Familien ist somit eine Erwerbstätigkeit beider Ehepartner zur Aufrechterhaltung eines ausreichenden Erwerbseinkommens meist notwendig, gleichzeitig sind entsprechende Unterstützungsleistungen de facto meist nur besser verdienenden Ehepaaren zugänglich. Hier wäre entsprechend eine deutlichere soziale Trennung hinsichtlich des praktizierten Erwerbsmodells zu erwarten: Während Paare mit höherem Sozialstatus vermutlich eher ein Zweiverdienermodell praktizieren, wären Paaren aus materiellen schwächeren Bevölkerungsschichten aufgrund fehlenden Zugangs zu günstiger Betreuung meist nur eine Teilzeitarbeit eines Ehepartners in Form eines Zuverdienermodells möglich.

2.2 Betriebliche Unterstützungsleistungen

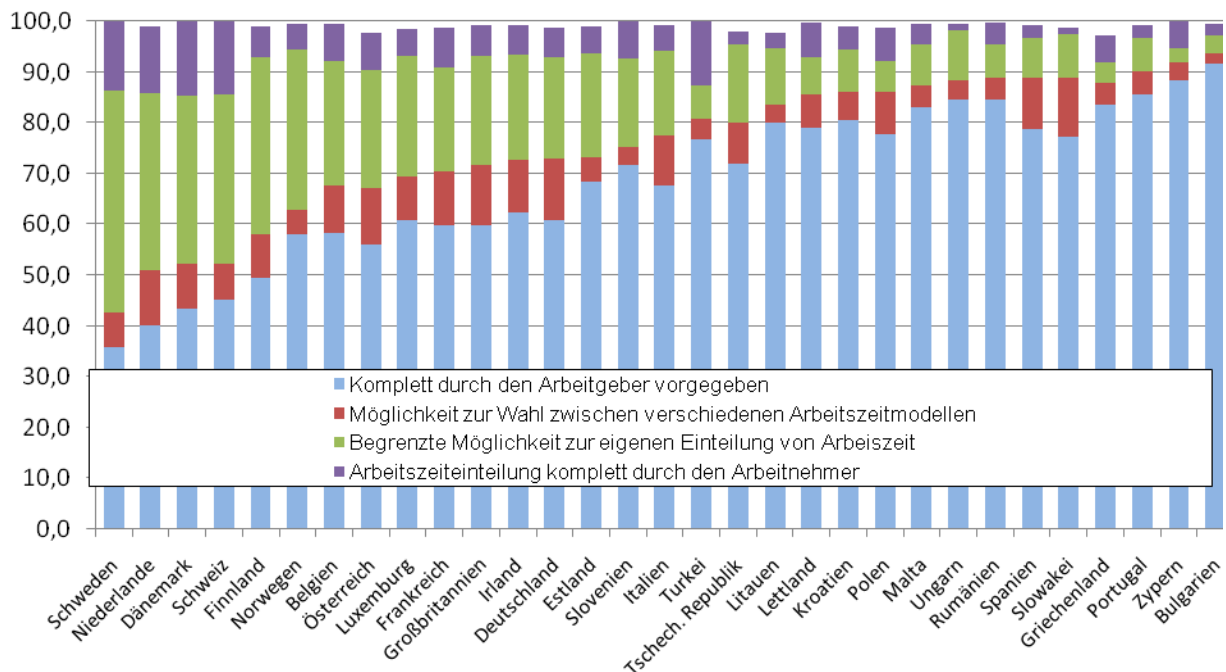
Maßnahmen zur Förderung einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf können jedoch nicht nur durch staatliche Familienpolitik erbracht werden. Ebenso können Betriebe, etwa durch die familienfreundliche Gestaltung des Arbeitsumfeldes, einen zusätzlichen Beitrag zur Erwerbstätigkeit beider Elternteile in jungen Familien leisten. Eine wesentliche Möglichkeit hierzu stellt etwa die familienfreundliche Gestaltung von Arbeitszeiten dar, die es dem Arbeitnehmer erlaubt, die vertraglich vorgegebene Arbeitszeit flexibel den eigenen familialen

Bedürfnissen anzupassen. Abbildung 1 gibt einen aktuellen Überblick über derartige Maßnahmen zur flexiblen Arbeitszeitgestaltung in Europa, basierend auf Daten des vierten European Survey of Living Conditions aus dem Jahr 2005.⁴ Unterschieden wird dabei zwischen:

- (i) einer fixen externen Vorgabe der Arbeitszeit durch den Arbeitgeber,
- (ii) der Möglichkeit zur Wahl zwischen verschiedenen, extern vorgegebenen Arbeitszeitmodellen
- (iii) der begrenzten Möglichkeit zur eigenen Einteilung von Arbeitszeit
- (iv) der vollkommen flexiblen Gestaltung der Arbeitszeit durch den Arbeitnehmer.

Dabei kann davon ausgegangen werden, dass eine möglichst flexible Gestaltung der eigenen Arbeitszeit familialen Bedürfnissen am ehesten entgegenkommt, während eine externe Vorgabe durch den Arbeitgeber am „familienunfreundlichsten“ wahrgenommen wird.

Abb. 1: Verbreitung familienfreundlicher Arbeitszeitarrangements in Europa, 2005



Quelle: Fourth European Survey on Working Conditions, 2005(zitiert nach OECD 2009a).

Wenngleich die verwendete Fragestellung sicherlich nur einen vergleichsweise groben Indikator zur Messung familienfreundlicher Arbeitsplatz-Arrangements darstellt, zeigen sich dennoch deutliche innereuropäische Unterschiede in der Verbreitung flexibler Zeitarrangements.

Bemerkenswert ist dabei, dass die skandinavischen Länder, die bereits familienpolitisch am umfassendsten an der Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ausgerichtet sind,

⁴ Das vierte European Survey of Living Conditions ist eine bevölkerungsrepräsentative Befragung von Beschäftigten aus insgesamt 31 Ländern, den 25 damaligen EU-Staaten sowie Bulgarien, Rumänien, Kroatien, der Türkei, Norwegen und der Schweiz. Es umfasst pro Land ca. 600-1000 Befragte und beschäftigt sich – neben der Untersuchung von Arbeitszeiten – mit verschiedenen Aspekten des Arbeitsalltags, etwa der Gesundheit am Arbeitsplatz, der Arbeitsorganisation oder der Arbeitszufriedenheit (vgl. Eurofound 2007a).

auch die flexibelsten Arbeitszeitmodelle aufweisen. Zwischen 40 und 60 Prozent aller Arbeitnehmer können hier ihre Arbeitszeit – zumindest in begrenztem Maße – flexibel selber einteilen. Ähnlich hohe Werte weisen die Niederlande und die Schweiz auf. In den mitteleuropäischen Staaten sowie in Großbritannien und Irland trifft dies noch für etwa ein Drittel aller Arbeitnehmer zu. Den angelsächsischen Ländern gelingt es somit, die eher begrenzte und spezifischen Zielgruppen vorbehaltene, staatliche Familienpolitik zumindest teilweise durch betriebliche Flexibilität am Arbeitsplatz auszugleichen. Zudem existieren in diesen Staaten neben flexiblen Arbeitszeitarrangements auch vergleichsweise umfassende betriebliche Kinderbetreuungseinrichtungen, die Eltern eine auch räumlich enge Verknüpfung zwischen Arbeit und Kinderbetreuung ermöglichen (vgl. Hofäcker 2006). Dem hingegen zeigt sich, dass in einem Großteil der osteuropäischen Staaten sowie insbesondere in den südeuropäischen Ländern kaum Möglichkeiten zu einer flexiblen Gestaltung von Arbeitszeiten existieren, und sich die Beschäftigung weitgehend an festen, extern durch den Arbeitgeber vorgegebenen Arbeitszeitmodellen orientiert. Zusammengenommen mit der Tatsache, dass in diesen beiden Ländergruppen ebenso die staatliche Familien- und Sozialpolitik nur gering bis moderat ausgebaut ist, stellen sich hier somit für junge Familien sowohl von öffentlicher als auch von privatwirtschaftlicher Seite vergleichsweise schwierige Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

2.3 Zugang zum Arbeitsmarkt

Die bisherigen Darstellungen nationaler Rahmenbedingungen konzentrierten sich weitgehend auf staatliche oder privatwirtschaftliche Maßnahmen, die es Familien erleichtern, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen; sie fokussierten mithin auf das *Arbeitsangebot*. Zur tatsächlichen Realisierung individueller Erwerbstätigkeit ist es indes ebenso notwendig, dass dem Arbeitsangebot von Männern und Frauen eine entsprechende *Arbeitskraftnachfrage* von Seiten der Wirtschaft gegenübersteht; mit anderen Worten; dass es erwerbsbereiten Männern und Frauen in Europa möglich ist, eine Arbeitsstelle zu finden. Fällt es Männern und Frauen etwa – bedingt durch ausgeprägte Arbeitsmarktbarrieren oder hohe Arbeitslosigkeitsraten – schwer, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen, so ist selbst bei grundsätzlicher Erwerbsbereitschaft eine beiderseitige Erwerbstätigkeit der Ehepartner meist nur schwer zu realisieren. Neben der Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss zur Ermöglichung eines Zweiverdienermodells somit auch eine grundsätzliche Durchlässigkeit des Arbeitsmarktes gewährleistet sein.

Tab. 2: Verbreitung von Langzeitarbeitslosigkeit (1980-2008) und staatliche Transfers (2006) im europäischen Vergleich

	Verbreitung von Langzeitarbeitslosigkeit (1980-2008)							Lohnersatzrate bei Langzeit- arbeitslosigkeit (2004) Ein-Verdiener
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2008	
Skandinavisch		22,1	21,8	32,0	22,4	22,9	15,9	69,5
Dänemark	..	37,1	32,7	31,0	21,6	27,6	18,3	75
Schweden	4,9	7,2	9,0	29,0	26,6	..	15,7	80
Norwegen	..	16,7	23,7	25,8	7,3	12,3	8,5	62
Finnland	29,1	27,5	..	42,3	34,0	28,9	21,1	81
Angelsächsisch		44,1	38,0	42,1	19,9	25,7	23,9	62,6
Irland	..	67,2	71,0	66,4	..	38,0	31,0	75
Großbritannien	..	53,4	36,3	48,4	33,2	25,8	29,1	74
USA	5,6	11,6	6,8	11,5	6,6	13,3	11,7	39
Mitteuropäisch		55,9	52,7	45,2	41,9	43,8	43,2	70,8
Belgien	..	75,9	73,6	67,4	62,8	58,1	54,9	59
Frankreich	39,5	47,5	42,1	46,2	45,3	45,3	40,5	69
Deutschland	..	52,5	47,0	48,8	51,0	55,3	54,1	67
Österreich	32,2	25,5	27,9	26,6	77
Niederlande	..	66,1	57,0	51,1	..	47,3	40,7	75
Luxemburg	..	37,5	43,8	25,3	24,9	28,9	42,5	78
Südeuropäisch		56,2	59,7	59,1	57,6	47,5	41,5	31,8
Griechenland	..	44,5	52,4	52,9	59,0	55,5	51,4	3
Italien	..	66,7	70,1	64,1	62,7	52,4	49,2	0
Portugal	50,4	54,9	48,4	51,6	48,8	81
Spanien	31,8	57,5	56,3	60,3	50,9	34,7	24,0	43
Osteuropäisch				48,7	51,8	58,3	51,6	53,8
Tschech. Republik	35,3	53,3	57,7	54,0	68
Ungarn	54,7	52,6	48,4	50,5	33
Polen	44,7	41,5	56,0	32,3	73
Slowak. Republik	59,9	59,9	71,1	69,7	41

Quelle: OECD 2009b, 2007.

Zur Charakterisierung der Durchlässigkeit nationaler Arbeitsmärkte gibt Tabelle 2 die sogenannte „Langzeitarbeitslosigkeits-Quote“ in verschiedenen europäischen Ländern wider. Diese Quote misst den relativen Anteil von Langzeitarbeitslosigkeit - d.h. einer Arbeitslosigkeit von 12 Monaten und länger an der Gesamtarbeitslosigkeit eines Landes. Je höher diese Quote ausfällt, d.h. umso mehr Arbeitslosigkeit innerhalb eines Landes von eher dauerhafter Natur ist, umso eher kann davon ausgegangen werden, dass für Arbeitsmarktneu- bzw. -wiedereinsteiger umfangreiche Barrieren für eine erfolgreiche Aufnahme einer Erwerbstätigkeit bestehen. Tabelle 2 gibt zudem die Kompensation durch staatliche Transferleistungen im Falle von Langzeitarbeitslosigkeit, gemessen als Lohnersatz für eine Familie mit durchschnitt-

lichem Einkommen, wieder. Diese Maßzahl zeigt zum einen an, inwiefern eine Erwerbslosigkeit mit negativen finanziellen Konsequenzen einhergeht. Zum anderen erlaubt sie abzuschätzen, inwiefern eine ggf. schnelle Rückkehr in den Arbeitsmarkt auf die mangelnde Verfügbarkeit von staatlichen Unterstützungsleistungen zurückzuführen und somit meist mit beruflichen Abstiegen bzw. Gehaltseinbußen verbunden ist.

Wie Tabelle 2 verdeutlicht, weisen sowohl die skandinavischen als auch die angelsächsischen Länder geringe Langzeitarbeitslosigkeitsquoten auf. In den skandinavischen Ländern sind gegenwärtig, nach einer kurzen Arbeitsmarktkrise zu Beginn der 1990er Jahre, während der sowohl die Gesamtarbeitslosigkeit als auch die Langzeitarbeitslosigkeitsquote anstieg, weniger als ein Fünftel aller Arbeitslosen mehr als ein Jahr arbeitslos. Hier unterstützen aktive arbeitsmarktpolitische Fördermaßnahmen, die einen bedeutsamen Teil staatlicher Ausgaben in Nordeuropa ausmachen, eine hohe Erwerbsbeteiligung beider Geschlechter durch die Förderung einer schnellen Reintegration in den Arbeitsmarkt (Kvist 2001). Die beiderseitige Erwerbstätigkeit von Männern und Frauen wird hier somit nicht nur durch umfangreiche staatliche Familienpolitik und die flexible Gestaltung von betrieblichen Arbeitszeiten, sondern ebenso durch die vergleichsweise gute Zugänglichkeit des Arbeitsmarktes gefördert.

In den angelsächsischen Ländern sind seit Anfang des Jahrtausends weniger als ein Drittel, in den USA sogar weniger als ein Zehntel aller Arbeitslosen dauerhaft ohne Erwerbstätigkeit. In Großbritannien und Irland zeigten sich zu Beginn der 1980er Jahre zwar noch deutlich höhere Langzeitarbeitslosenquoten, diese haben sich jedoch im Zuge umfassender Deregulierungen des Arbeitsmarktes mittlerweile den amerikanischen Zahlen angenähert. Die vergleichsweise geringen Langzeitarbeitslosigkeitsquoten in den *angelsächsischen* Ländern lassen sich dabei weniger durch aktive staatliche Arbeitsmarktpolitik erklären. Vielmehr erfordert hier zum einen ein nur moderat ausgebauter und primär an Armutsvermeidung orientierter Sozialstaat eine eigene Erwerbstätigkeit zur Sicherung des eigenen Einkommens bzw. des Haushaltseinkommens und reduziert damit die individuell mögliche „Suchdauer“ im Falle von Arbeitslosigkeit, ggf. sogar auf Kosten der Qualität der neuen Arbeitsstelle (Gangl 2004). Gleichzeitig ermöglicht ein nur wenig regulierter „hire-and-fire“ Arbeitsmarkt mit geringem Kündigungsschutz, aber gleichzeitig ebenso geringen Arbeitsmarkteinstiegsbarrieren eine schnelle Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit ohne Inkaufnahme langer Arbeitslosigkeitsepisoden. Das vergleichsweise ähnliche Arbeitsmarktergebnis angelsächsischer und skandinavischer Staaten geht somit mit sehr unterschiedlichen familien- und arbeitsmarktpolitischen Rahmenbedingungen, und somit mit sehr unterschiedlicher individueller Verantwortlichkeit und Belastung einher.

In den *süd- und osteuropäischen* Staaten entfiel hingegen bis vor Kurzem teilweise deutlich mehr als die Hälfte aller Arbeitslosigkeit auf Langzeitarbeitslosigkeit von einem Jahr und länger. Dieses Ergebnis verweist auf ausgesprochen rigide Arbeitsmärkte, in denen es nicht-erwerbstätigen Männern und Frauen ausgesprochen schwer fällt, Zugang zum Arbeitsmarkt zu erhalten. Diese Entwicklung erscheint umso kritischer, da in einigen dieser Länder das geringe Niveau staatlicher Familien- und Sozialleistungen vielfach ein zweites Erwerbseinkommen zur Wahrung des individuellen bzw. familiären Lebensstandards erforderlich macht. Neben den in beiden Ländergruppen nur begrenzten staatlichen und privaten Möglichkeiten zur Kombination von Familie und Erwerbsleben bietet somit auch der hochgradig angespannte

Arbeitsmarkt nur wenige Möglichkeiten zur Realisierung einer Erwerbstätigkeit beider Ehepartner.

Die *mitteleuropäischen* Staaten, inklusive Deutschland, nehmen eine mittlere Position zwischen den durch ausgesprochen flexible Arbeitsmärkte gekennzeichneten skandinavischen und angelsächsischen Ländern und den durch umfangreiche Langzeitarbeitslosigkeit charakterisierten Staaten Süd- und Osteuropas ein. Mit Ausnahme Österreichs macht Arbeitslosigkeit von mehr als einem Jahr hier einen Anteil von zumeist etwa 40-50 Prozent der Gesamtarbeitslosigkeit aus. Trotz erkennbarer Rigiditäten bieten nationale Arbeitsmärkte hier bessere Möglichkeiten zur Erwerbsaufnahme bzw. -fortführung als in den süd- und osteuropäischen Staaten. Zudem werden eventuelle Arbeitslosigkeitsepisoden hier mit im internationalen Vergleich recht umfassenden Transferleistungen ausgeglichen, so dass sowohl Individuen als auch Familien eine begrenzte Suchphase nach Erwerbstätigkeit bei gleichzeitiger Wahrung des Lebensstandards ermöglicht wird.

2.4 Synthese: nationale Rahmenbedingungen für das Zweiverdienermodell

Die vorangegangenen Abschnitte haben sich detailliert mit den familien-, betriebs- und arbeitsmarktpolitischen Rahmenbedingungen für verschiedene familiäre Erwerbsmodelle in Europa auseinandergesetzt. Tabelle 3 fasst die Ergebnisse dieser Analysen und die erwartbaren Konsequenzen für die Verbreitung unterschiedlicher familialer Erwerbsmodelle in Europa schematisch zusammen. Aus Gründen der Übersichtlichkeit wird dabei wiederum auf die zuvor verwendete Kategorisierung nach verschiedenen Ländergruppen zurückgegriffen.

Die günstigsten Rahmenbedingungen zur Realisierung eines Zweiverdienermodells liegen demzufolge in den *skandinavischen* Staaten Nordeuropas vor. Eine ausgebauten staatliche Familienpolitik mit kompakten Freistellungsregelungen und einer umfassenden, ganztägigen Kinderbetreuung ermöglicht es Eltern hier, bereits kurz nach der Geburt eines Kindes wieder in umfangreicher Stundenzahl erwerbstätig zu sein. Die vergleichsweise hohe Verbreitung flexibler Arbeitszeitanrangements schafft zudem Freiraum, diese Arbeitsstunden den eigenen familialen Bedürfnissen anzupassen. Eine aktive staatliche Arbeitsmarktpolitik garantiert zudem in der Mehrzahl der Fälle, dass dem Arbeitsangebot von skandinavischen Männern und Frauen auch de facto ausreichende Beschäftigungsmöglichkeiten gegenüberstehen. Aufgrund der umfassenden und von sozialen Charakteristika wie Bildung, Schicht und Geschlecht weitgehend unabhängigen Förderung einer Erwerbstätigkeit wird hier von einem „egalitären“, d.h. gesamtgesellschaftlich gleichmäßig verbreiteten Zweiverdienermodell ausgegangen.

In den *angelsächsischen* Ländern wird ebenfalls davon ausgegangen, dass nationale Rahmenbedingungen hier ein Zweiverdienermodell begünstigen. Allerdings liegen die politischen Hintergründe für dieses auf den ersten Blick ähnliche Ergebnis hier weniger in aktiver staatlicher Förderung, als vielmehr in der vergleichsweise zurückhaltenden Rolle des Staates in Familien- und Sozialpolitik sowie dem weitgehenden Vertrauen auf den Marktmechanismus zur Regulierung des Arbeitsmarktes. Das moderate Lohnniveau sowie die vergleichsweise geringe Höhe staatlicher Transferleistungen schaffen vielfach die Notwendigkeit für die Erwerbstätigkeit beider Geschlechter/Ehepartner.

Tab. 2: Institutionelle Rahmenbedingungen familialer Erwerbsmodelle im europäischen Vergleich

Ländergruppe	Staatliche Familienpolitik	Flexibilität von Arbeitszeiten	Durchlässigkeit des Arbeitsmarktes	Gefördertes familiales Erwerbsmodell
Skandinavisch	<i>Kinderbetreuung:</i> umfangreich ausgebaut für Kinder jeden Alters, ganztägige Versorgung <i>Freistellungsregelungen:</i> Kompakt, zeitlich auf ca. 1 Jahr begrenzt	Hohe Flexibilität von Arbeitszeiten, umfangreiche Möglichkeiten zur individuellen Gestaltung	Flexibler Arbeitsmarkt mit geringer Langzeitarbeitslosigkeit, Förderung der Erwerbsintegration durch aktive Arbeitsmarktpolitik	Egalitäres Zweiverdienermodell
Angelsächsisch	<i>Kinderbetreuung:</i> moderater Ausbau, oft privates Angebot, begrenzter Zugang <i>Freistellungsregelungen:</i> Meist sehr kurz, nur geringe staatliche Unterstützung	Hohe Flexibilität von Arbeitszeiten, umfangreiche Möglichkeiten zur individuellen Gestaltung	Flexibler, nur sehr gering regulierter Arbeitsmarkt mit nur sehr geringer Langzeitarbeitslosigkeit	Sozial selektives Zweiverdienermodell / Zuverdienermodell
Mitteleuropäisch	<i>Kinderbetreuung:</i> moderater Ausbau, v.a. für frühkindliche Phase gering, oft zeitlich begrenztes Angebot (Ausnahme: FRA; BEL) <i>Freistellungsregelungen:</i> Mehrjähriges Angebot	Moderate Flexibilität von Arbeitszeiten, begrenzte Möglichkeiten zur individuellen Gestaltung	Vergleichsweise regulierter Arbeitsmarkt mit moderat ausgeprägter Langzeitarbeitslosigkeit	Zuverdienermodell
Südeuropäisch	<i>Kinderbetreuung:</i> moderater Ausbau, v.a. für frühkindliche Phase gering, oft zeitlich begrenztes Angebot <i>Freistellungsregelungen:</i> Mehrjähriges Angebot	Geringe Flexibilität von Arbeitszeiten, kaum Möglichkeiten zur individuellen Gestaltung	Rigider Arbeitsmarkt mit hoher Langzeitarbeitslosigkeit – ausgeprägte Zugangsbarrieren	Ernährermodell/ Zweiverdienermodell
Osteuropäisch	<i>Kinderbetreuung:</i> moderater bis geringer Ausbau, v.a. für frühkindliche Phase gering, oft zeitlich begrenztes Angebot <i>Freistellungsregelungen:</i> Mehrjähriges Angebot	Geringe Flexibilität von Arbeitszeiten, kaum Möglichkeiten zur individuellen Gestaltung	hochgradig Rigider Arbeitsmarkt mit hoher Langzeitarbeitslosigkeit – ausgeprägte Zugangsbarrieren	Ernährermodell/ Zweiverdienermodell

Quelle: Eigene Darstellung

Zwar ermöglichen sowohl private Kinderbetreuungseinrichtungen, die flexible Gestaltung betrieblicher Arbeitszeitmodelle sowie die hohe Durchlässigkeit des flexiblen Arbeitsmarktes grundsätzlich gute Möglichkeiten zur Kombination von Familienarbeit und Erwerbstätigkeit. Gleichwohl sind diese Maßnahmen aufgrund der stärkeren Anbindung an private Anbieter nicht jeder Bevölkerungsschicht in gleichem Maße zugänglich, so dass es insbesondere Geringverdienern schwer fällt, die hohen Betreuungskosten für private Kinderbetreuung auf Basis des eigenen (zusätzlichen) Erwerbseinkommens aufzubringen. Die Realisierung einer beiderseitigen Erwerbstätigkeit ist hier somit nur entweder in Form der reduzierten Erwerbstätigkeit eines desjenigen Ehepartners möglich, der die Hauptverantwortung für die innerfamiliäre Betreuung trägt (Zuverdienermodell), oder durch die Inanspruchnahme kostengünstiger externer Betreuung, etwa durch Verwandte oder Nachbarschaftsinitiativen möglich. Aus diesen Gründen wird für die angelsächsischen Länder zwar die Dominanz eines Zweiverdienermodells erwartet, dessen Verbreitung jedoch zwischen verschiedenen sozialen Schichten variiert (*sozial selektives Zweiverdienermodell*, vgl. Tabelle 3).

Vergleichsweise ungünstige Rahmenbedingungen für die Realisierung eines Zweiverdienermodells existieren hingegen sowohl in den *südeuropäischen* Staaten als auch in den *osteuropäischen* „Neumitgliedern“ der Europäischen Union. Die familienpolitische Unterstützungsleistungen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, etwa in Form von öffentlichen frühkindlichen Betreuungseinrichtungen, sind hier nur geringfügig (Osteuropa) bis moderat (Südeuropa) ausgebaut, und Freistellungsregelungen begünstigen meist eine längere Erwerbspause. Als besonders hinderlich für eine Erwerbstätigkeit beider Elternteile erweist sich jedoch die ausgesprochen geringe Flexibilität betrieblicher Arbeitszeiten. Junge Männer und Frauen sehen sich hier meist der Wahl zwischen der beiderseitigen Aufnahme einer unflexiblen Vollzeitarbeitsstelle bzw. dem völligen Verzicht auf eine Erwerbstätigkeit gegenüber. Selbst für grundsätzlich erwerbsbereite Paare stellen meist rigide Arbeitsmärkte mit insbesondere in den osteuropäischen Staaten hoher Langzeitarbeitslosigkeit ein beachtliches Erwerbshindernis dar. Für beide Ländergruppen wird daher eine Polarisierung zwischen zwei verschiedenen Erwerbsmodellen erwartet: diejenigen Männer und Frauen, denen eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration gelingt, werden infolge der rigiden Arbeitszeitstruktur primär in Vollzeittätigkeit arbeiten, so dass hier ein Zweiverdienermodell erwartet werden kann. Diejenigen, denen es infolge umfassender Arbeitsmarktbarrieren oder mangelnder Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht gelingt, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, werden aufgrund mangelnder flexibler Arbeitszeitoptionen primär in einem klassischen Ernährermodell vorzufinden sein.

Bei den *mitteleuropäischen* Ländern ist hinsichtlich des arbeitsmarkt- und familienpolitisch geförderten familialen Erwerbsmodells ein heterogenes Bild zu erwarten. Insbesondere in den französischsprachigen Ländern, etwa Frankreich und Belgien, ist aufgrund des umfassenden Ausbaus ganztägiger frühkindlicher Betreuungseinrichtungen in Verbindung mit moderater Flexibilität von Arbeitszeiten und einem ebenso moderat durchlässigen Arbeitsmarkt davon auszugehen, dass hier ein Zweiverdienermodell vergleichsweise häufig vorzufinden ist. In den deutschsprachigen Ländern zeigen sich hinsichtlich der Flexibilität von Arbeitszeitmodellen und der Durchlässigkeit des Arbeitsmarktes zwar ähnliche Rahmenbedingungen. Aufgrund des insbesondere in Österreich und Westdeutschland jedoch nur vergleichsweise geringen Ausbaus frühkindlicher Betreuungseinrichtungen, der oftmals nur halbtägigen Verfügbarkeit

von Vorschulbetreuung sowie der vergleichsweise umfangreichen Freistellungsregelungen ist jedoch davon auszugehen, dass hier eher Anreize für ein Ernährermodell in frühen Phasen der Kindererziehung und ein Zuverdienermodell nach Erreichen des Kindergartenalters gesetzt werden.

3. Entwicklung der Erwerbsmuster von Männern und Frauen in Europa

Ziel des vorangegangenen Kapitels war es, einen Überblick über diejenigen nationalen familien-, arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Rahmenbedingungen zu geben, die die Möglichkeiten zur Herausbildung und Entwicklung spezifischer familialer Erwerbsformen bestimmen. Dieser schematische Überblick soll im Folgenden einer differenzierten Betrachtung verschiedenster Aspekte der Erwerbstätigkeit von Männern und Frauen in Europa und ihrer Entwicklung gegenübergestellt werden. Diese systematische Konfrontation von tatsächlichen Erwerbsmustern beider Geschlechter und institutionellen Hintergründen ermöglicht es, europäische Arbeitsmarktentwicklungen nicht nur als solche zu beschreiben, sondern sie gleichzeitig im Kontext ihrer politischen Rahmen- und Entstehungsbedingungen zu verstehen. Der systematische Vergleich ermöglicht zudem eine Gegenüberstellung des deutschen arbeitsmarkt- und familienpolitischen Modells und seiner erwerbsbezogenen Konsequenzen mit anderen europäischen Ländern, und damit zur Identifizierung und kritischen Überprüfung möglicher Alternativ- oder Vorbildmodelle.

Im Folgenden soll dabei zunächst auf den rein quantitativen Umfang der Erwerbstätigkeit von Männern und Frauen in Europa und den USA eingegangen werden, d.h. die Frage, welcher Anteil aller Männer und Frauen *überhaupt* aktiv erwerbstätig ist (Kapitel 3.1). Um den zeitlichen Umfang der Erwerbstätigkeit von Männern und Frauen abschätzen und damit die Rolle eines nur begrenzt erwerbstätigen „Zuverdieners“ von derjenigen eines umfangreich erwerbstätigen „Zweitverdieners“ empirisch trennen zu können, skizziert und diskutiert Kapitel 3.2 anschließend die Bedeutung von Vollzeit- und Teilzeitarbeit für Männer und Frauen in Europa. Eine familienpolitisch relevante Untersuchung von Erwerbsmodellen in Europa darf sich jedoch nicht nur auf eine reine Beschreibung von landestypischen Erwerbsmodellen beschränken. Darüber hinaus stellt sich die Frage, inwiefern sich unterschiedliche familiäre Erwerbsmodelle auf das Familienleben bzw. die individuell wahrgenommene Vereinbarkeit von Familie und Beruf auswirken. Kapitel 3.3 ergänzt die Gegenüberstellung von Erwerbsmustern daher durch einen europäisch vergleichenden Überblick über die Wahrnehmung potentieller Konflikte zwischen Familie und Erwerbsleben auf Basis aktueller Bevölkerungsumfragen. Diese zusätzliche qualitative Betrachtungsweise ermöglicht in gewisser Weise eine „Tiefenanalyse“ der verschiedenen familialen Erwerbsmuster in Europa im Hinblick auf die konkreten Auswirkungen auf das Familienleben.

Analog zum vorangegangenen Kapitel soll in der folgenden Darstellung der Ergebnisse aus Gründen der Übersichtlichkeit wiederum nicht detailliert auf die 27 Einzelstaaten der gegenwärtigen Europäischen Union, sondern auf die oben skizzierten repräsentative Ländergruppen eingegangen werden, wobei Sonderfälle und „Ausreißer“ jeweils gesondert diskutiert werden. Da eine differenzierte Darstellung sämtlicher Entwicklungsmuster für alle europäischen Länder den Rahmen der vorliegenden Expertise sprengen würde, wird im Folgenden jeweils auf ausgesuchte Beispielfälle der zuvor genannten Ländergruppen eingegangen. Für eine detailliertere Erfassung der Daten anderer europäischer Länder sei auf Beier et al. 2009 verwiesen.

3.1 Das Ernährermodell auf dem Rückzug –Erwerbsquoten im europäischen Vergleich

Abbildung 2 gibt einen Überblick über die Entwicklung der Erwerbstätigenquoten von Männern und Frauen im erwerbsfähigen Alter seit den 1970er Jahren bis zum Jahr 2008 in ausgewählten europäischen Beispielländern sowie den USA.⁵ Wie die Daten zeigen, ist für alle betrachteten Länder bzw. Ländergruppen in den vergangenen vier Jahrzehnten eine schrittweise Annäherung der Erwerbstätigkeit von Männern und Frauen zu beobachten. Zurückzuführen ist diese Konvergenz zum einen auf die durch verbesserte Bildungsmöglichkeiten und familienpolitische Unterstützung geförderte Zunahme der Erwerbstätigkeit von Frauen. Zum anderen hat gleichzeitig in vielen Ländern die zuvor bereits hohe Erwerbstätigkeit von Männern infolge verlängerter Ausbildungsphasen (*Blossfeld et al. 2005*) und der zunehmenden Verbreitung von Frühverrentungsregelungen (*Hofäcker et al. 2007*) geringfügig abgenommen. Das „klassische Ernährermodell“ mit einem erwerbstätigen Ehemann und einer auf Haushaltsarbeit und Kinderbetreuung fokussierten Ehefrau befindet sich somit in nahezu allen europäischen Ländern deutlich auf dem Rückzug. Trotz dieses grundsätzlichen gemeinsamen Trends zeigen sich dennoch in den Ländern Europas bemerkenswerte Unterschiede im Ausmaß der Loslösung vom klassischen Ernährermodell.

In den *skandinavischen* Ländern besaß dieses klassische Modell der Aufgabenteilung bereits zu Beginn der 1970er Jahre nur noch eine beschränkte Gültigkeit. Etwa die Hälfte (Norwegen) bis zwei Drittel aller Frauen (Schweden) war hier bereits aktiv in den Arbeitsmarkt integriert. In den folgenden Jahrzehnten wuchs dieser Anteil schrittweise auf einen Wert von ca. 75 Prozent an. Lediglich in Schweden war im Zuge der Wirtschaftskrise der frühen 1990er Jahre sowie der Ausweitung tertiärer Bildungsmöglichkeiten nach einem „Rekordwert“ von etwa 80 Prozent Frauenerwerbstätigkeit ein leichter Rückgang erkennbar, der jedoch in den Folgejahren wieder zum Teil ausgeglichen werden konnte (*Korpi und Stern 2006*). Zum Ende des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts liegen die Beschäftigungsquoten von skandinavischen Männern, deren Erwerbsbeteiligung mit leichten konjunkturellen Schwankungen leicht zurückging, und Frauen nur noch wenige Prozentpunkte auseinander.

Ähnliche Entwicklungstendenzen zeigen sich in den *angelsächsischen* Ländern. In den Vereinigten Staaten und Großbritannien war ebenfalls in den 1970er bzw. 1980er Jahren bereits etwa die Hälfte aller Frauen erwerbstätig. In den Folgejahrzehnten stieg dieser Wert kontinuierlich an und stabilisierte sich seit der Jahrtausendwende auf einem Wert von etwa 65 Prozent etwa 15 Prozentpunkte unterhalb derjenigen der Männer. Einen Sonderfall stellt hier Irland dar, wo zu Beginn der 1970er Jahre die Erwerbstätigkeit von Männern (um 80%) und Frauen (um 30%) deutlich unterschiedlich ausfiel. Nach der tiefgreifenden Wirtschafts- und Finanzkrise profitierten jedoch sowohl irische Männer als auch Frauen vom wirtschaftlichen Aufschwung und der Einführung flexibler Arbeitsformen wie Teilzeitarbeit und befristeter Beschäftigung (*Layte et al. 2005*), so dass ab Anfang der 1990er Jahre insbesondere die weiblichen Beschäftigungsquoten rapide anstiegen. Bis zum heutigen Zeitpunkt haben sich die Er-

⁵ Die *Erwerbstätigenquote* bezeichnet den Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Sie berücksichtigt dabei sowohl Erwerbstätige in Vollzeit- und Teilzeitarbeit als auch Personen, deren Arbeitsverhältnis zum Erhebungszeitpunkt ruht, etwa aufgrund von Elternzeit (*BMFSFJ 2005*).

werbsbeteiligungsquoten in Irland damit denjenigen der anderen angelsächsischen Länder angenähert: gegenwärtig sind nahezu 80 Prozent aller irischen Männer und 60 aller irischen Frauen erwerbstätig.

Auch in den *mitteleuropäischen* Staaten, in denen zu Beginn der 1970er Jahre die weiblichen Erwerbsquoten meist noch unter 50 Prozent lagen, zeigen sich in jüngerer Vergangenheit deutliche Effekte einer Annäherung der Erwerbsquoten beider Geschlechter.

Abb. 2 Erwerbstätigenquoten von Frauen und Männern im internationalen Vergleich, 1970-2006, ausgewählte europäische Länder.

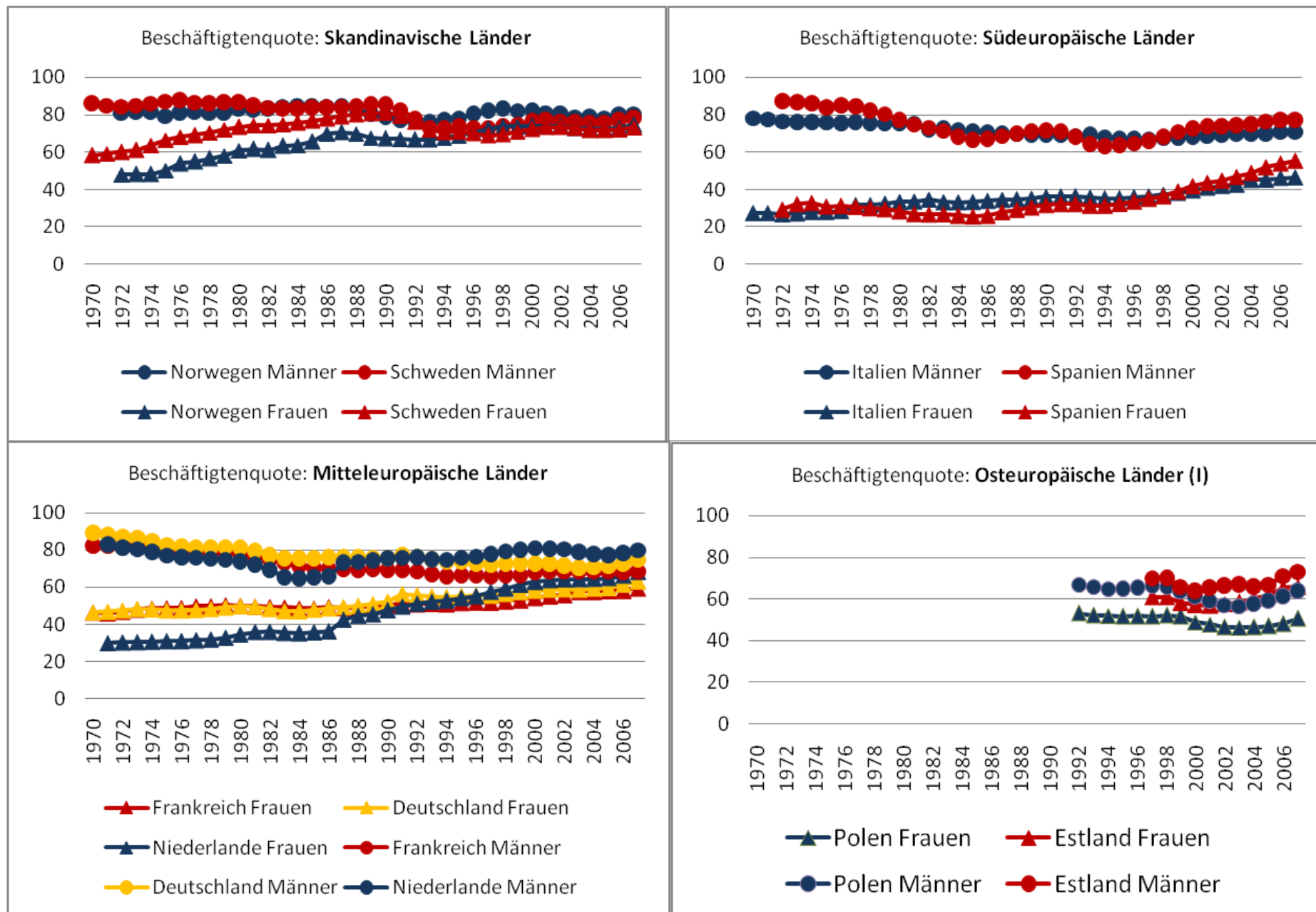
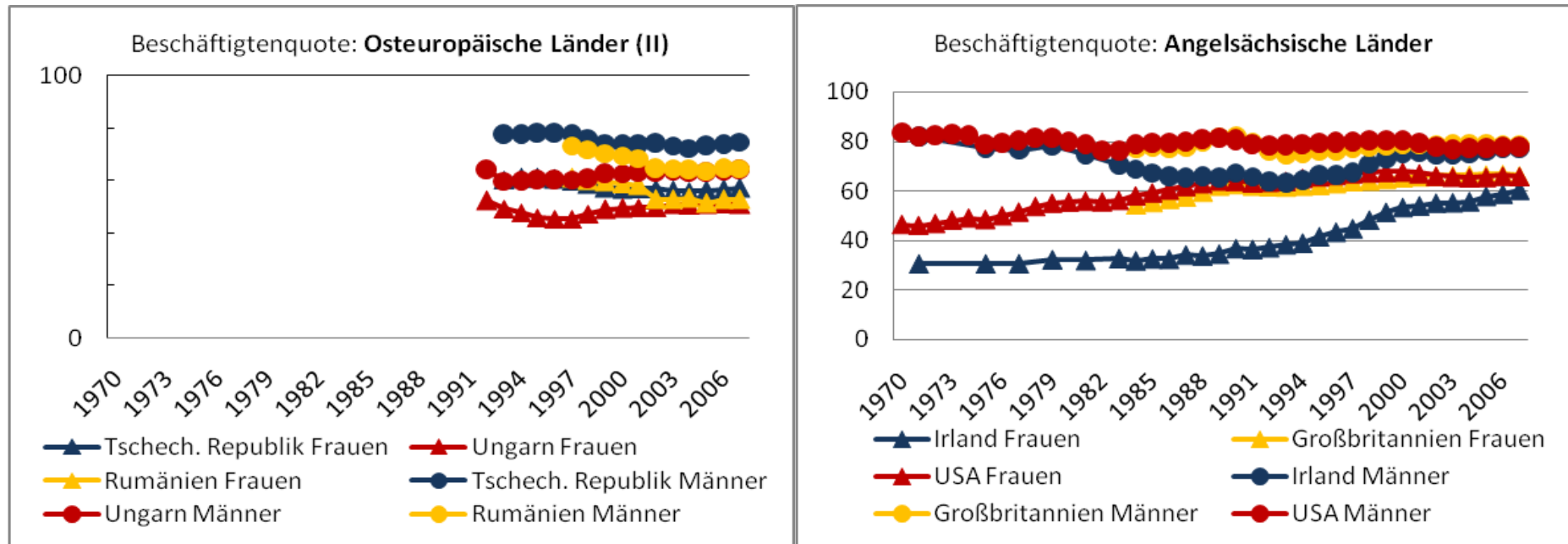


Abb. 2 Erwerbstätigenquoten von Frauen und Männern im internationalen Vergleich, 1970-2006, ausgewählte europäische Länder. (Fortsetzung)



Quelle: OECD 2009, Eurostat 2009

In Deutschland und Frankreich haben ein merkliches Sinken der Erwerbsquoten von Männern – v.a. bedingt durch den Ausbau von Frühverrentungsmaßnahmen (Buchholz 2008, Hofäcker 2010) – sowie ein langsamer, aber kontinuierlicher Anstieg der Erwerbstätigkeit von Frauen dazu beigetragen, dass gegenwärtig die geschlechtsspezifischen Erwerbsquoten nur noch ca. 10 Prozentpunkte auseinanderliegen: während etwa 70-75 Prozent aller Männer im erwerbsfähigen Alter erwerbstätig sind, trifft dies für 60-65 Prozent aller Frauen zu. Deutschlands Frauenerwerbsquote „profitierte“ dabei in den 1990er Jahren von den höheren Erwerbsquoten ostdeutscher Frauen, die im Jahre 1990 zu einem sprunghaften Anstieg der durchschnittlichen Frauenerwerbstätigkeit führten. Mittlerweile haben sich die Erwerbsquoten ost- und westdeutscher Frauen jedoch auf einem Niveau von ca. 60 Prozent nahezu aneinander angeglichen (Bäcker 2008). Einen bemerkenswerten Sonderfall innerhalb der mitteleuropäischen Länder stellen die Niederlande dar. Hier waren zu Beginn der 1970er Jahre weniger als ein Drittel aller holländischen Frauen (im Vergleich zu ca. 80% aller Männer) aktiv erwerbstätig. In der Tat stellten die Niederlande bis zum Beginn der 1970er Jahre den Prototyp eines „starken männlichen Ernährermodells“ (Lewis 1992) dar, in dem insbesondere die Erwerbstätigkeit von Müttern lange als wenig akzeptabel angesehen wurde (Pott-Butter 1993). Infolge mehrerer gesellschaftlicher Veränderungen - etwa des Wertewandels der 1970er Jahre, der Bildungsexpansion, des Zuwachses an Einpersonen- oder Eineltern-Haushalten sowie des Ausbaus von Kinderbetreuungseinrichtungen stieg die Frauenerwerbstätigkeit in den Folgejahrzehnten jedoch deutlich an (Peper und Phlippen 2003, Knijn 2002), so dass die niederländische Frauenerwerbstätigenquote gegenwärtig mit etwa 70 Prozent deutlich oberhalb des europäischen Durchschnitts von ca. 60 Prozent liegt (Statistisches Bundesamt 2006b).

Eine Sonderstellung hinsichtlich der Erwerbstätigkeit von Männern und Frauen nehmen nach wie vor die *südeuropäischen* Länder ein. Hier ist die Frauenerwerbstätigkeit von einem Ausgangsniveau von ca. 30 Prozent in den 1970ern in den Folgejahrzehnten nur langsam angestiegen und verbleibt in Italien auch gegenwärtig noch unterhalb der 50 Prozent-Marke, und damit deutlich unterhalb der männlichen Erwerbstätigkeit von ca. 70 bis 80 Prozent. Ähnlich niedrige Werte finden sich in Griechenland (48,1%; OECD 2009). In Spanien hat ein deutlicher Anstieg in den letzten 10 Jahren dazu geführt, dass mittlerweile fast 60 Prozent aller Spanierinnen erwerbstätig sind, in Portugal liegt der entsprechende Wert seit der Jahrtausendwende sogar knapp oberhalb dieser Marke (2007: 61,9%; *ibid.*). Der über lange Zeit hinweg geringe Anteil von Frauen am südeuropäischen Arbeitsmarkt lässt sich als Konsequenz des wechselseitigen Zusammenspiels eines an familialer Solidarität orientierten Wohlfahrtsystems, des Fehlens einer explizit an der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ausgerichteten Familienpolitik und eines vergleichsweise konservativen Familienideals verstehen (Flacquer 2000). Ein sich in jüngerer Zeit abzeichnender Einstellungswandel (Hofäcker 2008, Hofäcker und Lück 2004) sowie familienpolitische Ausbaumaßnahmen tragen jedoch zunehmend zur langsamen aber schrittweisen Erosion dieses „südeuropäischen Modells“ (Flacquer 2000) bei.

Ein uneinheitliches Bild zeigt sich schließlich hinsichtlich der *osteuropäischen* Ländergruppe. Vor dem Systemwechsel zu Beginn der 1990er Jahre wiesen diese Länder vergleichsweise hohe, den skandinavischen Staaten vergleichbare Beschäftigungsquoten sowohl von Männern als auch von Frauen auf (Pascall und Kwak 2009). Im Zuge des vielfach radikalen Übergangs von einer Planwirtschaft zu einer globalisierten Marktwirtschaft nahm sowohl für Männer als auch für Frauen die Beschäftigungsunsicherheit deutlich zu (Blossfeld und Hofmeister 2006).

Vergleichende Analysen zeigen jedoch, dass Frauen und Männer von diesen Veränderungen in unterschiedlichem Ausmaß betroffen wurden: Frauen waren in etwa umfassenderen Masse mit Arbeitslosigkeit konfrontiert, und ihnen gelang es vergleichsweise weniger als Männern, in den nach der Systemwechsel wachsenden privaten Wirtschaftssektor neue Arbeitsplätze zu finden (*Unicef* 1999). Wie das Beispiel Polen zeigt, waren Frauen bei Neueinstellungen z.T. offenen Diskriminierungen durch Arbeitgeber ausgesetzt (*Plomien* 2006) und es gelang Ihnen in geringerem Maße, ihre familienpolitischen Anrechte, etwa in Bezug auf Elternurlaub und Mutterschutz durchzusetzen (*Pascall und Kwak* 2009). Der deutliche Rückgang insbesondere der frühkindlichen Kinderbetreuung (*Unicef* 1999, *Hamplovà* 2006), die mangelnde Flexibilität am Arbeitsplatz (vgl. *Mühling* 2009) sowie die nach wie vor umfassende Orientierung an traditionellen Familienwerten (*Hofäcker und Lück* 2004, vgl. auch *Beier und Rupp* 2009) trug zudem dazu bei, dass junge Mütter nach der Geburt eines Kindes oftmals eine längere Auszeit in Anspruch nahmen. Wenngleich die Erwerbsbeteiligung osteuropäischer Frauen in diesem Zeitraum deutlich sank, verblieb sie nichtsdestotrotz oberhalb des EU-Durchschnitts (*Saar und Helemäe* 2006, *Michoń* 2009), so dass keinesfalls von einer kompletten Abkehr vom vormals dominanten Zweiverdienermodell ausgegangen werden kann (*Pascall und Kwak* 2005, 2009). Der konkrete Verlauf der Erwerbsquoten variiert dabei deutlich zwischen den in Abbildung 2 untersuchten Ländern. Seit der Phase der wirtschaftlichen Erholung Mitte der 1990er Jahre stabilisierten sich die Erwerbsquoten beider Geschlechter in Osteuropa wieder auf niedrigerem Niveau bzw. stiegen leicht an. Dennoch verbleibt nach dem Systemwechsel eine Differenz von zwischen 5 und 20 Prozent zwischen den Erwerbsquoten beider Geschlechter.

Die vorangegangenen Darstellungen beruhten auf der Analyse der durchschnittlichen Erwerbstätigenquoten von Männern und Frauen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren. Wenngleich diese Kennzahlen einen guten Überblick über die Entwicklung geschlechtsspezifischer Erwerbsmuster und die Verbreitung unterschiedlicher familialer Erwerbsarrangements zulassen, kann ihre alleinige Verwendung unter Umständen irreführend sein. Durch die Bildung eines Durchschnittswertes über alle Altersgruppen zwischen Ausbildung und Renteneinstieg können altersspezifische Erwerbsbesonderheiten nicht eingehender analysiert werden. So kann beispielsweise ein Absinken der Erwerbstätigenquote von Männern bzw. Frauen sowohl auf einen Rückgang der Erwerbstätigenquoten in *allen* Altersgruppen (etwa bei einer grundlegenden konjunkturellen Verschlechterung) oder durch einen Rückgang in *einer spezifischen* Altersgruppe (etwa durch einen Rückgang bei älteren Arbeitskräften durch die Einführung von Frühverrentungsmaßnahmen) zurückzuführen sein. Ebenso geben die durchschnittlichen Erwerbstätigenquoten keinerlei Auskunft über das Muster der Erwerbstätigkeit von Männern und Frauen im Lebensverlauf. So kann beispielsweise in einigen europäischen Ländern davon ausgegangen werden, dass Frauen bis zu der Geburt eines Kindes umfassend am Erwerbsleben teilnehmen, sich jedoch anschließend weitgehend aus dem Erwerbsleben zurückziehen.

Um diesen Aspekten umfassender nachzugehen, gibt Abbildung 3 die altersspezifischen Erwerbstätigenquoten von Männern und Frauen in ausgewählten europäischen Beispielländern wieder. Diese entsprechen grundsätzlich den allgemeinen Erwerbstätigenquoten, werden hier jedoch nicht auf die gesamte erwerbsfähige Bevölkerung, sondern auf spezifische 10-Jahres-Altersgruppen bezogen. Diese Form der Darstellung ermöglicht eine bessere Identifika-

tion von altersspezifischen Unterschieden und spezifischen Lebenslaufmustern in der Erwerbstätigkeit von Männern und Frauen.⁶ Um den Wandel derartiger Arrangements im Zeitverlauf untersuchen zu können, gibt Abbildung 3 die altersspezifischen Erwerbsquoten für mehrere ausgewählte Zeitpunkte seit Beginn der 1970er Jahre wieder.

⁶ Grundlegend muss jedoch beachtet werden, dass die Darstellungen in Abbildung 3.3 nur eine „Annäherung“ an das tatsächliche Lebenslaufmuster einzelner Männern und Frauen darstellen können. Die vorliegenden Daten der OECD und des Statistischen Amtes der europäischen Union (Eurostat) ermöglichen nur die Darstellung von Erwerbstätigenquoten zu einem bestimmten Zeitpunkt. Um tatsächliche „Lebenslaufprofile“ nachzeichnen zu können, müssten indes Beobachtungsdaten für einzelne Individuen bestimmter Geburtsjahrgänge vorliegen.

Abb.3: Erwerbstätigenquoten von Frauen und Männern im Lebenslauf, 1975-2007, ausgewählte europäische Länder.

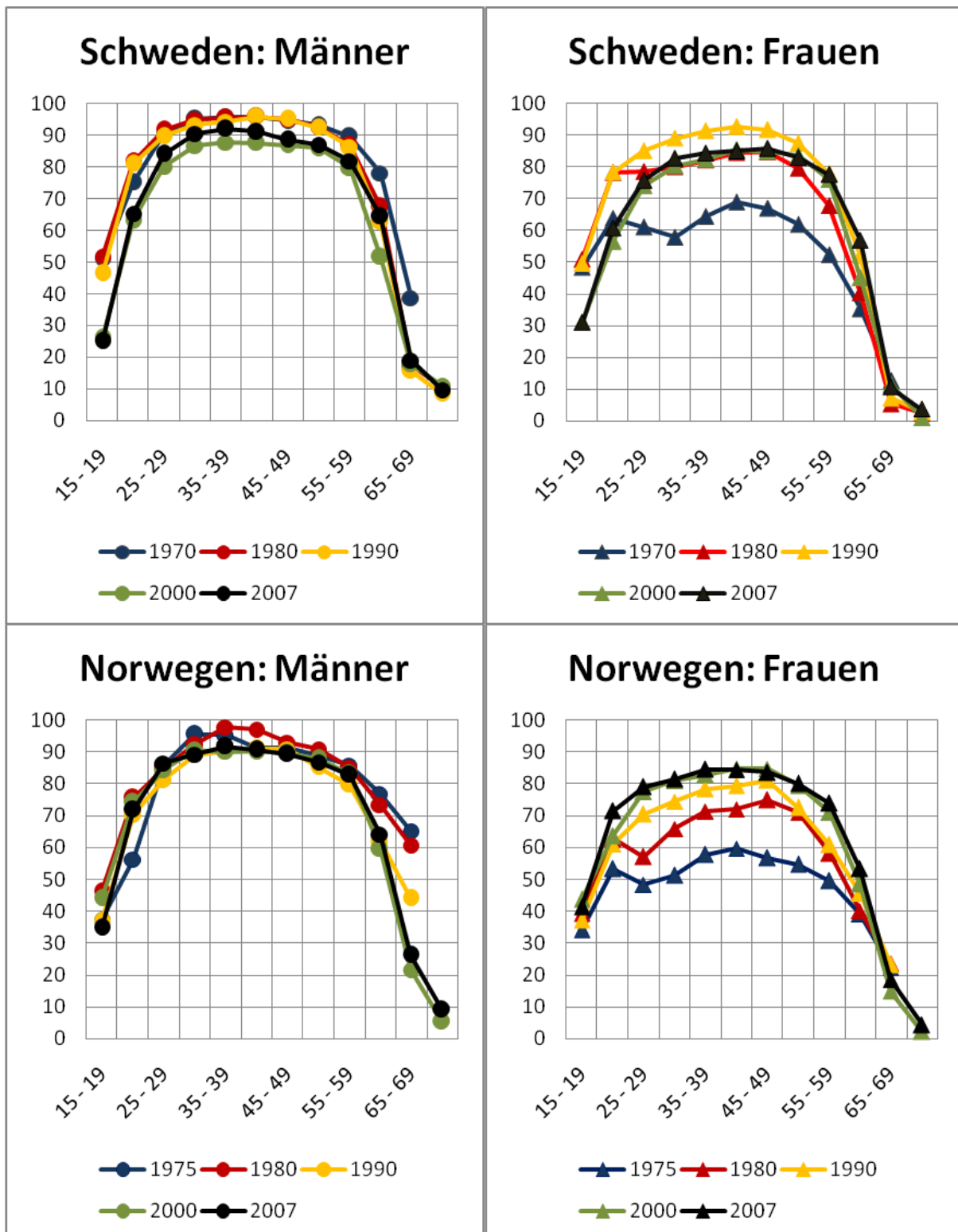


Abb. 3: Erwerbstätigenquoten von Frauen und Männern im Lebenslauf, 1975-2007, ausgewählte europäische Länder (Fortsetzung).

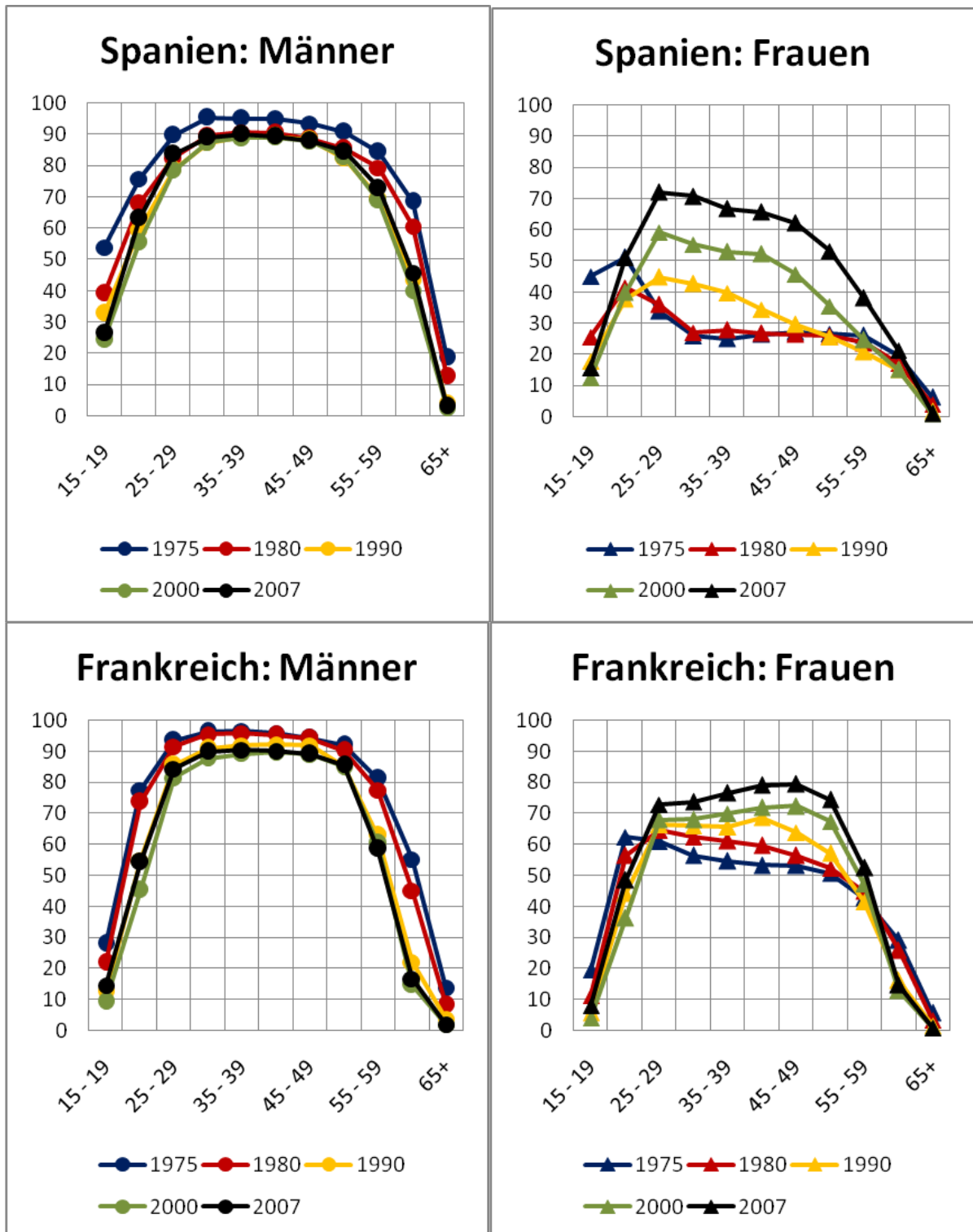


Abb. 3: Erwerbstätigenquoten von Frauen und Männern im Lebenslauf, 1975-2007, ausgewählte europäische Länder (Fortsetzung).

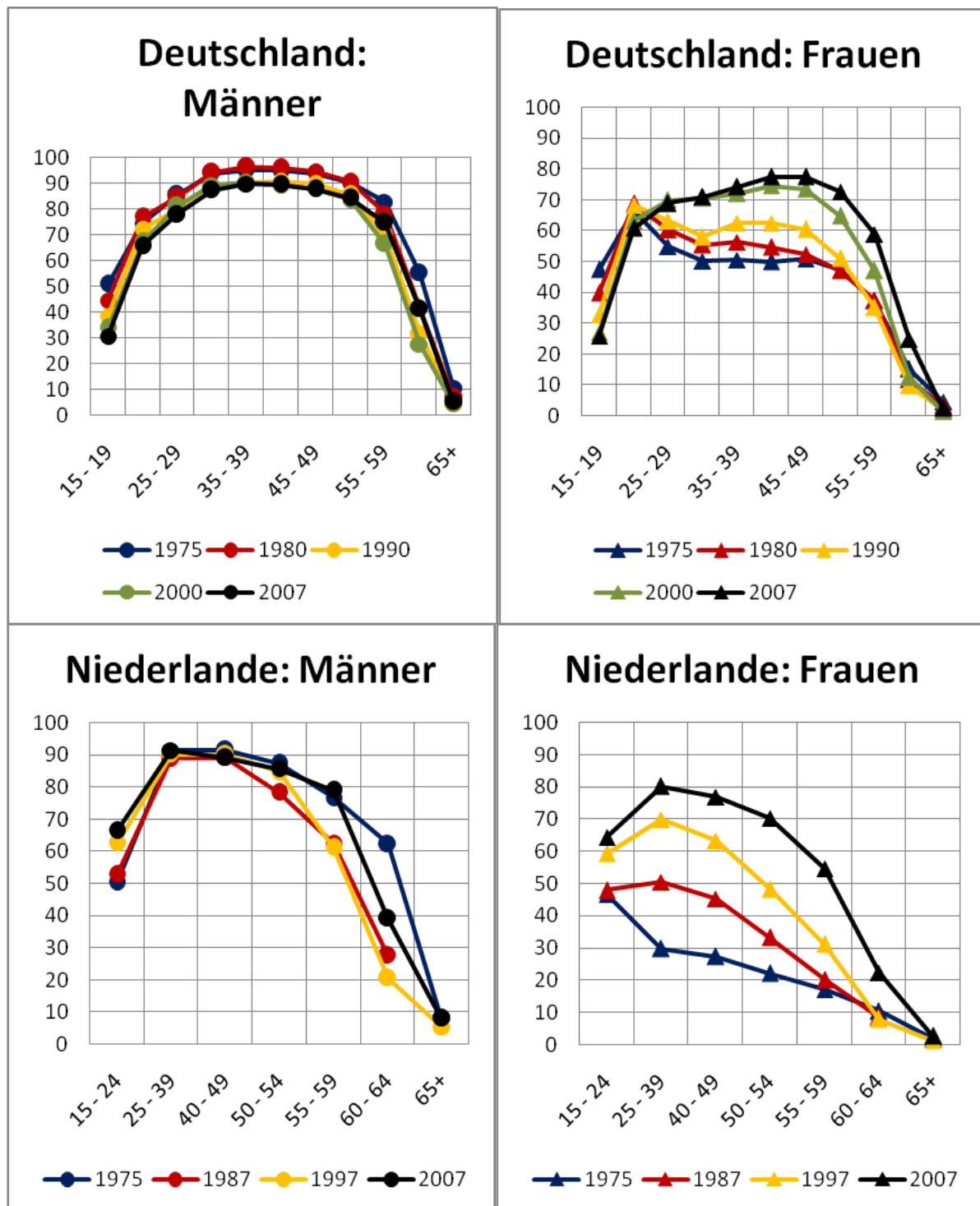


Abb. 3: Erwerbstätigenquoten von Frauen und Männern im Lebenslauf, 1975-2007, ausgewählte europäische Länder (Fortsetzung).

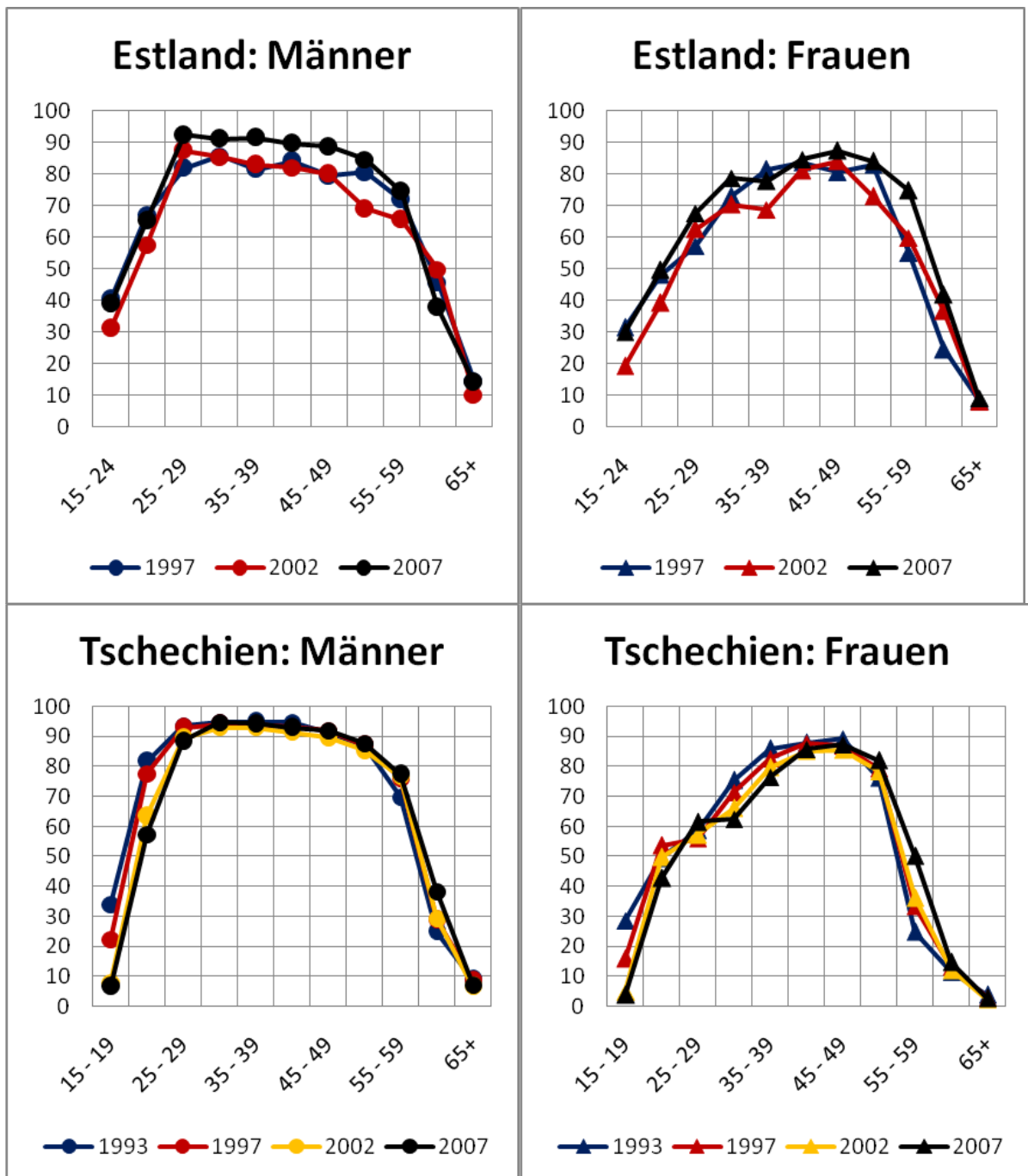


Abb. 3: Erwerbstätigenquoten von Frauen und Männern im Lebenslauf, 1975-2007, ausgewählte europäische Länder (Fortsetzung).

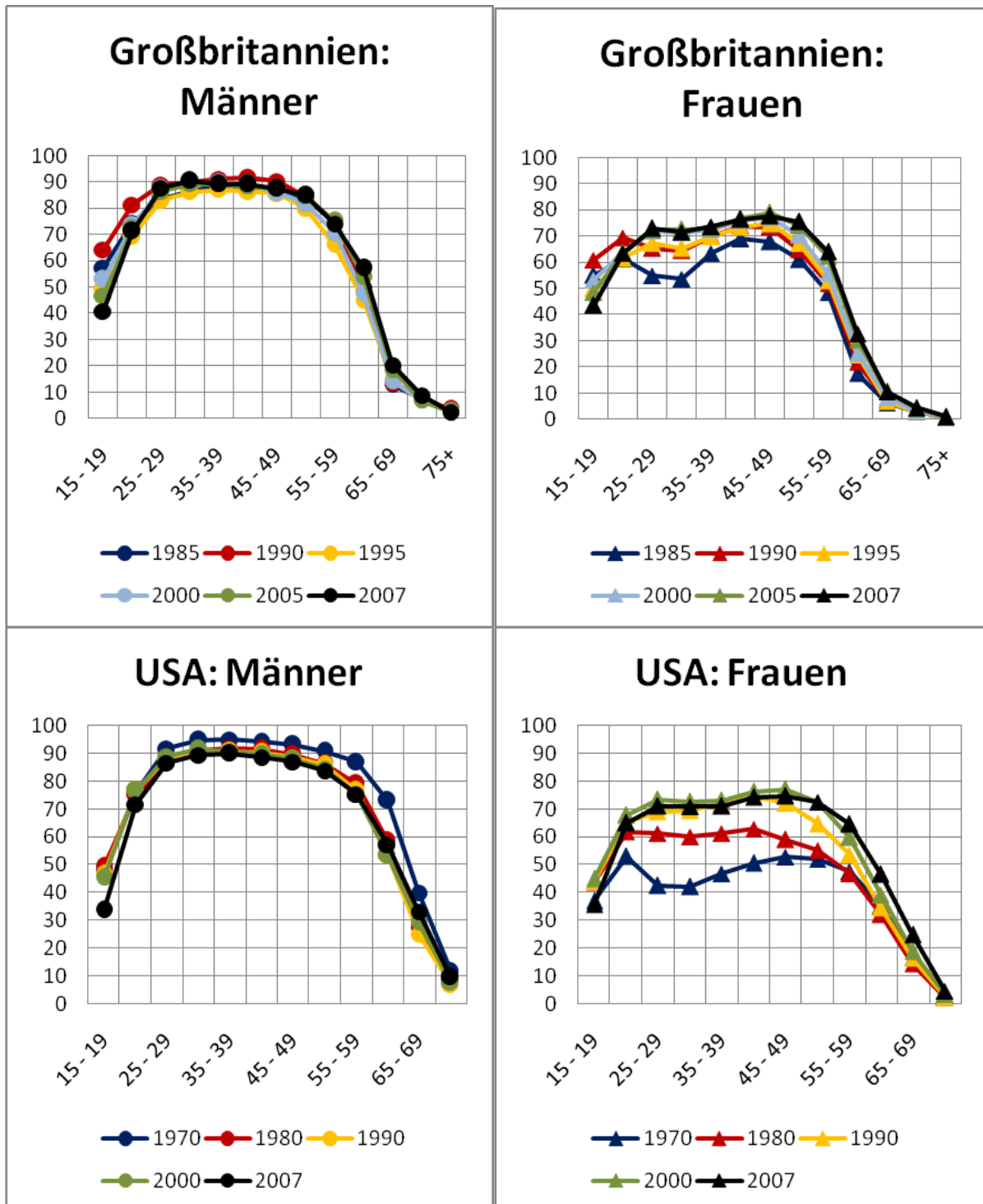
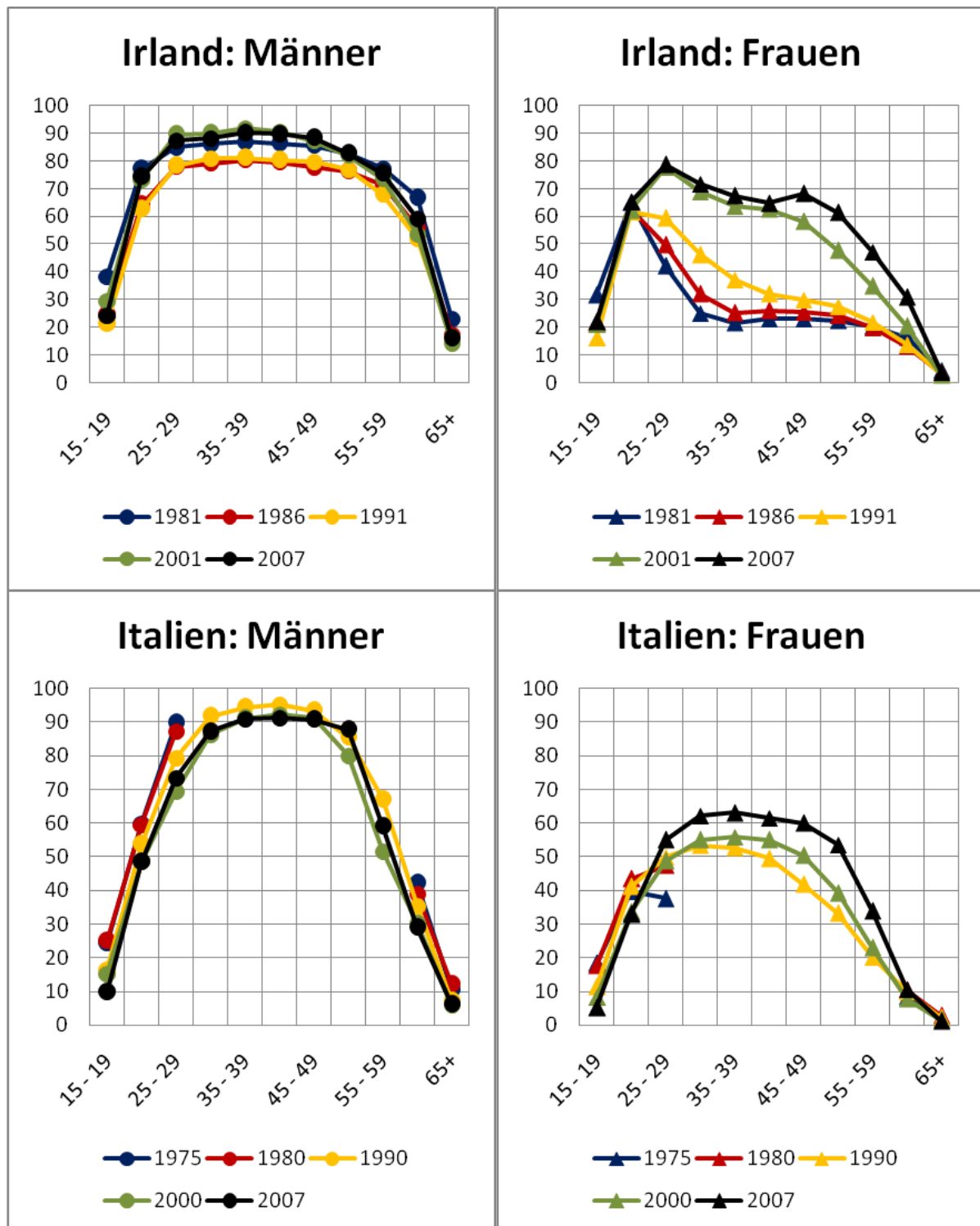


Abb. 3: Erwerbstätigenquoten von Frauen und Männern im Lebenslauf, 1975-2007, ausgewählte europäische Länder (Fortsetzung).



Quelle: OECD 2009b.

Auffällig ist dabei, dass in nahezu allen in Abbildung 3 dargestellten Ländern die Erwerbsquoten von *Männern* kontinuierlich hohe Werte in der Altersspanne von 25 bis 55 bzw. 60 Jahren aufweisen. Lediglich in der späten Jugendphase (15-24 Jahre) bzw. im Vorruhestandsalter (60 Jahre und älter) ist im Zeitverlauf aufgrund der bereits diskutierten Trends zu längere

rer Ausbildung und Frühverrentung im Zeitverlauf ein Rückgang der Erwerbsquoten erkennbar. Die Tatsache, dass die Erwerbsquoten von Männern in der Mehrzahl von Ländern mit Werten von etwa 90 Prozent nahezu deren „Vollbeschäftigung“ signalisieren, verdeutlicht die nach wie vor zentrale und im Lebenslauf konstante Rolle des Mannes als bedeutsamer „Verdiener“ im familialen Haushalt, unabhängig davon, ob politisch ein Zweiverdiener-, Zuverdiener- oder Ernährermodell gefördert wird. Lediglich in Länder, die sich wirtschaftlich Krisentendenzen gegenübersehen – insbesondere den osteuropäischen Ländern bzw. Irland während der Wirtschafts- und Finanzkrise der 1980er Jahre, sinken die Erwerbsquoten von Männern geringfügig auf Werte um 80 Prozent, steigen jedoch zumeist ebenso unmittelbar wieder in Zeiten wirtschaftlicher Erholung.

Deutlichere altersspezifische Unterschiede zeigen sich hingegen bei den Erwerbsquoten von *Frauen* in Europa. Hierbei lassen sich idealtypisch drei Ländergruppen unterscheiden:

- (i) Insbesondere in den *skandinavischen* Ländern (Schweden, Norwegen), den *angelsächsischen* Staaten (USA, Großbritannien) sowie in *Osteuropa* haben sich die weiblichen Erwerbsverlaufsmuster in den vergangenen Jahrzehnten weitgehend dem männlichen Verlauf angenähert. Die weibliche Erwerbstätigkeit fällt hier zwischen 25-59 Jahren⁷ meist nur leicht geringer aus als bei Männern und ist über die unterschiedlichen Altersgruppen weitgehend konstant. Lediglich für die 1970er bis 1980er Jahre zeigen sich für einige Länder noch Anzeichen eines kurzfristigen Rückgangs der Erwerbstätigkeit von Frauen in den späten 20er bzw. frühen 30ern, die auf eine kurzzeitige Erwerbsunterbrechung verweisen. In diesen Ländern kann entsprechend von einer vergleichsweise langen und gefestigten Tradition einer beiderseitigen Erwerbstätigkeit von Männern und Frauen ausgegangen werden.
- (ii) In vielen mitteleuropäischen Ländern (etwa Frankreich, Deutschland und den Niederlanden) finden sich Anzeichen einer „nachholenden“ Übernahme des oben skizzierten Musters einer Erwerbstätigkeit beider Ehepartner. Sowohl für die 1970er als auch für die 1980er Jahre finden sich hier noch Anzeichen einer signifikanten Stagnation bzw. Rückläufigkeit der Erwerbstätigenquoten von Frauen in den späten 20ern/frühen 30ern, die auf eine zumindest vorübergehende Erwerbsunterbrechung verweisen. In den vergangenen zwei Jahrzehnten verschwindet dieser „Kindereffekt“ jedoch zunehmend, so dass sich die Erwerbstätigkeitsmuster der stilisierten „Zylinderform“ der angelsächsischen/ skandinavischen/ osteuropäischen Länder anpassen, wenngleich auf quantitativ niedrigerem Niveau.
- (iii) In den südeuropäischen Ländern sowie in Irland finden sich auch gegenwärtig noch erkennbare Anzeichen eines möglichen „Kinder-Effektes“ auf die altersbezogene Erwerbstätigkeit von Frauen. Insbesondere in Spanien zeigt sich bis zur Jahrtausendwende noch eine deutliche Stagnation der Erwerbstätigkeit von Frauen in den 30ern. Offenbar bedeutet in diesen Ländern die Gründung einer eigenen Familie angesichts mangelnder Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf nach wie vor eine wesentliche Zäsur in der Erwerbskarriere von Frauen. Trotz der relativen Persistenz

⁷ Das vergleichsweise frühere Alter des Rückgangs der Erwerbstätigkeit von Frauen lässt sich hier auf die in einigen Ländern früheren Renteneintrittsalter von Frauen zurückführen (Hofäcker 2010).

dieses Effektes belegen die über fast alle Altersgruppen zunehmenden Erwerbsquoten südeuropäischer bzw. irischer Frauen die hohe Dynamik weiblicher Erwerbstätigkeit in diesen Ländern, die mittelfristig voraussichtlich zu einer Auflösung des hier noch nach wie vor als einflussreich zu vermutenden männlichen Ernährermodells führen wird.

3.2 Zuverdiener oder Zweitverdiener? Arbeitszeitmuster von Männern und Frauen im europäischen Vergleich

Trotz der skizzierten internationalen Unterschiede in der Höhe der Erwerbsquoten von Männern und Frauen in Europa und ihrer Verlaufsmuster im Lebenslauf deuten die Ergebnisse darauf hin, dass sich europäische Gesellschaften zunehmend vom traditionellen Modell eines männlichen Familienernährers lösen. Auf Basis reiner Erwerbstätigenquoten lässt sich jedoch die kritische und in der sozialwissenschaftlichen Forschung gegenwärtig umfassend diskutierte Frage, welches familiäre Erwerbsmuster in den verschiedenen europäischen Staaten auf das klassische Ernährermodell folgt (Leitner *et al.* 2004) nicht angemessen beantworten. Welche Rolle nehmen die in zunehmendem Maße am Erwerbsleben teilnehmenden Frauen auf europäischen Arbeitsmärkten ein? Leisten sie als „Zuverdienerin“ nur einen ergänzenden Beitrag zum männlichen Einkommen? Oder übernehmen sie als „Zweitverdienerin“ in ähnlichem Maße Verantwortung für das gemeinsame Haushaltseinkommen wie ihr Partner? Um diese Frage zu beantworten, muss nicht nur die Tatsache, sondern ebenso der zeitliche Umfang männlicher und weiblicher Erwerbstätigkeit betrachtet werden. Tabelle 3 gibt hierzu die männlichen und weiblichen Teilzeitquoten, wiederum für ausgewählte europäische Länder, wieder.⁸ Abbildung 4 ergänzt wiederum die Betrachtung der altersübergreifenden Teilzeitquoten von Männern und Frauen im erwerbsfähigen Alter im Zeitverlauf durch eine altersspezifische Betrachtung der Bedeutung von Teilzeitarbeit in ausgewählten Ländern.

Wie Tabelle 3 und Abbildung 4 verdeutlichen, stellt Teilzeitarbeit in Europa und den USA nahezu ausschließlich ein weibliches Phänomen dar. In fast allen untersuchten Ländern arbeiten weniger als 10% aller Männer in Teilzeitarbeit; der Großteil zudem lediglich kurzzeitig zu Beginn oder Ende der Erwerbskarriere. Die einzige bemerkenswerte Ausnahme bilden hier die Niederlande, in denen die Teilzeitquote von Männern bereits zu Beginn der 1990er Jahre 13 Prozent betrug und in den Folgejahren weiter anstieg. Den Hintergrund hierfür bildet die in den Niederlanden explizit betriebene Förderung von Teilzeitarbeit für beide Geschlechter im Rahmen des sogenannten „Kombinationsmodells“ (vgl. Abschnitt 2). Ähnliche Tendenzen zeigen sich in den skandinavischen Ländern, die ebenfalls durch spezifische familienpolitische Leistungen eine egalitärere Aufgabenteilung zwischen den Geschlechtern sowie ein umfassenderes Familienengagement von Männern fördern.

Die Tatsache, dass trotz expliziter politischen Unterstützung nach wie vor die große Mehrheit aller europäischen Männer in Vollzeitarbeit arbeitet, und dieser Trend sich in den vergange-

⁸ Die hier wiedergegebenen Teilzeitquoten geben den relativen prozentualen Anteil der Teilzeitarbeit an der männlichen bzw. weiblichen Gesamtbeschäftigung wieder (Lesart: „...Prozent aller männlichen/weiblichen Erwerbstätigkeit entfallen auf Teilzeitarbeit“). „Teilzeitarbeit“ wird hier gemäß der international anerkannten Definition der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) als Erwerbstätigkeit von weniger als 30 Stunden wöchentlich verstanden.

nen zwei Jahrzehnten nur geringfügig verändert hat, zeigt, dass sich selbst bei expliziter politischer Förderung einer geringeren Arbeitszeit europäische Männer nach wie vor sehr stark an der Rolle des männlichen Normalverdieners bzw. Ernährers orientiert.

Abb. 4: Altersspezifische Teilzeitquoten von Frauen und Männern, 1987-2007, ausgewählte europäische Länder.

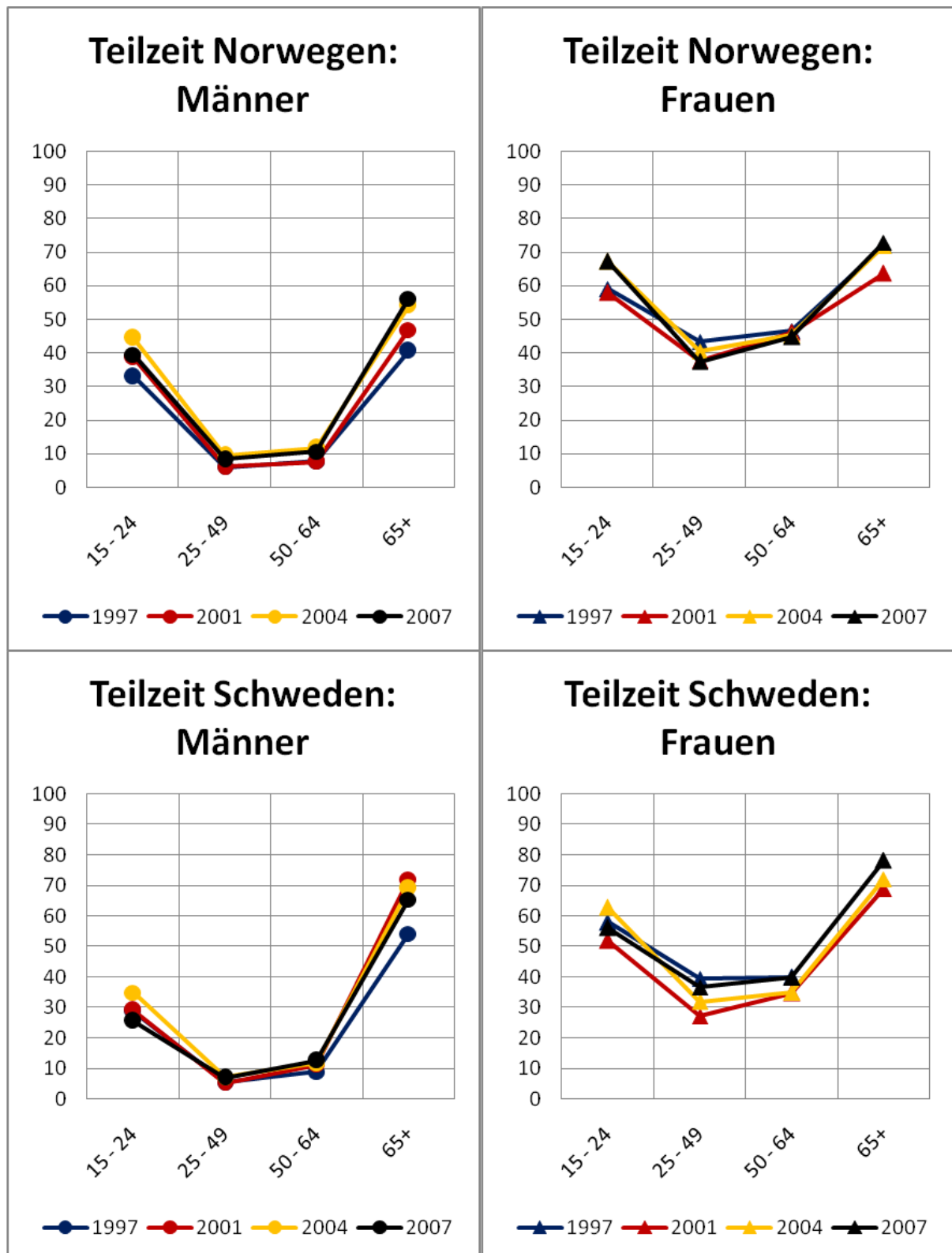


Abb. 4: Altersspezifische Teilzeitquoten von Frauen und Männern, 1987-2007, ausgewählte europäische Länder (Fortsetzung).

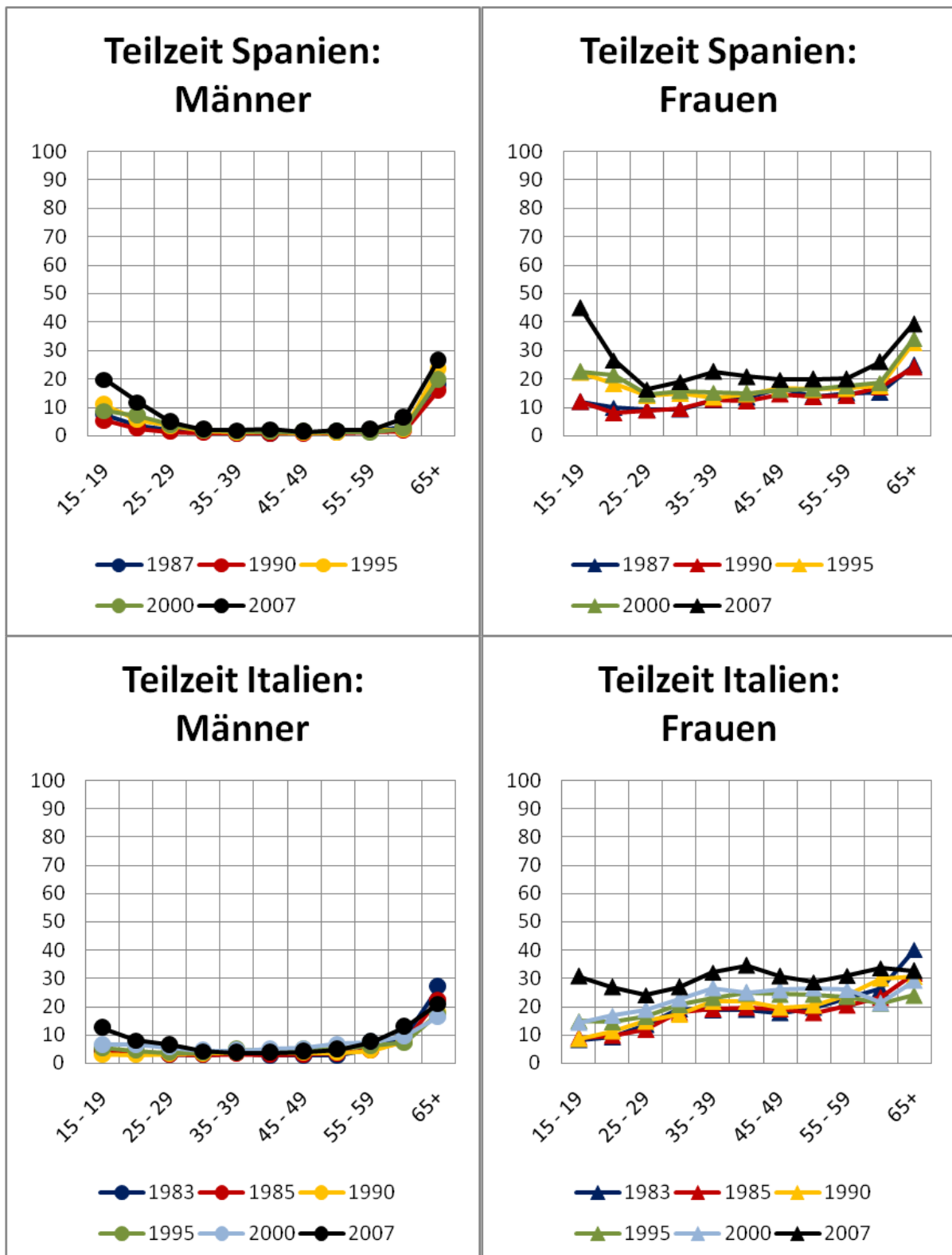


Abb. 4: Altersspezifische Teilzeitquoten von Frauen und Männern, 1987-2007, ausgewählte europäische Länder (Fortsetzung).

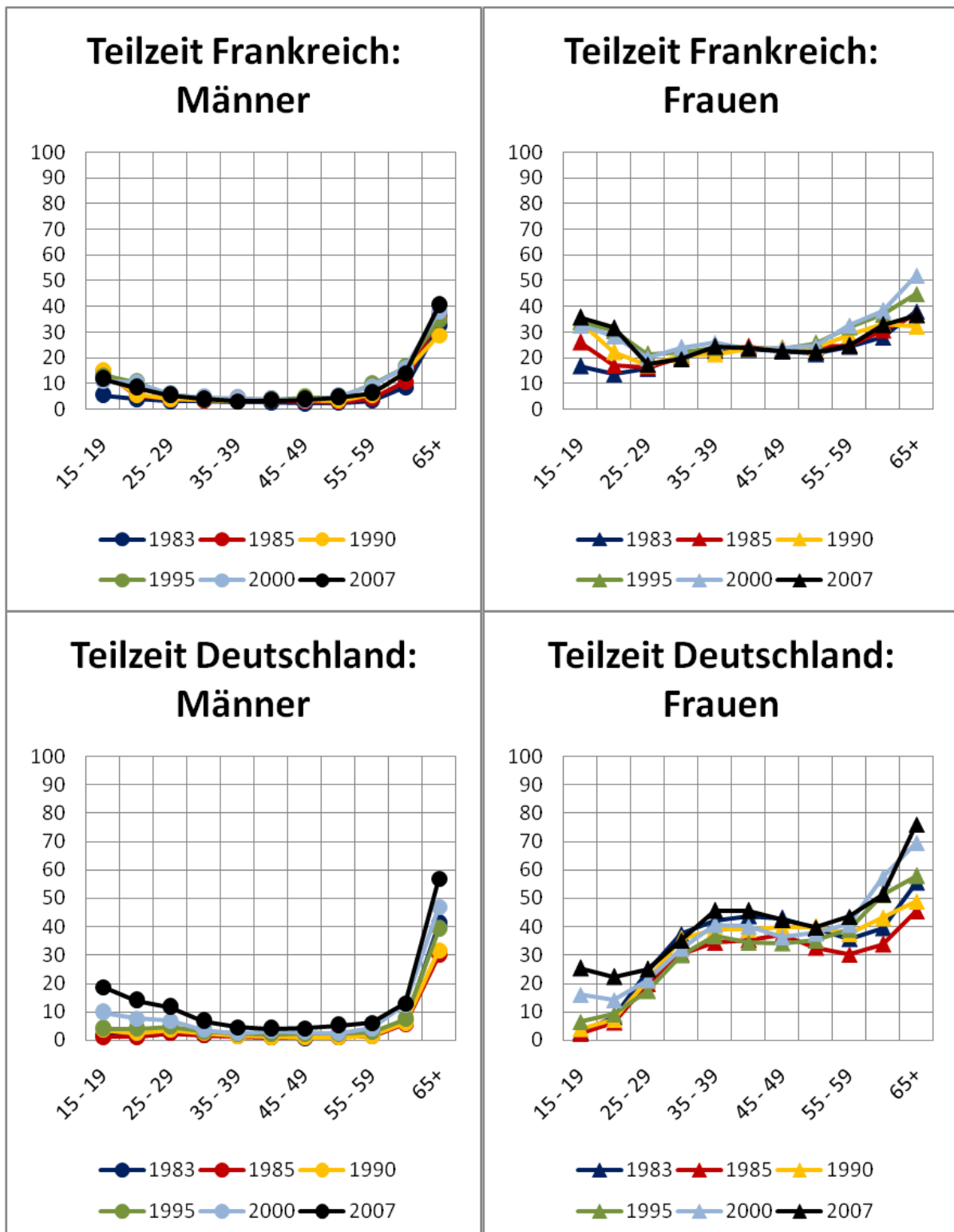


Abb. 4: Altersspezifische Teilzeitquoten von Frauen und Männern, 1987-2007, ausgewählte europäische Länder (Fortsetzung).

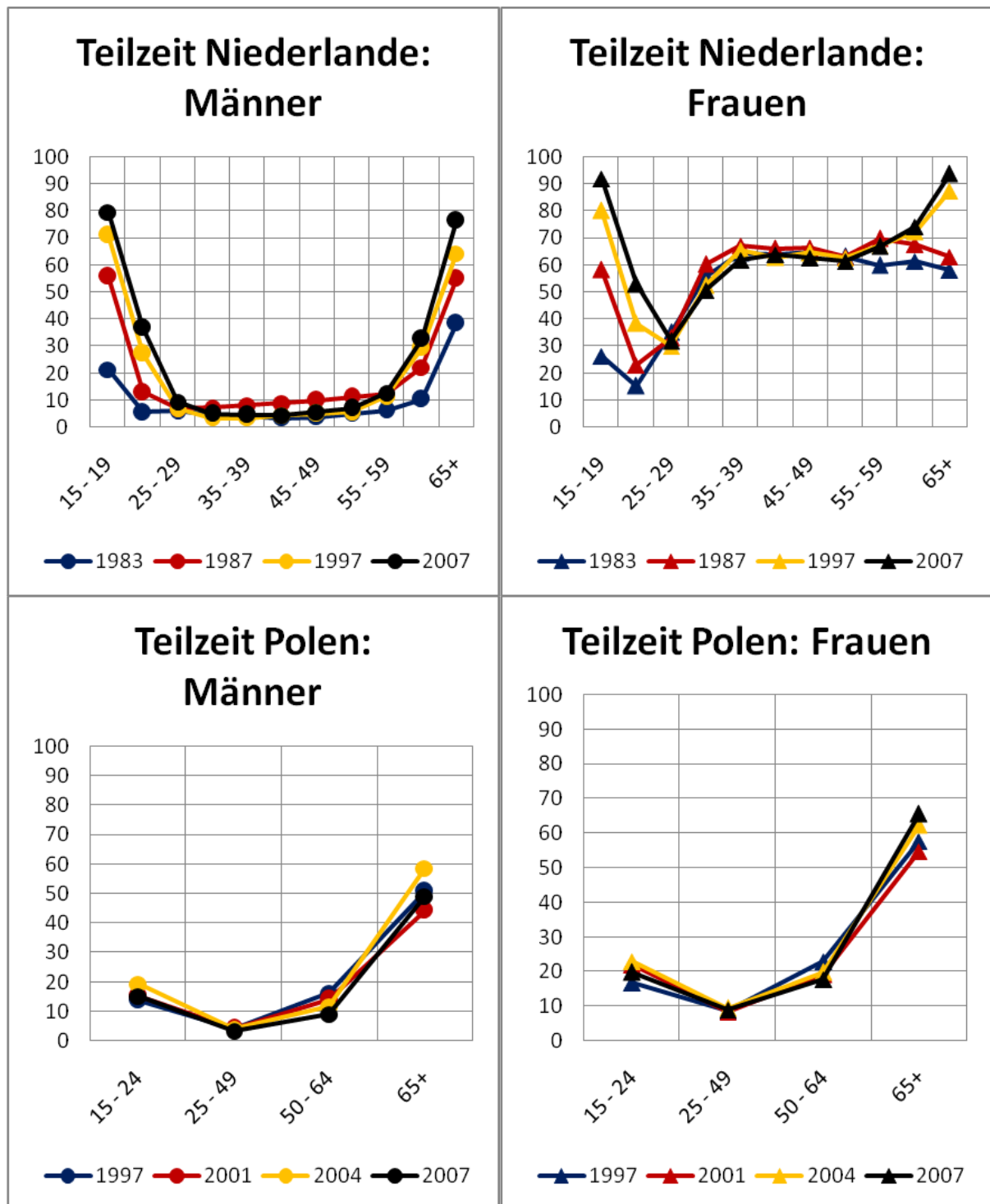


Abb. 4: Altersspezifische Teilzeitquoten von Frauen und Männern, 1987-2007, ausgewählte europäische Länder (Fortsetzung).

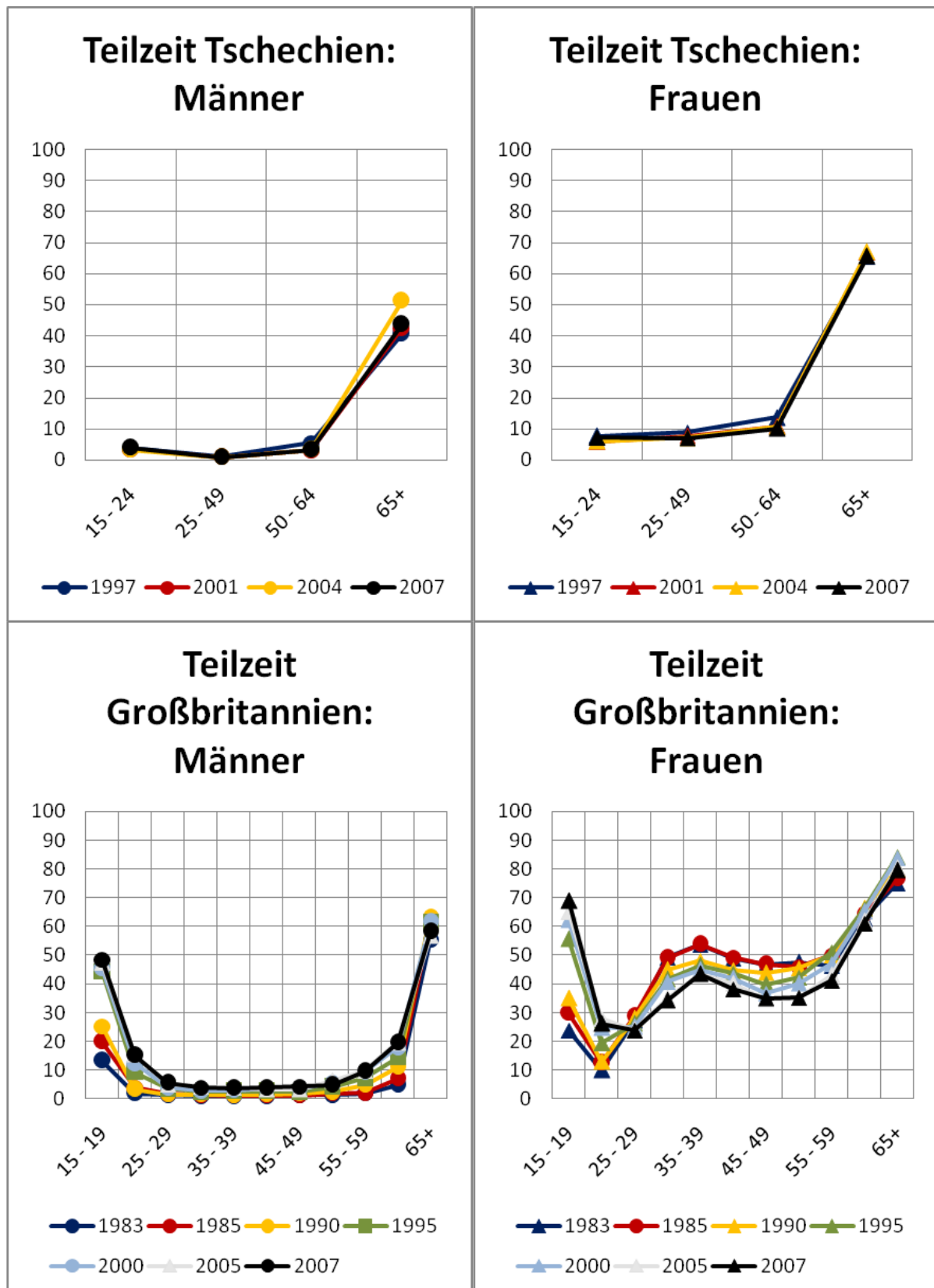
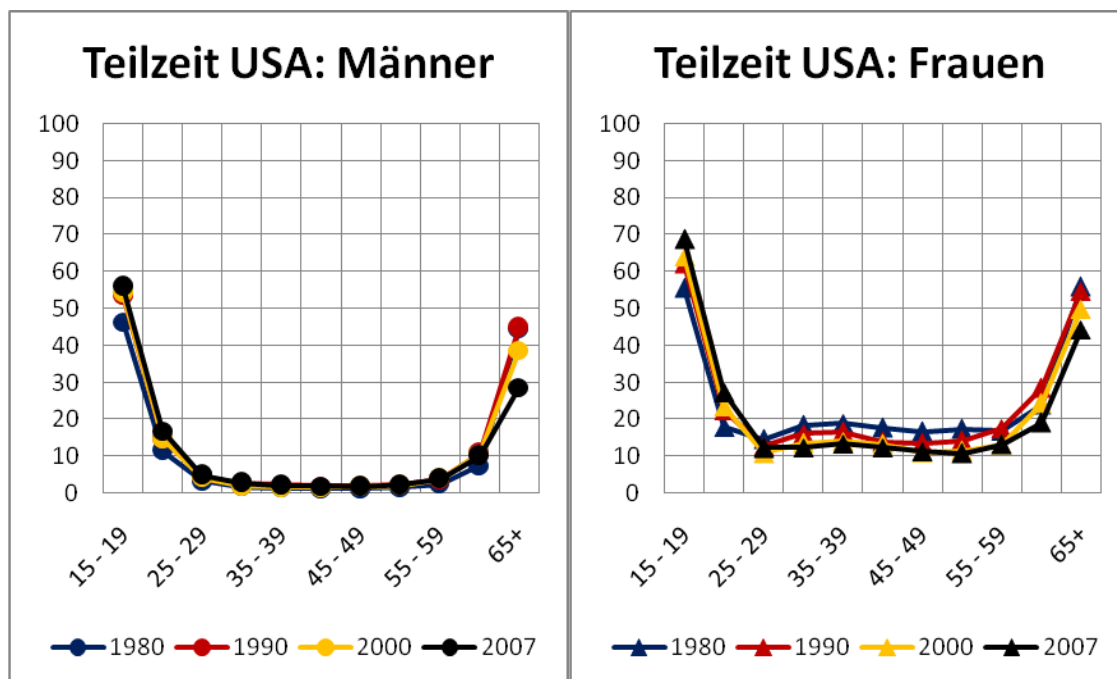


Abb. 4: Altersspezifische Teilzeitquoten von Frauen und Männern, 1987-2007, ausgewählte europäische Länder (Fortsetzung).



Tab. 3: Teilzeitquoten von Männern und Frauen in Europa und den USA, 1990-2007

	Männer					Frauen				
	1990	1995	2000	2005	2007	1990	1995	2000	2005	2007
Skandinavisch	6,79	7,52	8,10	9,55	10,15	26,15	24,75	23,18	22,77	22,65
Dänemark	10,23	9,74	9,25	11,80	12,37	29,67	25,76	24,03	24,43	23,88
Finnland	4,80	5,93	7,15	7,88	8,21	10,62	11,66	13,92	14,77	15,46
Schweden	5,25	6,78	7,30	8,52	9,54	24,49	24,05	21,39	19,00	19,72
Norwegen	6,89	7,63	8,70	9,98	10,48	39,82	37,51	33,40	32,87	31,55
Angelsächsisch	6,11	7,48	8,03	8,23	8,36	26,97	29,34	30,59	30,80	30,69
Großbritannien	5,28	7,38	8,56	9,84	9,88	39,50	40,77	40,76	39,11	38,57
USA	8,60	8,35	7,72	7,78	7,64	20,22	20,23	18,01	18,28	17,89
Irland	4,44	6,70	7,82	7,06	7,55	21,18	27,02	33,00	35,00	35,60
Mitteuropäisch	5,23	5,02	5,90	6,72	7,02	25,45	31,50	33,88	36,14	35,92
Österreich		3,08	2,58	4,60	5,18		21,62	24,39	29,38	31,51
Belgien	4,37	4,34	7,07	6,16	6,26	28,79	29,86	34,50	33,37	32,88
Deutschland	2,33	3,37	4,85	7,36	7,90	29,79	29,12	33,94	39,40	39,19
Frankreich	4,52	5,62	5,47	5,20	4,95	22,53	24,84	24,90	23,01	23,09
Niederlande	13,38	11,81	13,39	15,34	16,24	52,51	55,15	57,16	60,92	60,03
Luxemburg	1,56	1,93	2,04	1,63	1,57	19,10	28,41	28,41	30,75	28,81
Südeuropäisch	3,33	3,93	4,06	4,49	4,89	13,55	16,17	16,06	19,20	19,66
Griechenland	4,05	4,70	3,03	3,02	4,12	11,57	13,30	9,46	11,14	13,63
Italien	3,97	4,77	5,70	5,09	5,39	18,36	21,06	23,44	29,17	29,87
Spanien	1,42	2,42	2,62	3,99	3,77	11,52	15,78	16,48	22,06	20,90
Portugal	3,90	3,84	4,88	5,85	6,26	12,76	14,54	14,86	14,42	14,26
Osteuropäisch		1,53	3,22	2,96	2,62		4,58	7,66	8,01	7,38
Tschech Republik		1,81	1,56	1,56	1,69		5,59	5,43	5,50	5,85
Ungarn		1,64	1,51	1,76	1,61		4,34	4,48	5,00	4,23
Polen			8,83	7,10	6,02			17,87	17,44	15,04
Slowakei		1,13	1,00	1,41	1,17		3,81	2,87	4,12	4,39

Eine weit höhere Bedeutung nimmt Teilzeitarbeit für die Erwerbstätigkeit von Frauen ein, wenngleich sich hier deutliche internationale Unterschiede zeigen:

Eine zentrale Bedeutung für Frauen nimmt Teilzeitarbeit insbesondere in den *Niederlanden* ein, in denen infolge politischer Förderung die Teilzeitquote von Frauen stetig angewachsen ist und gegenwärtig fast zwei Drittel aller weiblichen Erwerbstätigkeit ausmacht. Vielfach wird in dieser Expansion von Teilzeitarbeit ein wesentlicher Grund für den starken Anstieg der niederländischen Frauenerwerbstätigkeit seit den 1970er Jahren gesehen (*Plantenga* 2002). Dabei gilt es zu beachten, dass Teilzeitarbeit in den Niederlanden oftmals mit einer sehr niedrigen Stundenzahl einhergeht. Mit fast einem Drittel aller erwerbstätigen Frauen arbeiten in den Niederlanden mehr als doppelt so viele Frauen in geringfügiger Beschäftigung als im europäischen Durchschnitt (*OECD* 2009, eigene Berechnungen). Wie Abbildung 4 verdeutlicht, nimmt zudem die Bedeutung von Teilzeitarbeit für niederländische Frauen ab einem Alter von 30-35 Jahren zu, ein deutlicher Verweis darauf, dass niederländische Frauen insbesondere im Anschluss an die Geburt eines Kindes ihre Erwerbstätigkeit merklich reduzieren (*Hendrickx et al.* 2001). Insbesondere in den Niederlanden kann somit von einem „Zuverdiener“- oder Eineinhalb-Verdiener-Modell gesprochen werden (*Visser* 2002). Bemerkenswerterweise geht dieses Modell in den Niederlanden durchaus mit den normativen Vorstellungen und Erwerbsaspirationen niederländischer Mütter überein, die eine Teilzeiterwerbstätigkeit einer Vollzeitarbeit vorziehen (*Bosch et al.* 2008, *de Graaf und Vermeulen* 1997, *van Wel und Knijn* 2006, *Wielers und Mills* 2008).

Etwas geringere, aber dennoch im internationalen Vergleich relativ hohe Teilzeitquoten finden sich in der Mehrzahl anderer *mitteleuropäischer* Länder. Zwischen 30 und 40 Prozent aller Frauen sind in Deutschland, Belgien, Österreich und Luxemburg in Teilzeit erwerbstätig. Insbesondere in diesen Ländern stellt Teilzeitarbeit eine - vielfach betrieblich unterstützte - Möglichkeit zur Erwerbstätigkeit von Frauen trotz existierender Defizite in der Verfügbarkeit öffentlicher ganztägiger Betreuungseinrichtungen für Kleinkinder und Vorschulkinder dar (*Eurofound* 2007b). Abbildung 4 verdeutlicht für Deutschland, dass hier – ähnlich wie in den Niederlanden – die Bedeutung von Teilzeit im typischen Familiengründungsalter von ca. 30 Jahren ansteigt und anschließend weitgehend stabil bleibt. Während in diesen Ländern somit dem weiblichen „Zuverdienermodell“ insbesondere nach der Familiengründung eine hohe Bedeutung zukommt, arbeiten erkennbar weniger *französische* Frauen in Teilzeitarbeit. Diese geringere Quote kann als Folge der hier umfassender verbreiteten frühkindlichen Betreuung und der tendenziell eher ganztägigen Betreuung in Vorschuleinrichtungen (*Veil* 2003) angesehen werden. Anders als in Deutschland und den Niederlanden sind hier entsprechend kaum Änderungen der Bedeutung von Teilzeitarbeit über Altersgruppen hinweg erkennbar (vgl. Abbildung 4).

Die *skandinavischen* Länder weisen (mit Ausnahme Finnlands) mit Werten zwischen 15 und 30% ebenfalls moderat hohe Teilzeitquoten von Frauen auf. Teilzeitarbeit stellt hier allerdings – entgegen der Situation in vielen mitteleuropäischen Ländern – eine vergleichsweise umfangreiche Form der Erwerbstätigkeit dar. Während etwa in Deutschland und Belgien 15-20% aller Frauen sich in geringfügiger Beschäftigung von weniger als 20 Stunden befinden, ist dies nur für weniger als 5% aller Frauen in Schweden, Finnland und Dänemark der Fall, demgegenüber befindet sich hier ein großer Anteil von Frauen in einer Erwerbstätigkeit von 20-39 Ar-

beitsstunden (OECD 2009; eigene Berechnungen). Teilzeitarbeit von Frauen in Skandinavien stellt somit meist nicht nur einen geringen „Zuverdienst“ zum Familieneinkommen dar, sondern kommt der männlichen Vollzeittätigkeit vergleichsweise nahe, zumal sie hinsichtlich der mit ihr verbundenen Anrechte auf Sozialleistungen dieser meist gleichgestellt ist (Sundström 1997, Leth-Sørensen und Rohwer 1997). Bemerkenswert ist zudem, dass, während in vielen europäischen Ländern der Anteil weiblicher Teilzeitarbeit im Zeitverlauf angestiegen ist, er in den skandinavischen Ländern insbesondere in der mittleren Erwerbskarriere zugunsten umfassenderer Vollzeittätigkeit kontinuierlich abnimmt; ein Trend, der auf die zunehmende Hinwendung zu einem Zweiverdienermodell in diesen Staaten hindeutet.

Deutliche Unterschiede bezüglich der Teilzeitarbeit von Frauen zeigen sich in den *angelsächsischen* Ländern, wobei eine Trennung zwischen Europa und den USA zu beobachten ist: Während sowohl in Großbritannien als auch in Irland mehr als ein Drittel aller Frauen erwerbstätig ist, trifft dies nur für weniger als ein Fünftel aller Amerikanerinnen zu. Während Irland und Großbritannien somit eher zu einem Zuverdienermodell tendieren, nimmt in den USA eher das Zweiverdienermodell eine zentrale Rolle ein. Als ausschlaggebend für die geringe Vollzeitquote britischer bzw. irischer Frauen wird dabei meist die Kombination umfassender Arbeitsanreize durch geringe wohlfahrtsstaatlicher Unterstützungsleistungen für Familien, die eine Erwerbstätigkeit beider Ehepartner erfordert mit nur gering ausgebauten erschwinglichen öffentlichen Betreuungseinrichtungen angesehen (Golsch 2006). Ähnlich wie in den konservativen Ländern steigt hier die Wahrscheinlichkeit einer Teilzeitbeschäftigung während der potentiellen Familienphase entsprechend deutlich an. In den USA hingegen berechtigen im Gegensatz zu den meisten europäischen Staaten meist nur Vollzeitarbeitsplätze zur Inanspruchnahme betrieblicher Sozialleistungen, wie etwa Krankenkassenbeiträgen. Viele Frauen tendieren somit dazu, möglichst Vollzeitarbeitsplätze anzustreben und akzeptieren Teilzeit nur, falls das Fehlen alternativer Betreuungsarrangements dies nicht ermöglicht (Drobnič und Wittig 1997). Entsprechend spielt Teilzeitarbeit lediglich beim frühen Berufseinstieg bzw. beim stufenweisen Übergang in den Ruhestand eine bedeutsame Rolle für Frauen in den USA (vgl. Abbildung 4).

Während Teilzeitarbeit in den bislang diskutierten Ländern durchweg eine bedeutsame Rolle spielt, weisen sowohl die süd- als auch insbesondere die osteuropäischen Länder eine vergleichsweise geringe Verbreitung weiblicher Teilzeitarbeit auf. In den *südeuropäischen* Ländern ist diese Tatsache weniger auf die grundsätzlich mangelnde Nachfrage nach Teilzeitarbeit als vielmehr zum einen auf die vergleichsweise geringe Bereitschaft von Arbeitgebern, Teilzeit einzuführen solange andere Möglichkeiten der Flexibilisierung von Arbeitsverträgen existieren, zurückzuführen. Zum anderen schützen südeuropäische Gewerkschaften vielfach umfangreich das männliche „Normalarbeitsverhältnis“, so dass bislang der Einführung von Teilzeitarbeit meist auch hier mit Vorbehalten begegnet wurde (Addabo 1997, Cebrián et al. 2003, Fagan et al. 2007). In den *osteuropäischen* Ländern hingegen war zu Zeiten des Sozialismus Teilzeitarbeit weitgehend unüblich und primär arbeitenden Rentnern oder Arbeitnehmern mit Behinderungen vorbehalten (Drobnič 1997) – Überbleibsel dieses Musters zeigen sich auch heute noch in einer Reihe osteuropäischer Länder (vgl. Polen, Ungarn und die Tschechische Republik in Abbildung 4). Auch nach dem Systemwechsel lassen rigide Arbeitsmarktregulierungen nach wie vor wenig Raum für Teilzeitarbeit (Fagan et al. 2007); gleichzeitig verlangen die geringe Arbeitsplatzsicherheit und das niedrige Lohnniveau in den

osteuropäischen Staaten meist einen umfangreicheren Beitrag von Frauen zum Haushaltseinkommen (*Pascall und Kwak* 2009). Gleichzeitig hindern jedoch die zum Teil geringe Verfügbarkeit staatlicher Betreuungseinrichtungen (vgl. *Mühling* 2009) Frauen bei der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit. Sowohl in den südeuropäischen als auch osteuropäischen Staaten kommt es somit zu einer Polarisierung in den Erwerbsverläufen von Frauen: Entweder sie sind in vergleichsweise umfangreicher Form erwerbstätig – praktizieren also ein Zweiverdienermodell – oder sie verzichten angesichts struktureller Hemmnisse völlig auf eine Erwerbstätigkeit.

Die vorangegangenen Analysen gaben einen Überblick über die geschlechterspezifische Entwicklung der Verteilung von Vollzeit- und Teilzeitarbeit in verschiedenen Alterskategorien seit den späten 1980er Jahren. Dabei zeigten sich in einigen Ländern insbesondere bei Frauen altersspezifische Variationen in der Erwerbstätigkeit, die auf eine Arbeitszeitreduzierung oder -aufgabe während der Phase der Mutterschaft frühen Kinderbetreuung schließen lassen. Um diesen Zusammenhang explizit zu untersuchen, gibt Abbildung 5 abschließend einen vergleichenden aktuellen Überblick über den zeitlichen Umfang der Erwerbstätigkeit von Männern und Frauen ohne Kinder, mit einem Kind oder mit zwei Kindern und mehr, unterschieden nach einheitlichen Stundenintervallen. Die Ergebnisse beziehen sich dabei auf die relativen Anteile der jeweiligen Stundenintervalle an der Gesamt-Erwerbstätigkeitsquote. Da die Erwerbstätigkeit selbst insbesondere bei Frauen nach Anzahl der Kinder variieren kann, wird die Erwerbsquote bei Frauen zur besseren Verortung der detaillierten Arbeitszeit-Ergebnisse in Abbildung 5 zusätzlich als Linie wiedergegeben.

Wie bereits in den Ergebnissen zur altersspezifischen Teilzeitznutzung angedeutet, zeigen sich bei Männern kaum systematische Unterschiede im konkreten Umfang der Erwerbstätigkeit in Abhängigkeit von der Kinderzahl. Die überwiegende Mehrheit aller Männer ist in Vollzeitarbeit oder zumindest in Erwerbstätigkeit mit einer Arbeitszeit von mehr als 30 Stunden beschäftigt, in einzelnen Ländern (z.B. Finnland, Großbritannien) zeigt sich zudem sogar die Tendenz, diese Erwerbstätigkeit bei der Geburt mehrerer Kinder nochmals zu erhöhen. Besonders hohe Stundenzahlen weisen Männer bzw. Väter in den baltischen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion auf, in denen Männer kaum weniger als 40 Stunden arbeitet und ein vergleichsweise hoher Anteil eine Arbeitszeit von mehr als 45 Wochenstunden aufweist. Diese Ergebnisse bestätigen eindrucksvoll die nach wie vor beachtliche Persistenz der männlichen Ernährerrolle, insbesondere in Staaten mit vergleichsweise gering ausgebauten Wohlfahrtsstaaten (Südeuropa, Osteuropa, angelsächsische Länder).

Demgegenüber zeigt sich bei Frauen in den meisten untersuchten europäischen Ländern eine wesentlich deutlichere und systematischere Variation der Erwerbstätigkeit und ihres Umfangs mit Hinblick auf die Kinderzahl. Dies ist insbesondere für die *mitteleuropäischen* Länder (hier: Deutschland und die Niederlande) nachweisbar, in denen die Mehrzahl aller kinderlosen Frauen in mit einer Stundenzahl von 30 Stunden oder mehr erwerbstätig ist, die Erwerbsbeteiligung jedoch mit zunehmender Kinderzahl deutlich sinkt. Für diejenigen Frauen, die auch bei einer Familiengründung weiterhin erwerbstätig bleiben, nimmt die Teilzeitquote hier zudem deutlich zu. Frauen in diesen Ländern passen –entgegen ihren Männern – ihre Rolle im Erwerbsleben an die geänderte Familiensituation an und reduzieren ihre Erwerbstätigkeit (Zuverdienermodell) bzw. geben diese zeitweise ganz auf (Ernährermodell). Ähnliche Verlaufsmuster hinsichtlich der kinderspezifischen Erwerbsbeteiligung zeigen sich in *Großbri-*

tannien als einzigem vertretenen angelsächsischen Land. Bemerkenswerterweise wird hier die Anpassung an die Geburt eines ersten Kindes primär eher durch eine Reduzierung der mütterlichen Arbeitszeit erbracht als durch eine vollkommene Erwerbsaufgabe – möglicherweise eine Konsequenz mangelnder familien- und sozialpolitischer Unterstützungsleistungen, die ein zweites Haushaltseinkommen notwendig machen. Nach der Geburt eines zweiten Kindes sinkt jedoch die allgemeine Erwerbsquote infolge des zunehmenden zeitlichen Aufwands und der nur geringen Anzahl kostengünstiger Betreuungsmöglichkeiten (vgl. Abschnitt 3.2) deutlich.

Eine deutlich geringere zeitliche Flexibilität zeigt sich bei Frauen und Müttern in den *südeuropäischen* Staaten. Während Teilzeitarbeit bei kinderlosen Frauen etwa ein Drittel oder weniger der gesamten Frauenerwerbstätigkeit ausmacht, nimmt ihr Anteil mit zunehmender Kinderzahl nur moderat zu. Auch innerhalb der Mütter mit zwei Kindern und mehr arbeitet ein Großteil der erwerbstätigen Frauen nach wie vor in vergleichsweise umfangreicher Vollzeitarbeit. Wie der Verlauf der Gesamterwerbsquoten verdeutlicht, erfolgt die Anpassung an die veränderte Familiensituation angesichts mangelnder Arbeitszeitflexibilität eher über eine Aufgabe der Erwerbstätigkeit an sich: So sind etwa in Italien nur noch weniger als die Hälfte aller Frauen mit zwei und mehr Kindern überhaupt erwerbstätig.

Abb. 5: Beschäftigung und Arbeitszeitmuster nach Kinderzahl, ausgewählte europäische Länder, 2007.

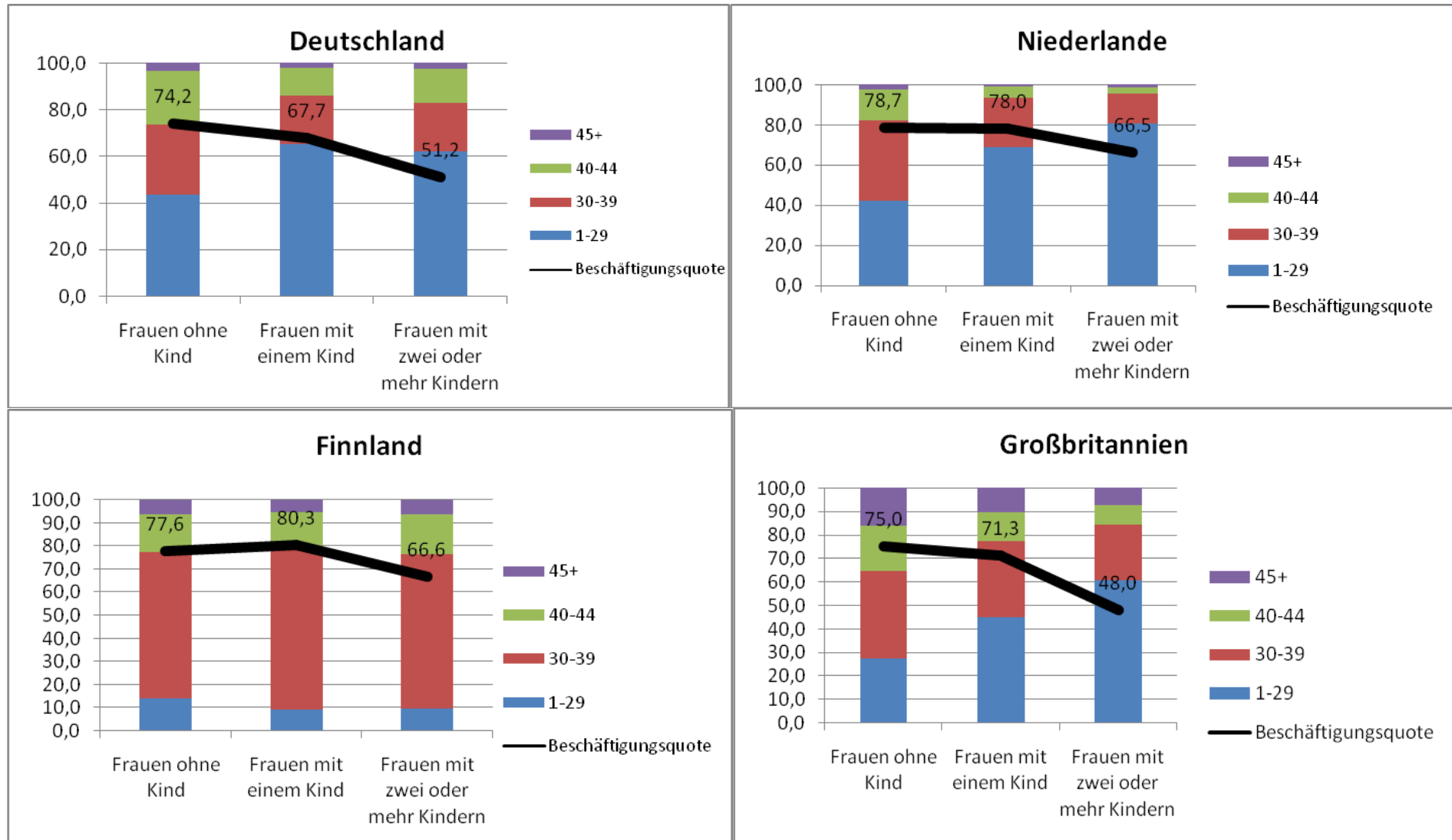


Abb. 5: Beschäftigung und Arbeitszeitmuster nach Kinderzahl, ausgewählte europäische Länder, 2007 (Fortsetzung).

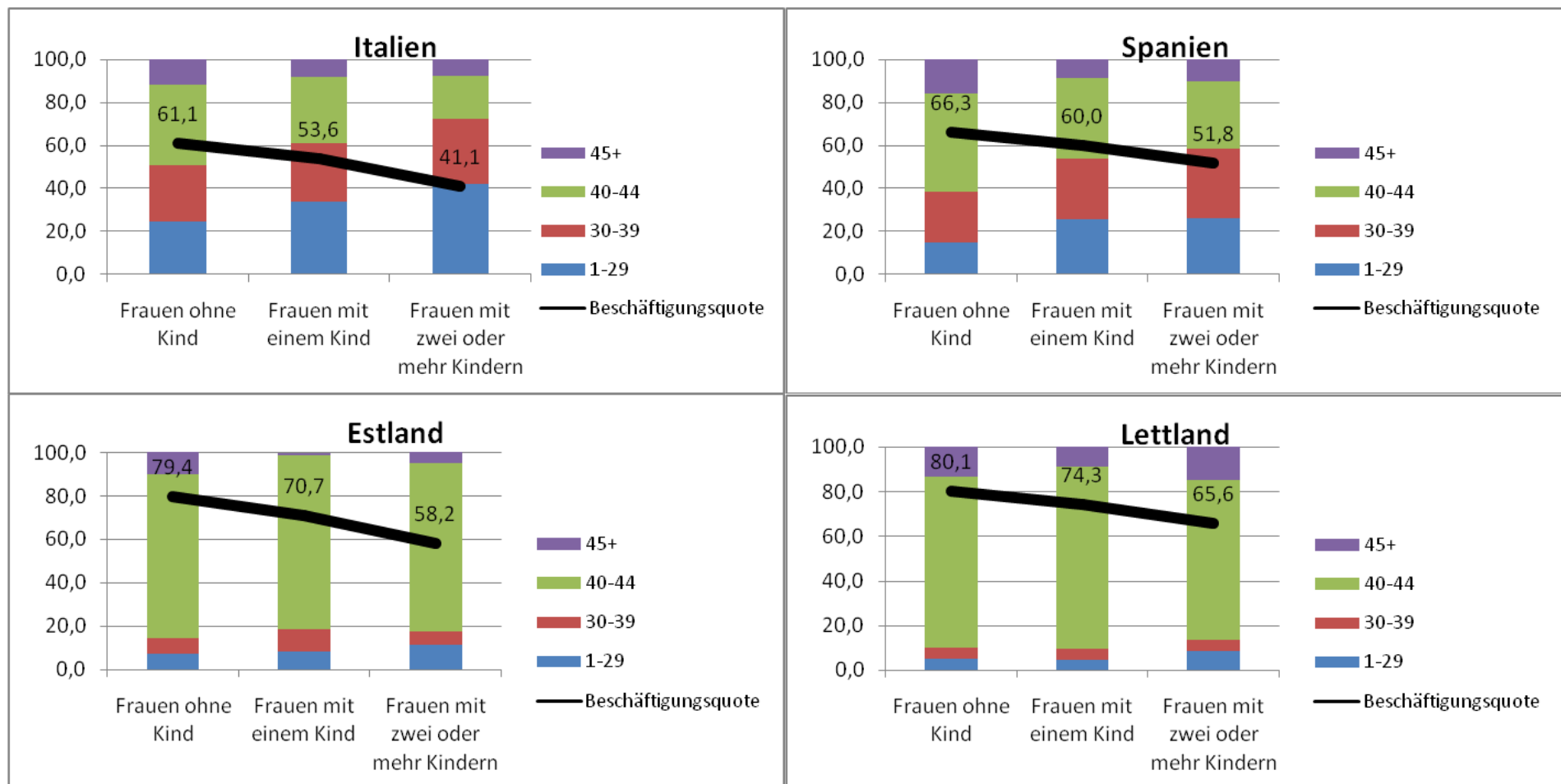


Abb. 5: Beschäftigung und Arbeitszeitmuster nach Kinderzahl, ausgewählte europäische Länder, 2007 (Fortsetzung).

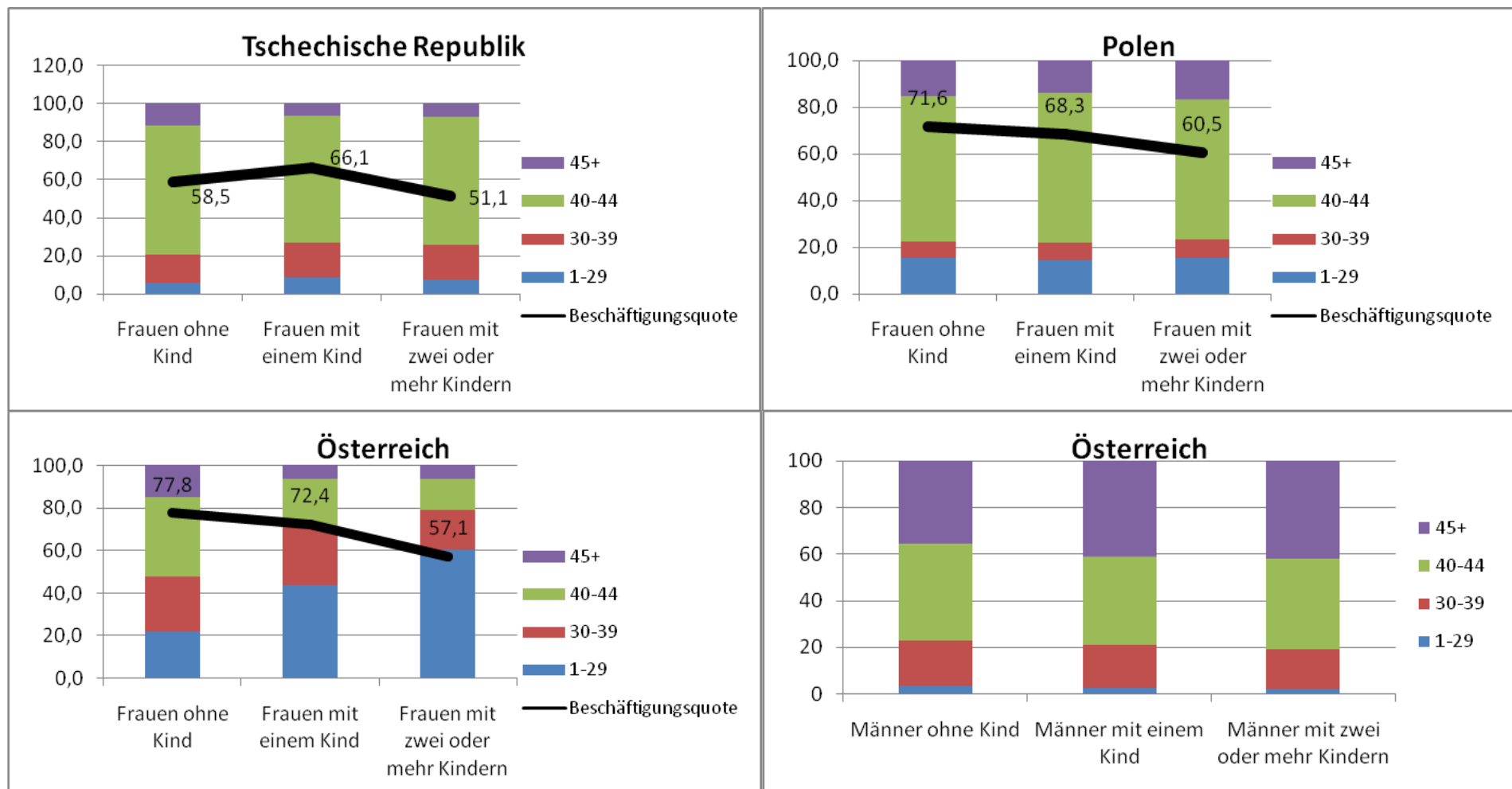


Abb. 5: Beschäftigung und Arbeitszeitmuster nach Kinderzahl, ausgewählte europäische Länder, 2007 (Fortsetzung).

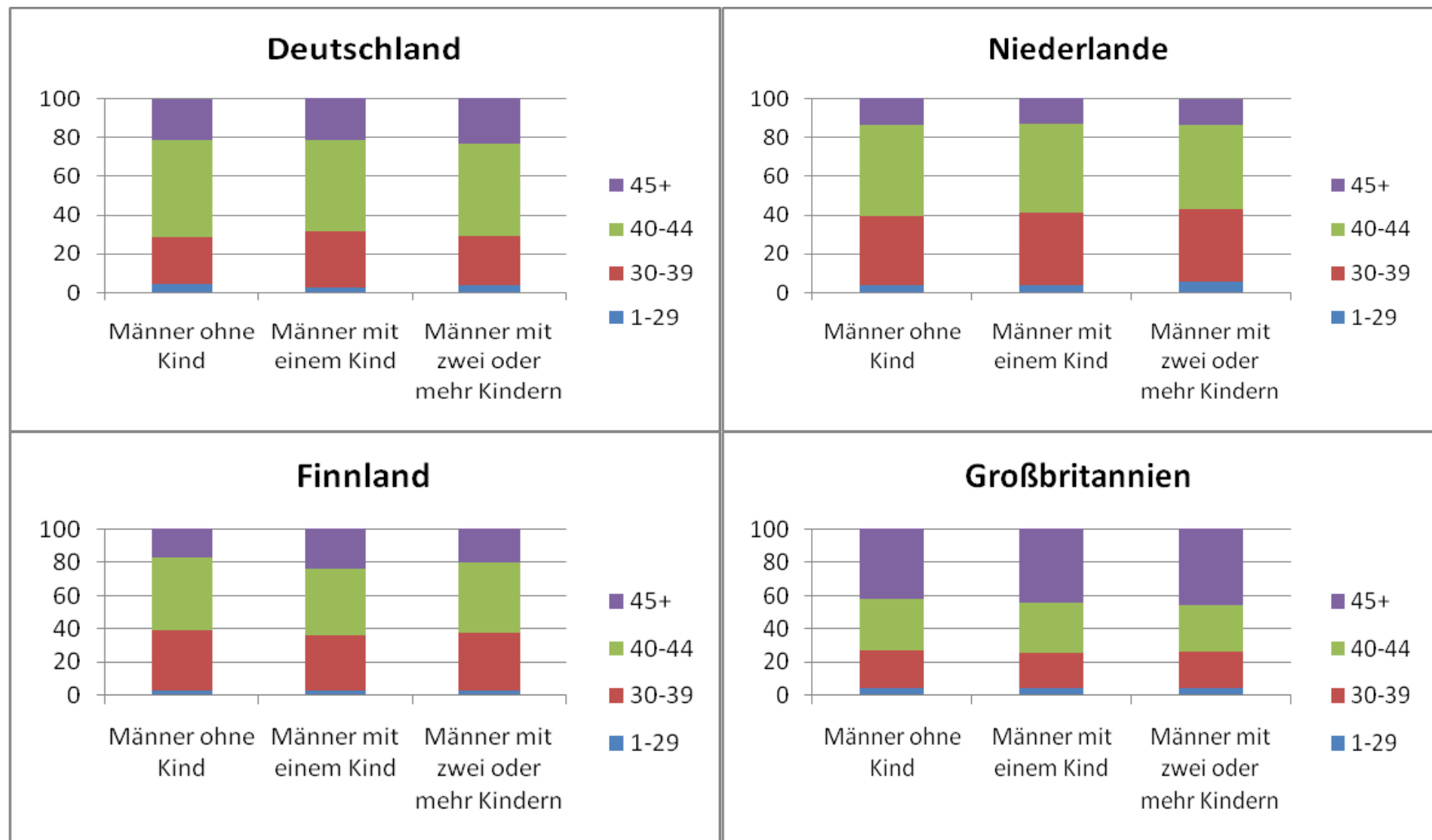


Abb. 5: Beschäftigung und Arbeitszeitmuster nach Kinderzahl, ausgewählte europäische Länder, 2007 (Fortsetzung).

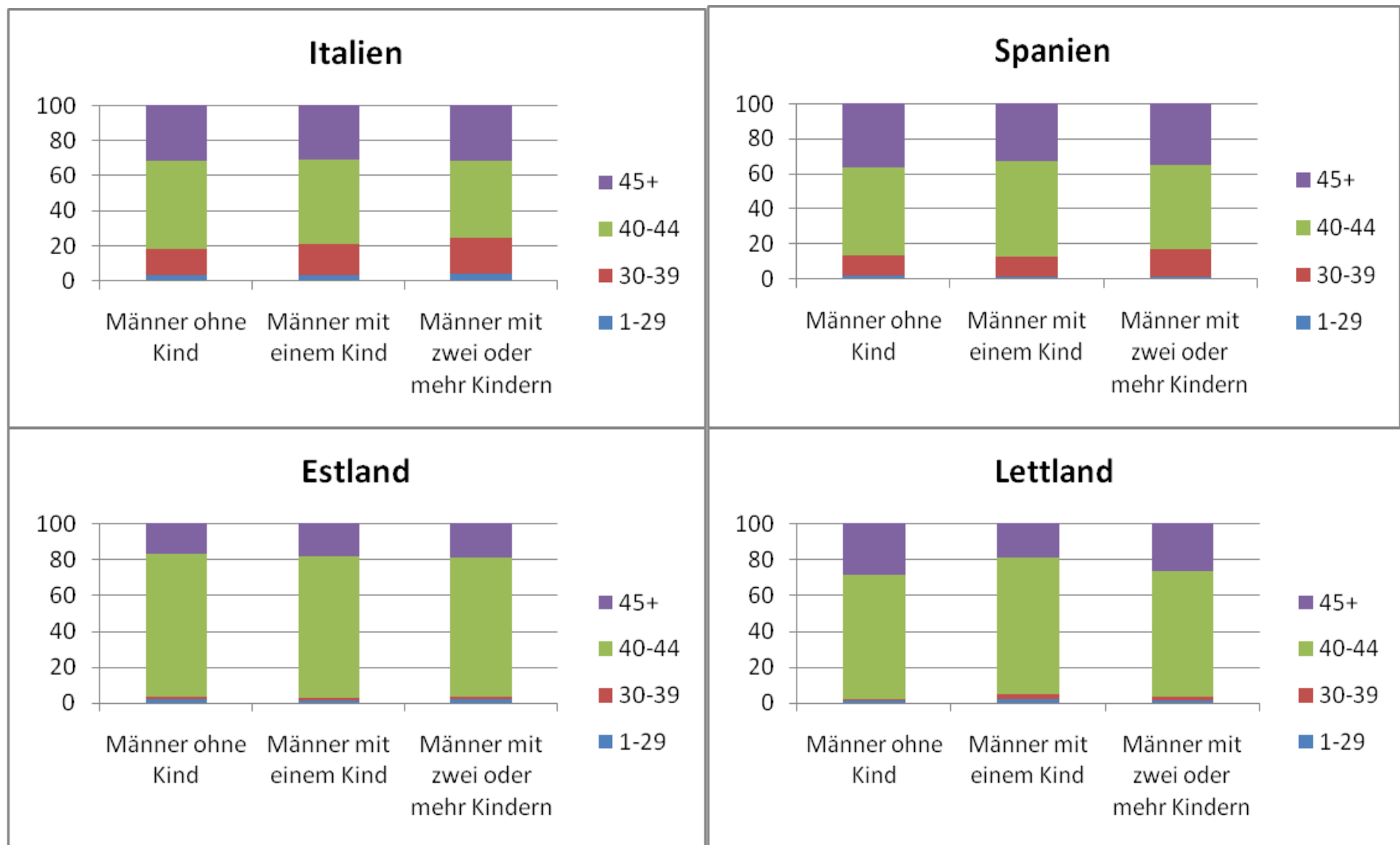
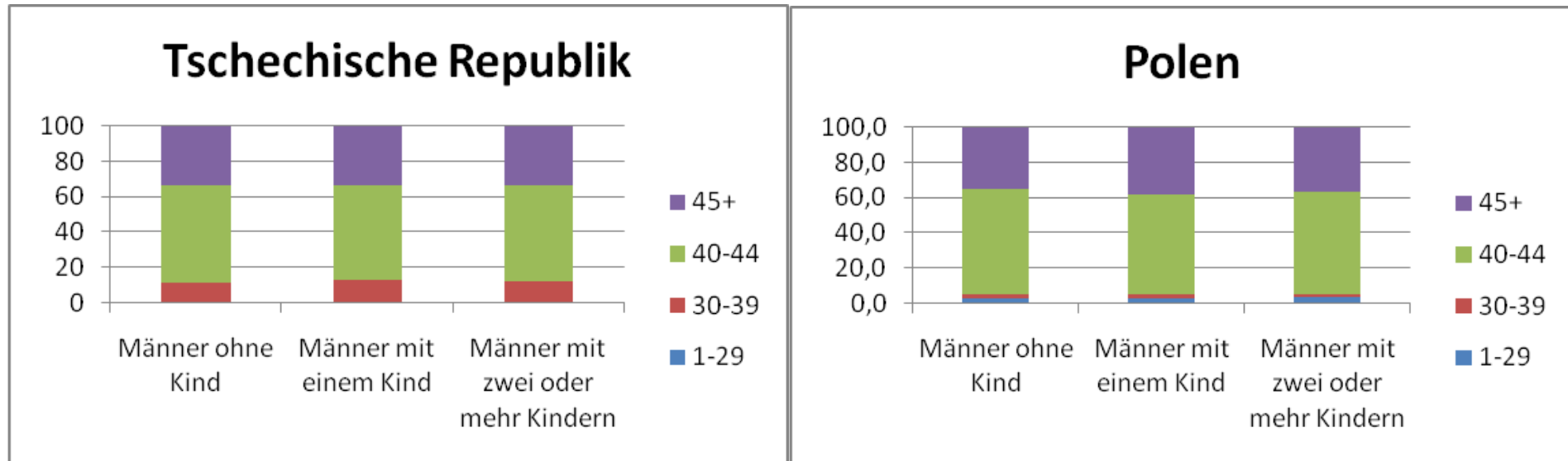


Abb. 5: Beschäftigung und Arbeitszeitmuster nach Kinderzahl, ausgewählte europäische Länder, 2007 (Fortsetzung).



Quelle: OECD 2009

Offenbar findet im Familienverlauf somit eine Polarisierung zwischen erwerbstätigen Müttern mit vergleichsweise hoher Stundenzahl (Zweiverdienermodell) und nicht erwerbstätigen Müttern (Ernährermodell) statt. Noch deutlicher zeigt sich dieses Muster in den *osteuropäischen* Staaten. Hier sind weniger als ein Zehntel aller Mütter in Teilzeitarbeit tätig; und selbst innerhalb der Gruppe der Mütter mit zwei Kindern arbeiten mehr als 75% aller Mütter mit einer Stundenzahl von mehr als 40 Stunden. Auch hier deutet sich eine scharfe Polarisierung zwischen nicht-erwerbstätigen Müttern (deren Anzahl mit steigender Kinderzahl zunimmt) und einer immer noch beachtlich hohen Anzahl von umfangreich erwerbstätigen Müttern mit zwei und mehr Kindern an. Hinzu kommt, dass ein im europäischen Vergleich hoher Anteil osteuropäischer Frauen in Schichtarbeit bzw. mit zusätzlicher Wochenendarbeit festzustellen ist, so dass mit der umfangreichen geleisteten Stundenzahl ebenso vermutlich ein hoher individueller Belastungsgrad einhergeht (*Eurofound* 2005).

Für die *skandinavischen* Länder liegen im Rahmen der hier verwendeten OECD-Daten leider nur vergleichbare Ergebnisse für Finnland vor. Die finnischen Ergebnisse deuten indes darauf hin, dass der Übergang zur Mutterschaft hier nur einen geringen Einfluss auf die Erwerbstätigkeit von Frauen hat. Ein großer Anteil der finnischen Frauen ist in einer geringfügig reduzierten Vollzeittätigkeit von 30-40 Stunden erwerbstätig und bleibt dies auch nach der Geburt des ersten Kindes. Lediglich beim Übergang zum zweiten Kind ist ein Sinken der Erwerbsbeteiligung von finnischen Müttern erkennbar, die im Arbeitsmarkt verbleibenden Frauen, die immer noch knapp zwei Drittel aller Erwerbstätigen ausmachen, verbleiben jedoch in vergleichsweise umfangreicher Stundenzahl erwerbstätig. Andere Studien auf Basis alternativer Datensätze legen ähnlich konstante Verlaufsmuster mütterlicher Erwerbstätigkeit in anderen skandinavischen Staaten nahe (z.B. *Aliaga* 2005, *Anxo et al.* 2007). Im Gegensatz zu den osteuropäischen Staaten, in den der hohe Umfang mütterlicher Erwerbstätigkeit weitestgehend auf die finanzielle Notwendigkeit zweier Erwerbseinkommen (vgl. *Härpfer* 2009) und das Fehlen flexibler Arbeitsformen zurückzuführen ist, lassen sich die hohen und konstanten Erwerbsraten von skandinavischen Müttern eher auf die ausgebaute familienpolitische Unterstützung, etwas durch umfassend ausgebaute Kinderbetreuungseinrichtungen, erklären. Sie entsprechen zudem weitgehend auch den Idealvorstellungen skandinavischer Paare (*Bertelsmann Stiftung* 2002).

3.3 Erwerbsmodelle und familiales Belastungsempfinden im europäischen Vergleich

Die vorangegangenen Analysen gaben einen detaillierten Überblick über die Erwerbsmuster von Männern und Frauen in Europa und deren Entwicklung im Zeitverlauf. Trotz des allgemeinen Trends zur generellen Angleichung der Erwerbsmuster von Männer und Frauen in Europa zeigten sich deutliche innereuropäische Unterschiede im Hinblick auf die konkreten Entwicklungslinien der Erwerbsmuster beider Geschlechter. Während die Abkehr von einem klassischen Ernährermodell europaweit als in vollem Gange und weitgehend unumkehrbar angesehen werden kann, scheinen deutliche internationale Unterschiede hinsichtlich der Frage zu existieren, durch welches Modell dieses abgelöst werden soll. Die Extrempole stellen hier einerseits das vergleichsweise am „Zuverdiener-Ideal“ orientierte Modell der Niederlande, in dem Mütter oftmals lediglich als Zweitverdiener in geringfügiger Teilzeitarbeit erwerbstätig

sind, und andererseits das Modell der osteuropäischen Staaten dar, in denen erwerbstätige Frauen in oftmals umfangreicher Vollzeittätigkeit weitgehend ohne Flexibilisierungsoptionen und mit hohem Belastungsgrad arbeiten und somit meist als „Zweitverdiener“ zum familialen Einkommen beitragen.

Angesichts der Vielzahl möglicher „Nachfolgemodelle“ des klassischen Ernährermodells soll abschließend der Nachfrage nachgegangen werden, inwiefern sich die verschiedenen existierenden Erwerbsmuster in Europa auf die Qualität familialen Zusammenlebens und die Vereinbarkeit familiärer und beruflicher Pflichten auswirken. Hierbei wird im Folgenden auf Daten der Studie „Familie und Geschlechterrollen III“ des International Social Survey Programme (ISSP) zurückgegriffen. Das ISSP stellt ein weltweites Kooperationsprogramm internationaler Sozialforschungsinstitute dar, in dessen Rahmen jährlich in bis zu 44 Staaten eine identische, gemeinsame Umfrage zu sozialwissenschaftlich relevanten Themen durchgeführt wird. Im Rahmen der jüngsten Umfrage zu Familie und Geschlechterrollen beinhaltete die Umfrage dabei auch einige Fragen zum Belastungsempfinden der Befragten bei der individuellen Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Im Folgenden soll dabei insbesondere auf zwei in diesem Rahmen zur Beurteilung gestellte Aussagen zurückgegriffen werden:

1. *Die Belastung des Familienbereichs durch die Arbeit:* „Wegen der Zeit, die ich mit der Arbeit verbracht hatte, war es schwierig, meinen familiären Verpflichtungen nachzukommen.“
2. *Die Belastung des Arbeitsbereiches durch familiäre Pflichten:* „Wegen der Hausarbeit, die ich zuvor gemacht hatte, kam ich zu müde zur Arbeit, um noch richtig arbeiten zu können.“

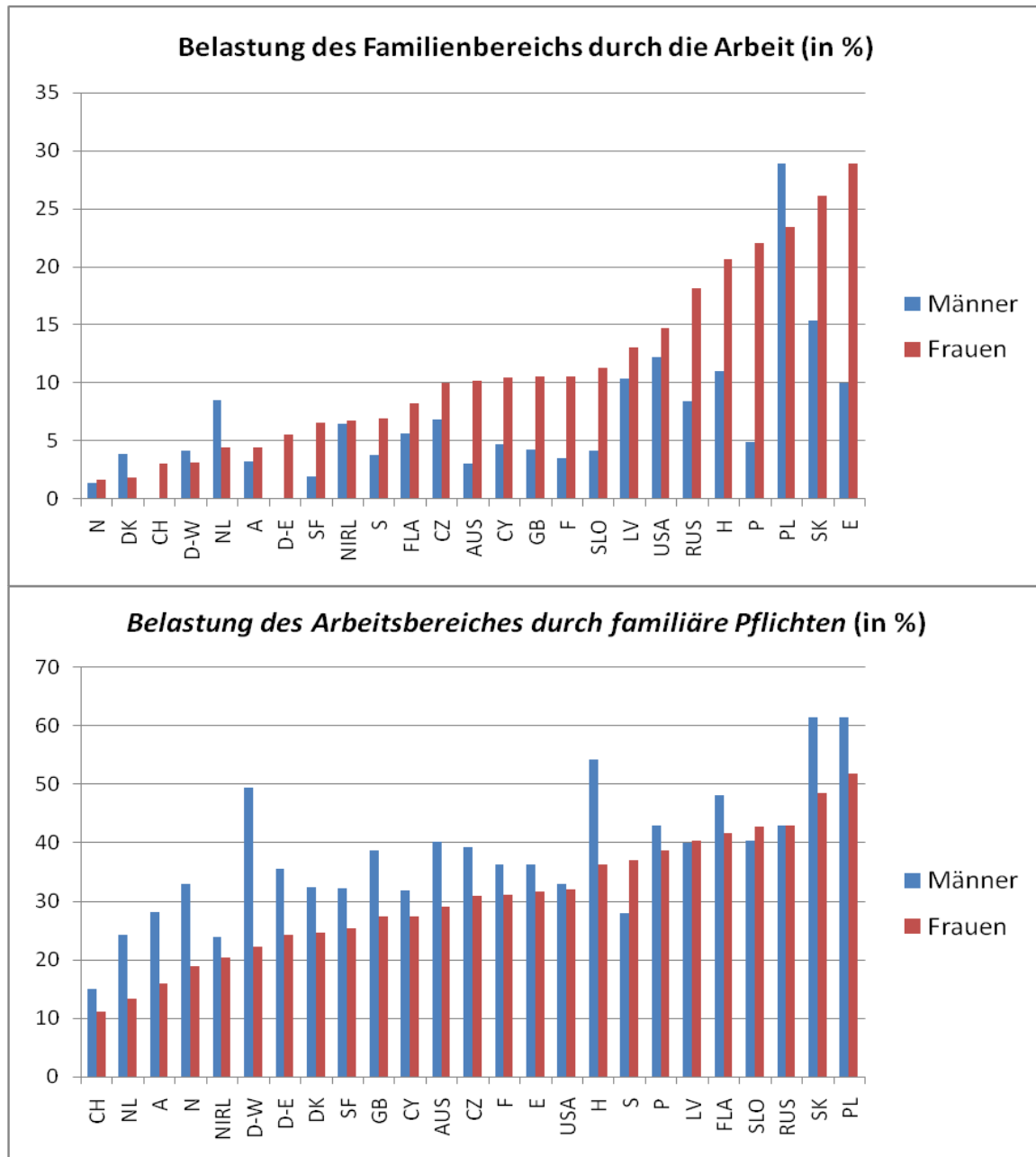
Abbildung 6 gibt die relative Anzahl derjenigen Befragten wider, die angaben, mehrmals im vergangenen Monat die oben beschriebene Erfahrung gemacht zu haben.⁹ Eine Zustimmung zu einer (oder beiden) der oben wiedergegebenen Aussagen wird dabei als Ausdruck von Problemen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und damit als Indikator eines erhöhten individuellen Belastungsempfindens angesehen. Im Folgenden sollen die Ergebnisse systematisch mit den zuvor beschriebenen verschiedenen familialen Erwerbsmodellen verglichen werden, um zu untersuchen, inwiefern spezifische Erwerbsmodelle zu Problemen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf führen. Tabelle 4 fasst die Ergebnisse dieser systematischen Gegenüberstellung kompakt zusammen.

Wie Abbildung 6 verdeutlicht, zeigen sich sowohl geschlechtsspezifische als auch deutliche internationale Unterschiede im Auftreten von Vereinbarkeitskonflikten. Allgemein nimmt die Einschränkung des Familienlebens durch zu umfassende Erwerbstätigkeit empirische mit ca. 10 bis 60 Prozent einen deutlich höheren Stellenwert ein als familienbedingte Schwierigkeiten bei der Arbeit (zwischen ca. 2 und 30 Prozent). Während jedoch vor allem Männer deutlich häufiger über Probleme klagen, aufgrund zu umfangreichen Engagements auf der Arbeit ihren familiären Verpflichtungen nicht angemessen nachkommen zu können, klagen deutlich mehr Frauen als Männer über Einschränkungen auf der Arbeit infolge zu umfassender familiärer Verpflichtungen. Betrachtet man die Ergebnisse vor dem Hintergrund der zuvor skizzierten familialen Erwerbsmuster, so zeigt sich somit, dass Vereinbarkeitskonflikte insbesondere in

⁹ Die verfügbaren Antwortmöglichkeiten lauteten auf einer 4-stufigen Skala: 1: mehrmals die Woche, 2: mehrmals im Monat, 3: ein oder zwei Mal, 4: nie innerhalb der letzten drei Monate .

denjenigem Lebens- und Arbeitsbereich erfahren werden, der weniger dem Schwerpunkt der eigenen Aufgabenspezialisierung entspricht. Lediglich in den Niederlanden und Polen klagen mehr Männer als Frauen über Vereinbarkeitskonflikte zu Lasten der eigenen Erwerbstätigkeit, in Schweden, Lettland und Slowenien hingegen fühlen sich mehr Frauen als Männer durch umfassende Erwerbstätigkeit in der Erfüllung ihrer familiären Verpflichtungen eingeschränkt.

Abb. 6: Belastungsempfinden bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, 2002.



Quelle: ISSP 2002, eigene Berechnungen.

Bemerkenswerterweise zeigt sich zudem, dass Vereinbarkeitskonflikte keineswegs – wie vielfach in der öffentlichen Diskussion angenommen – eine rein weibliche Problematik darstellen. Offenbar sehen sich auch Männer bzw. Väter durch ihre umfangreiche Erwerbstätigkeit und in vielen Ländern noch vorherrschende Ernährer-Rolle in ihrem Engagement für familiäre Tätigkeiten zum Teil deutlich eingeschränkt. Zielgerichtete familienpolitische Maßnahmen zur Re-

duzierung möglicher Vereinbarkeitskonflikte müssen sich somit an beide Geschlechter wenden, und idealiter sowohl Frauen und Müttern eine gewünschte Erwerbstätigkeit – etwa durch das Angebot kostengünstiger Kinderbetreuung – als auch Vätern die Freiräume zur stärkeren Übernahme familiärer Verpflichtungen schaffen, etwa durch spezifische Freistellungsregelungen oder Arbeitszeitreduzierungen.

Tab. 4: Erwerbsmuster und individuelles Belastungsempfinden im Überblick

	Skandinavisch	Angelsächsisch	Mitteleuropa	Südeuropa	Osteuropa
Umfang der Erwerbstätigkeit	Hoch	Hoch	Moderat	Gering	Moderat – hoch
Erwerbsmuster im Lebens- und Familienverlauf	Männer und Frauen: Kontinuierlich	Männer: Kontinuierlich; Frauen: Kontinuierlich (USA) Unterbrochen (Gbr., Irland)	Männer: Kontinuierlich; Frauen: Meist längere Erwerbsunterbrechung (außer Frankreich)	Männer: Kontinuierlich; Frauen: Polarisierung: Erwerbskontinuität vs. Erwerbsausstieg	Männer: Kontinuierlich; Frauen: Polarisierung: Erwerbskontinuität vs. Erwerbsausstieg
Umfang der Arbeitszeit	Männer und Frauen: näherungsweise Vollzeit (ca. 30-40 Stunden)	Männer: Vollzeit Frauen: Vollzeit (USA); Teilzeit (Gbr. Irland)	Männer: Vollzeit Frauen: Teilzeit (außer Frankreich)	Männer: Vollzeit Frauen: Vollzeit	Männer und Frauen: umfangreiche Vollzeit
Arbeitszeit: Flexibilisierungsoptionen	Umfangreich	Umfangreich-moderat	Moderat	Gering	Sehr gering
Familiäre Belastungen	Gering	Mittel	Gering bis mittel (Frankreich)	Hoch	Hoch
Belastungen bei der Arbeit	Gering	Mittel	Gering bis mittel (Frankreich)	Hoch	Hoch

Quelle: eigene Darstellung

Darüber hinaus lassen sich jedoch ebenso bedeutsame und für beide Fragen ähnliche systematische internationale Variationen im individuell wahrgenommenen Belastungsempfinden erkennen. Auffällig ist dabei, dass mit wenigen Ausnahmen insbesondere in den *süd- und osteuropäischen Ländern* das individuelle Belastungsempfinden bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für beide Geschlechter ausgesprochen hoch ausfällt. So klagen in der Slowakei und Polen etwa 60 Prozent aller Männer und 50 aller Frauen über arbeitsbedingte Probleme bei der Erfüllung ihrer familiären Pflichten, bis zu 30 Prozent aller Männer und Frauen in diesen Ländern sehen sich zudem durch familienbedingte Tätigkeiten in ihrer Erwerbsarbeit beein-

trächtigt. Spanien sowie die anderen im ISSP vertretenen osteuropäischen Länder weisen zwar ein etwas geringeres Belastungsempfinden auf, nichtsdestotrotz nehmen auch diese Länder im internationalen Vergleich „Spitzenplätze“ bei der Häufigkeit von Vereinbarkeitskonflikten ein. Das überdurchschnittlich hohe Auftreten lässt sich vor dem Hintergrund der zuvor skizzierten familienpolitischen Rahmenbedingungen sowie der Erwerbstätigkeitsquoten und Arbeitszeitmuster von Männern und Frauen in beiden Ländergruppen plausibilisieren. Im (wirtschaftlich meist notwendigen) Falle einer Erwerbstätigkeit sind in beiden Ländergruppen sowohl Männer als auch Frauen umfassend und zumeist mit mehr als 40 Wochenstunden in den Arbeitsmarkt integriert. Gleichzeitig existieren nur wenige familienpolitische Unterstützungsmaßnahmen zur besseren Vereinbarkeit der umfassenden Erwerbstätigkeit mit familiären Verpflichtungen. Betriebliche Flexibilisierungsmöglichkeiten zu einer familienfreundlicheren Aufteilung der Arbeitsstunden existieren zudem kaum. Es bieten sich somit für Männer und Frauen trotz der hohen Arbeitszeit nur wenige Potentiale einer Externalisierung familiärer Verpflichtungen, so dass insbesondere Frauen in diesen Ländern von einer immensen Doppelbelastung durch hohes Engagement in Familien- und Erwerbsarbeit betroffen sind.

Den Gegenpol stellen die *mitteleuropäischen* Länder (v.a. Deutschland, Niederlande, Österreich) dar, die sowohl bei der familiären Belastung als auch bei der Einschränkung der Erwerbsarbeit durch familienbedingte Verpflichtungen nur ein vergleichsweise geringes Belastungsempfinden artikulieren. Die einzige Ausnahme bildet Westdeutschland, wo Männer in vergleichsweise umfangreichem Maße die Einschränkung ihrer familiären Verpflichtungen durch die Erwerbstätigkeit beklagen. Offenbar gelingt es aber dem in diesen Ländern vergleichsweise umfassend verbreiteten familialen „Zuverdienermodell“ mit einem männlichen „Haupternährer“ und einer meist in Teilzeit als „Zuverdienerin“ tätigen Mutter, eine positive Balance zwischen Familien- und Erwerbsarbeit herzustellen. Für Deutschland kann zudem davon ausgegangen werden, dass die kürzlich eingeführten „Vätermonate“ dazu beitragen, den väterlichen Konflikt zwischen Erwerbstätigkeit und Familienverpflichtungen zumindest partiell zu reduzieren. Bemerkenswerterweise weichen Frankreich sowie Belgien/Flandern von dem mitteleuropäischen Mustern insofern ab, als dass hier das Belastungsempfinden - insbesondere die familienbedingte Beeinträchtigung von Frauen bei der Erwerbstätigkeit - vergleichsweise höher ausfällt. Eine mögliche Ursache hierfür könnte die hier häufig umfangreichere Erwerbstätigkeit von Frauen (vgl. Hofäcker 2004) darstellen, die insbesondere in Frankreich vielfach als vollwertige Zweitverdienerin zum gemeinsamen Haushaltseinkommen beitragen.

Bemerkenswerterweise gelingt es auch den *skandinavischen* Ländern (hier: Dänemark und Schweden), die – wie zuvor gezeigt - eher durch ein Zweiverdienermodell mit deutlich umfangreicherer und kontinuierlicher Erwerbstätigkeit beider Ehepartner gekennzeichnet sind, das individuelle Belastungsempfinden bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf vergleichsweise gering zu halten. Lediglich hinsichtlich der Einschränkung familiärer Pflichten beklagt etwa ein Drittel aller schwedischen Männer bzw. ein Viertel aller schwedischen Frauen über mehr oder minder regelmäßige Probleme im Familienbereich. Das vergleichsweise moderate Belastungsempfinden trotz umfangreicher Integration beider Ehepartner in das Erwerbsleben verweist darauf, dass eine hohe Stundenzahl per se nicht zwangsläufig zu einem umfassenderen Belastungserleben führen muss, wenn der Vereinbarkeitskonflikt durch umfangreiche staatliche oder privatwirtschaftliche Maßnahmen reduziert wird. Ausschlaggebend

für das individuelle Konfliktempfinden ist somit nicht primär das Ausmaß der Integration in das Erwerbsleben, sondern dessen arbeitsmarkt- und familienpolitische Ausgestaltung bzw. Flankierung.

Das in den *angelsächsischen* Staaten (hier USA, Australien, Großbritannien und Irland) eher moderate Belastungsempfinden beider Ehepartner lässt vermuten, dass eine privatwirtschaftliche Reduzierung des Vereinbarkeitskonfliktes - etwa durch betriebliche Flexibilitätsoptionen bei der Arbeitszeitgestaltung oder private Kinderbetreuungsangebote) zwar ebenfalls in der Lage ist, mögliche Vereinbarkeitskonflikte zu Gunsten der Familienmitglieder zu reduzieren. Durch die stärker individualisierte Form der Konfliktlösung, die insbesondere benachteiligten Bevölkerungsschichten wie etwa Geringverdienern nur bedingt zur Verfügung steht, verbleibt das Ausmaß des empfundenen Konfliktes zwischen Berufs- und Privatleben jedoch nichtsdestotrotz oberhalb des Niveaus der skandinavischen Staaten.

4 Ausblick

Die vorangegangenen Analysen gaben auf Basis aktueller statistischer Daten einen umfassenden Überblick über die Entwicklung weiblicher und männlicher Erwerbsmuster in Europa im Zeitverlauf. Zusammengefasst verdeutlichen die Ergebnisse, dass sich das klassische Ernährermodell, das vor einem halben Jahrhundert noch das dominante Modell des Geschlechterverhältnisses in nahezu allen europäischen Staaten darstellte, seit Beginn der 1970er Jahre in Europa graduell auf dem Rückzug befindet. Während insbesondere die angelsächsischen und skandinavischen Staaten den Übergang zu einem weitgehend ununterbrochenen Zweiverdienermodell mit umfangreicher Erwerbstätigkeit beider Ehepartner vollzogen haben, findet sich in den mitteleuropäischen Staaten nach der Familiengründung überwiegend noch ein „Zuverdienermodell“, in dem Frauen meist nur einen ergänzenden Beitrag als Teilzeitarbeitskräfte zum gemeinsamen Haushaltseinkommen erbringen. Ost- und südeuropäische Staaten hingegen sind insbesondere bei Familien mit mehreren Kindern durch eine „Polarisierung“ der familialen Erwerbsmuster gekennzeichnet: Während in etwa die Hälfte bis zwei Drittel aller Paare beide Ehepartner zur Sicherung des finanziellen Auskommens in äußerst umfangreicher Form (d.h. mit mehr als 40 Stunden) am Erwerbsleben teilnehmen, verzichten andererseits viele Frauen angesichts mangelnder familienpolitischer Unterstützungsleistungen und fehlender Flexibilitätsoptionen am Arbeitsplatz vollständig auf eine Erwerbstätigkeit.

Auf die Frage nach dem „legitimen Nachfolger“ des klassischen Ernährermodells werden somit in den Staaten Europas bislang noch sehr unterschiedliche ländertypische Antworten gefunden. Den Hintergrund für diese ausgeprägte Heterogenität bilden national-spezifische Kombinationen von familien- und arbeitsmarktpolitischen Rahmenbedingungen, die jeweils ein spezifisches Rollenmodell fördern bzw. begünstigen: So bietet etwa das umfangreiche sozialstaatliche und arbeitsmarktpolitische Engagement der skandinavischen Staaten die Grundlage für das dort mehrheitlich praktizierte *Zweiverdienermodell*, in dem die deutliche Mehrheit aller Männer und Frauen auch während der Familienphase aktiv am Erwerbsleben teilnimmt. Angelsächsische Staaten erreichen ein ähnliches Rollenmodell durch die eher privatwirtschaftlich orientierte Verfügbarkeit flexibler Vereinbarkeitsoptionen am Arbeitsplatz, wenngleich deren Wirkung mitunter sozial selektiv sein kann. Insbesondere bei höheren Kinderzahlen zeigen sich dabei die Grenzen der privatwirtschaftlichen Unterstützungsleistungen; hier ist die Erwerbstätigkeit von Müttern in den angelsächsischen Staaten meist rückläufig.

Das in den mitteleuropäischen Ländern dominante Modell einer Vollzeiterwerbstätigkeit beider Ehepartner vor der Familiengründung und eines häufigen Übergangs zum *Zuverdienermodell* mit der Geburt eines Kindes kann zum einen als Konsequenz eines geringen Betreuungsangebotes für Kleinkinder und einer zeitlich begrenzten Betreuung für Schulkinder angesehen werden. Darüber hinaus bieten mehrere flexible Arbeitszeitoptionen sowie die vergleichsweise umfangreiche Verfügbarkeit von Teilzeitarbeit umfassende Möglichkeiten zur reduzierten Erwerbstätigkeit während der „Familienphase“.

In den osteuropäischen und südeuropäischen Ländern hingegen begünstigen niedrige Lohnniveaus und geringe wohlfahrtsstaatliche Leistungen einerseits eine umfangreiche Erwerbstätigkeit beider Geschlechter. Gleichzeitig tragen die fehlende familienpolitische Unterstützung einer Erwerbstätigkeit, das Fehlen flexibler Arbeitszeiten sowie der angespannte Arbeitsmarkt

mit hohen Langzeitarbeitslosigkeitsraten dazu bei, dass nur einer begrenzten Anzahl von Männern und Frauen de facto eine aktive Teilnahme am Erwerbsleben möglich ist. Dieses institutionelle Arrangement resultiert entsprechend in einer *Polarisierung* zwischen einem in hoher Stundenzahl praktizierten Zweiverdienermodell, in dem Frauen und Männer meist mit einer Stundenzahl von mehr als 40 Wochenstunden erwerbstätig sind, und einem männlichen Alleinverdienermodell. Während in den osteuropäischen Staaten dabei das Zweiverdienermodell quantitativ noch überwiegt, ist in den südeuropäischen Staaten trotz jüngerer Anstiege der Erwerbsquoten insbesondere in Mehrkindfamilien das klassische Ernährermodell weiterhin noch von beachtlicher Bedeutung.

Die abschließenden Analysen stellten den verschiedenen familialen Erwerbsmodellen in Europa das subjektive Belastungsempfinden von europäischen Männern und Frauen hinsichtlich der Möglichkeiten zur *Vereinbarkeit* von Familie und Beruf gegenüber. Das mit einigem Abstand höchste Belastungsempfinden zeigte sich dabei erwartungsgemäß insbesondere in den durch umfangreiche Arbeitszeiten und wenige Vereinbarkeitsoptionen charakterisierten Staaten Ost- und Südeuropas, in denen sich teilweise mehr als die Hälfte der im Rahmen der ISSP-Studie befragten Personen mit arbeitsbedingten Problemen bei der Erfüllung familiärer Pflichten konfrontiert sieht. Dieser antizipierte Vereinbarkeitskonflikt mag eine wesentliche Ursache dafür sein, dass die Bereitschaft zur Familiengründung in diesen Staaten in den vergangenen Jahrzehnten rapide gesunken ist und seitdem auf einem europäischen Tiefstwert weitestgehend verharret (vgl. Rost 2009). Dem hingegen fällt das individuelle Belastungsempfinden in den Staaten Skandinaviens und Mitteleuropas merklich geringer aus. Während insbesondere die skandinavischen Staaten das sozialstaatlich geförderte umfangreiche Erwerbsengagement beider Ehepartner durch ein breites familienpolitisches Engagement des Staates und flexible Arbeitszeitmodelle abfedern, lässt sich der geringere Belastungsgrad in den mitteleuropäischen Ländern primär auf die allgemein geringeren Arbeitszeiten von Frauen zurückführen.

Abschließend stellt sich die Frage nach der weiteren Entwicklung der verschiedenen familialen Erwerbsmodelle in Europa. Welches Modell besitzt angesichts aktueller Wandlungstendenzen moderner Gesellschaften die besten Zukunftsaussichten? Und welche Form der innerfamilialen Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit sollte in Zukunft politisch gefördert werden? Betrachtet man die Ergebnisse zur Wahrnehmung der Belastung von Familien, so weisen die mitteleuropäischen Länder – inklusive Deutschland – im europäischen Vergleich die geringsten familialen Belastungsquoten auf. Gleichzeitig zeigen aktuelle Studien zur Erwerbswunsch- und -wirklichkeit (vgl. Bertelsmann-Stiftung 2002), dass das deutsche „Zuverdienermodell“ nur bedingt den Wünschen und Vorstellungen junger Frauen und Männer entspricht. Entsprechend verzichtet eine beträchtliche Anzahl von Frauen in Deutschland zu Gunsten der Fortführung einer eigenen Erwerbskarriere vollkommen auf die Familiengründung. Insbesondere in Deutschland ist Kinderlosigkeit entsprechend zu einem „sozial verfestigten Verhaltensmuster“ (Duschel und Wirth 2005: 800) geworden.

Gleichzeitig zeigen die Ergebnisse des ISSP, dass es auch dem an der Vereinbarkeit von Beruf und Familie orientierten Politikmodell Skandinaviens noch nicht nachhaltig gelungen ist, Vereinbarkeitskonflikte auf ein Minimum zu reduzieren. Die Herausforderung zukünftiger nationaler und europäischer Familienpolitik wird entsprechend darin bestehen, Arrangements zu

entwickeln, die beiden Ehepartnern eine umfangreiche Erwerbstätigkeit ermöglichen *und* angemessene Freiräume für Kindererziehung und Familienarbeit sicherstellen.

5. Literatur

- Addabo, T. (1997): Part-Time Work in Italy; in: Blossfeld, H.-P. und Hakim, C. (Hrsg.) (1997): *Between equalization and marginalization. Part-time working women in Europe and the United States of America*, Oxford: University Press, S. 113-132.
- Aliaga, C. (2005): Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Unterschiede zwischen Frauen und Männern, Statistik kurz gefasst: Bevölkerung und soziale Bedingungen 4/2005, Luxembourg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.
- Allmendinger, J., & Ebner, C. (2006): Arbeitsmarkt und demografischer Wandel: Die Zukunft der Beschäftigung in Deutschland. *Zeitschrift für Arbeits- und Organisationspsychologie*, 50 (4), S. 227-239.
- Allmendinger, J., Dressel, K., & Ebner, C. (2006): Zum Verhältnis von Demografie, Qualifikation und Frauenerwerbstätigkeit. In Ministerium für Generationen, Frauen, Familie und Integration NRW (Hrsg.), *Demografischer Wandel: Die Stadt, die Frauen und die Zukunft* (S. 161-172). Köln: MGFFI NRW.
- Anxo, D., Flood, L., Mencarini, L., Pailhé, A., Solaz, A. und Tanturini, M.L. (2007): *Time Allocation between Work and Family over the Life Cycle: A Comparative Gender Analysis of Italy, France, Sweden and the United States*, IZA Discussion Paper No. 3193, Bonn: Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA).
- Bäcker, G. (2008): *Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland: Grundlagen, Arbeit, Einkommen und Finanzierung*, Wiesbaden: VS – Verlag für Sozialwissenschaften.
- Beblo, M. und Wolf, E. (2002): Die Folgekosten von Erwerbsunterbrechungen, in: *Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung* 1/2002, S. 83-94.
- Beier, L. und Rupp, M. (2009): Rollenbilder und Arbeitsteilung in den Ländern der EU; in: Tanja Mühling und Harald Rost (Hg.): *ifb-Familienreport Bayern 2009. Schwerpunkt: Familie in Europa*; Bamberg: Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg (ifb), S. 121-142.
- Beier, L., Rost, H. und Scharpf, S. (2009): *ifb – Familienreport Bayern – Tabellenband 2009*, ifb-Materialien Nr. 5/2009, Bamberg: Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg (ifb).
- Bertelsmann Stiftung (Hg.) (2002): *Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Benchmarking Deutschland Aktuell*, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Blossfeld, H.-P. und Drobníč, S. (Hrsg.) (2001): *Careers of couples in contemporary society: From male breadwinner to dual-earner families*, Oxford: Oxford University Press.
- Blossfeld, H.-P. und Hakim, C. (Hrsg.) (1997): *Between equalization and marginalization. Part-time working women in Europe and the United States of America*, Oxford: University Press.
- Blossfeld, H.-P. und Hofmeister, H. (Hrsg.) (2006): *Globalization, uncertainty and women's careers: An international comparison*. Cheltenham, UK, & Northampton, MA, USA: Edward Elgar.
- Blossfeld, H.-P., Klijzing, E., Mills, M. und Kurz, K. (2005): *Globalization, uncertainty and youth in society*, London et al.: Routledge, 2005.
- BMFSFJ [Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend] (2005): *Gender-Datenreport. 1. Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin: BMFSFJ.

- Bosch, N., Deelen, A. und Euwals, R. (2008): Is Part-Time Employment Here to Stay? Evidence from the Dutch Labour Force Survey 1992-2005, IZA Discussion Paper No. 3367, Bonn: Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit.
- Büchel, F. und Spiess, K. (2002): Form der Kinderbetreuung und Arbeitsmarktverhalten von Müttern in West- und Ostdeutschland, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Stuttgart: Kohlhammer.
- Buchholz, S. (2008): Die Flexibilisierung des Erwerbsverlaufs. Eine Analyse von Einstiegs- und Ausstiegsprozessen in Ost- und Westdeutschland, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Cebrián, I., Moreno, G., Samek, M., Semenza, R. and Toharia, L. (2003): 'Non-standard work in Italy and Spain', in Houseman, S. and Osawa, M. (eds.), Non-standard work in developed economies: Causes and consequences, Michigan, USA, W.E. Upjohn Institute Publications.
- Daly, M. (2000): A fine balance? Women's labour market participation patterns in international comparison', in: Scharpf, F. and Schmidt, V. (eds) From Vulnerability to Competitiveness: Welfare and Work in the Open Economy, vol II, Oxford: Oxford University Press, S. 467-510.
- De Graaf, P. und Vermeulen, H. (1997): Female Labour-Market Participation in the Netherlands: Developments in the Relationship between Family Cycle and Employment; in: Blossfeld, H.P. und Hakim, C. (Hg.): Between Equalization and Marginalization: Women Working Part-Time in Europe and the United States of America, Oxford: University Press, S. 191-209.
- Dienel, C. (2004): Eltern, Kinder und Erwerbsarbeit: Die EU als familienpolitischer Akteur. In: S. Leitner, I. Ostner und M. Schratzenstaller (Hg.): Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch. Was kommt nach dem Ernährermodell? Jahrbuch für Europa- und Nordamerika-Studien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 285-307.
- Drobnič, S. (1997): Part-Time Work in Central and Eastern European countries; in: Blossfeld, H.-P. und Hakim, C. (Hrsg.) (1997): Between equalization and marginalization. Part-time working women in Europe and the United States of America, Oxford: University Press, S. 289-314.
- Drobnič, S. und Wittig, I. (1997): Part-Time Work in the United States of America; in: Blossfeld, H.-P. und Hakim, C. (Hrsg.) (1997): Between equalization and marginalization. Part-time working women in Europe and the United States of America, Oxford: University Press, S. 71-89.
- Eurofound (European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions] (2007a): Fourth European Working Conditions Survey, Luxembourg: Office for Official Publications of the European Communities.
- Eurofound (European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions] (2007b): Part-time work in Europe, Luxembourg: Office for Official Publications of the European Communities.
- Eurofound (European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions] (2005): Working conditions and working time in an enlarged Europe, Luxembourg: Office for Official Publications of the European Communities.
- Europäischer Rat (2000): Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für Beschäftigung und Sozialpolitik vom 29. Juni 2000 über eine ausgewogene Teilhabe von Frauen und Männern am Berufs- und Familienleben [Amtsblatt C 218 vom 31. Juli 2000].
- Eurostat (2009): Statistiken: Arbeitsmarkt, URL: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/labour_market/introduction (Stand: 01.07.2009).

- Fagan, Colette; Smith, Mark; Anxo, Dominique; Letablier, Marie-Thérèse; Perraudin, Corinne (2007): *Part-time work in European Countries*, European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions, Luxembourg: Office for Official Publications of the European Communities.
- Flacquer, L. (2000): Is there a Southern European Model of Family Policy?; in: Pfenning, A. und Bashle, T. (Hrsg.): *Families and Family Policies in Europe: Comparative Perspectives*, Frankfurt/M. u.a.: Peter Lang, S. 15-33.
- Gangl, M. (2004): Institutions and the structure of labour market matching in the United States and West Germany, in: *European Sociological Review*, Jg. 20, Heft 3, S. 171-187.
- Gauthier, A.-H. (1996): *The State and the Family. A Comparative Analysis of Family Policies in Industrialized Countries*, Oxford: Clarendon Press.
- Golsch, Katrin (2006): Women's Employment in Britain; in: Blossfeld, H.-P. und Hofmeister, H. (Hrsg.) (2006): *Globalization, uncertainty and women's careers: An international comparison*. Cheltenham, UK, & Northampton, MA, USA: Edward Elgar, S. 275-301.
- Gornick, J. C., Meyers, M. K., und Ross, K. E. (1998): Public Policies and the Employment of Mothers: A Cross-National Study; in: *Social Science Quarterly* 79, 1, S. 35-54.
- Hank, C., Tillman, K. und Wagner, G.G. (2001): Außerhäusliche Kinderbetreuung in Ostdeutschland vor und nach der Wiedervereinigung, Ein Vergleich mit Westdeutschland in den Jahren 1990-1999, in: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, Jg. 26, H. 1, S. 55-65.
- Härpfer, M. (2009): Sozioökonomische Situation von Familien im europäischen Vergleich; in: Tanja Mühling und Harald Rost (Hg.): *ifb-Familienreport Bayern 2009. Schwerpunkt: Familie in Europa*; Bamberg: Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg (ifb), S. 99-120.
- Hendrickx, J., Bernasco, W., de Graaf, P.M. (2001): Couples' Labour Market Participation in the Netherlands; in: Blossfeld, H.-P. und Drobnič, S. (Hrsg.) (2001): *Careers of couples in contemporary society: From male breadwinner to dual-earner families*, Oxford: Oxford University Press, S. 77-97.
- Hofäcker, D. (2010): Older workers under Globalization: An international comparison of retirement and late-career patterns among older workers in Western industrialized countries, Cheltenham/Northampton, MA: Edward Elgar.
- Hofäcker, D. (2008): Väter im internationalen Vergleich; in: Tanja Mühling und Harald Rost (Hrsg.): *Väter im Blickpunkt: Perspektiven der Familienforschung*, Opladen & Farmington Hills: Barbara Budrich, S. 161-204.
- Hofäcker, D. (2006): Women's employment in times of globalization: a comparative overview; in: Hans-Peter Blossfeld and Heather Hofmeister (Hrsg.): *Globalization, Uncertainty and Women's Careers. An International Comparison*. Cheltenham/UK und Northampton, MA/U.S.: Edward Elgar, S. 32-58.
- Hofäcker, D. (2004): Typen europäischer Familienpolitik: Vehikel oder Hemmnis für das adult worker model?; in: Sigrid Leitner, Ilona Ostner and Margit Schratzenstaller (eds): *Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch. Was kommt nach dem Ernährermodell? Jahrbuch für Europa- und Nordamerika-Studien 7/2003*, Wiesbaden: VS - Verlag für Sozialwissenschaften, S. 257-284.
- Hofäcker, D., Buchholz, S. und Blossfeld, H.-P. (2007): Globalisierung, struktureller Wandel und die Veränderung später Erwerbskarrieren – Deutschland im internationalen Vergleich; in: *Deutsche Rentenversicherung*, 62, 4-5, 197-215.
- Hofäcker, D. und Lück, D. (2004): Zustimmung zu traditionellem Alleinverdienermodell auf dem Rückzug. Einstellungen von Frauen zur geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung im internationalen Vergleich; in: *Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI) Nr. 32*, S. 12-15.

- John, B. und Stutzer E. (2002): Erwerbsverhalten von Erziehungsurlauberinnen; in: Zeitschrift für Familienforschung, H. 3, Jg. 14, S. 215-233.
- Klenner, C. und Pfahl, S. (2008): Jenseits von Zeitnot und Karriereverzicht. Wege aus dem Arbeitszeitdilemma – Arbeitszeiten von Müttern, Vätern und Pflegenden, WSI-Diskussionspapier Nr. 158, Düsseldorf: WSI.
- Knijn, T. (2002):. Was kommt als Nächstes? Dilemmas in einer Zeit nach dem Familienernährermodell; in: WSI-Mitteilungen, 3/2002, S. 184-189.
- Korpi, T. und Stern, C. (2006): Globalization, deindustrialization and the labour market experiences of Swedish women, 1950 to 2000; in: Blossfeld, H.-P. und Hofmeister, H. (Hg.): Globalization, Uncertainty and Women's Careers: An International Comparison, Cheltenham, UK & Northampton, MA, US: Edward Elgar, S. 115-141.
- Kvist, J.: Der Wohlfahrtsstaat und der Arbeitsmarkt: Die Erfahrungen Skandinaviens in den 1990er Jahren, in: Zeitschrift für Sozialreform, Jg. 47, H. 4, S. 378-406.
- Leitner, S., Ostner, I. und Schratzenstaller, M. (Hg.) (2004): Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch. Was kommt nach dem Ernährermodell? Jahrbuch für Europa- und Nordamerika-Studien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Leth-Sørensen, S. und Rohwer, G. (1997): Women's Employment and Part-Time Work in Denmark; in: Blossfeld, H.-P. und Hakim, C. (Hrsg.) (1997): Between equalization and marginalization. Part-time working women in Europe and the United States of America, Oxford: University Press, S. 247-271.
- Lewis, J. (2004): Auf dem Weg zur "Zwei-Erwerbstätigen-Familie. In: Leitner, S./Ostner, I./Schratenstaller, M. (Hg.): Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch. Was kommt nach dem Ernährermodell? Jahrbuch für Europa- und Nordamerika-Studien, Folge 7, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 62-84.
- Lewis, J. (1992): Gender and the Development of Welfare Regimes. In: Journal of European Social Policy 2, S. 159-173.
- Marold, J. (2009): Mütter im Spannungsfeld zwischen Kind und Beruf. Der Weg vom Ernährer- zum Zweiverdienermodell im Spiegel familienpolitischer und geschlechterkultureller Entwicklungen in Deutschland, Dänemark und den Niederlanden. Zeitschrift für Familienforschung, 21. Jahrg., Heft 1/2009, S. 54-85.
- Meyers, M. K. und Gornick, J. C. (2003): Public or Private Responsibility? Early Childhood Education and Care, Inequality, and the Welfare State; in: Journal of Comparative Family Studies 34, 3, S. 379-411.
- Meyers, M. K., Gornick, J. C. und Ross, K. E. (1999): Public Childcare; Parental Leave and employment; in: Diane Sainsbury (Hg.): Gender and Welfare State Regimes, Oxford: University Press, S. 117-146.
- Meuser, M. und Neusüß, C. (2004): Gender Mainstreaming: Konzepte – Handlungsfelder – Instrumente, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Michoń, P. (2009): "Bleib zu Hause, Liebling" – Mütter, Arbeitsmärkte und staatliche Politik in den baltischen Ländern; in: Klenner, C. und Leiber, S. (Hg.): Wohlfahrtsstaaten und Geschlechterungleichheit in Mittel- und Osteuropa: Kontinuität und postsozialistische Transformation in den EU-Mitgliedsstaaten, Wiesbaden: VS – Verlag für Sozialwissenschaften, S. 163-191.
- Mühling, T. (2009): Familienpolitik im europäischen Vergleich; in: Tanja Mühling und Harald Rost (Hg.): ifb-Familienreport Bayern 2009. Schwerpunkt: Familie in Europa; Bamberg: Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg (ifb), S. 33-64.
- OECD [Organisation for Economic Cooperation and Development] (2009a): OECD Family database, URL: <http://www.oecd.org/els/social/family/database> (17.08.2009).

- OECD [Organisation for Economic Cooperation and Development] (2009b): OECD Stat Extracts. URL: <http://stats.oecd.org/index.aspx> (17.8.2009).
- OECD [Organisation for Economic Cooperation and Development] (2007): Benefits and Wages: OECD Indicators, 2007 Edition.
- Ostner, I. und Lewis, J. (1998): Geschlechterpolitik zwischen europäischer und nationalstaatlicher Regelung, in: Leibfried, S. und Pierson, P. (Hg.): Standort Europa, Sozialpolitik zwischen Nationalstaat und europäischer Integration, Frankfurt: Suhrkamp, 196-239.
- Pascall, G. und Kwak, A. (2009) : Geschlechterregime im Wandel; in: Klenner, C. und Leiber, S. (Hg.): Wohlfahrtsstaaten und Geschlechterungleichheit in Mittel- und Osteuropa: Kontinuität und postsozialistische Transformation in den EU-Mitgliedsstaaten, Wiesbaden: VS – Verlag für Sozialwissenschaften, S. 123-161.
- Peper, B. & S. Phlippen (2003). Changes in the Work-Family Field in the Netherlands 1945-2003. Unveröffentlichter Aufsatz für das Projekt "Looking Backwards to Go Forward" (Ford Foundation; Institute of Family & Environmental Research. London).
- Plantenga, J. (2002): Combining work and care in the polder model: an assessment of the Dutch part-time strategy; in: Critical social Policy, Jg. 22, No. 1, S. 53-71.
- Plomien, A. (2006): Women and the labour market in Poland: from socialism to capitalism; in: Blossfeld, H.-P. und Hofmeister, H. (Hg.): Globalization, Uncertainty and Women's Careers: An International Comparison, Cheltenham, UK & Northampton, MA, US: Edward Elgar, S. 247-271.
- Pott-Buter, H. A. (1993): Facts and Fairy Tales about Female Labor, Family and Fertility. Amsterdam: Amsterdam University Press.
- Ray, R., Gornick, J C. u. Schmitt, J. (2009): Parental Leave Policies in 21 Countries: Assessing Generosity and Gender Equality, Washington: Center for Economic and Policy Research, URL: http://www.cepr.net/documents/publications/parental_2008_09.pdf (17.08.2009)
- Reuter, S. (2003): Die vollzeitberufstätige Mutter als Auslaufmodell, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft B44/2003, S. 39-46.
- Reinberg, A. und Hummel, M. (2004). Fachkräftemangel bedroht Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Aus Politik und Zeitgeschichte, B28, 3-10.
- Rost, H. (2009): Familienhaushalte im europäischen Vergleich; in: Tanja Mühling und Harald Rost (Hg.): ifb-Familienreport Bayern 2009. Schwerpunkt: Familie in Europa; Bamberg: Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg (ifb), S. 9-32.
- Rüling, A. (2004): Wohlfahrtsstaat, Geschlechterverhältnisse und familiäre Arbeitsteilung. Theoretische Überlegungen. In: Döge, Peter; Kassner, Karsten; Schambach, Gabriele (Hg.): Schaustelle Gender. Aktuelle Beiträge sozialwissenschaftlicher Geschlechterforschung. Bielefeld: Kleine Verlag, S. 109-134.
- Ruhm, C. J. (1998): The Economic Consequences of Parantal Leave Mandates: Lessons from Europe, in: The Quarterly Journal of Economics 1/1998, S. 285-317.
- Saar, E. und Helemäe, J. (2006): Women's employment in Estonia; in: Blossfeld, H.-P. und Hofmeister, H. (Hg.): Globalization, Uncertainty and Women's Careers: An International Comparison, Cheltenham, UK & Northampton, MA, US: Edward Elgar, S. 199-223.
- Schmidt, C., Raab, M. und Ruland, M. (2009): Intergenerationale Austauschbeziehungen im internationalen Vergleich; in: Tanja Mühling und Harald Rost (Hg.): ifb-Familienreport Bayern 2009. Schwerpunkt: Familie in Europa; Bamberg: Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg (ifb), S. 143-166.
- Statistisches Bundesamt [destatis] (2006a): Bevölkerung Deutschlands bis 2050, 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden: destatis.

- Statistisches Bundesamt [destatis] (2006b): Frauen in Deutschland 2006, Wiesbaden: destatis.
- Sundström, M. (1997): Managing Work and Children: Part-Time Work and the Family Cycle of Swedish Women; in: Blossfeld, H.-P. und Hakim, C. (Hrsg.) (1997): Between equalization and marginalization. Part-time working women in Europe and the United States of America, Oxford: University Press, S. 272-288.
- Unicef (1999): Women in Transition: A summary, Monee Project Regional Monitoring report Summary No. 6 1999, Florenz: Unicef.
- Van Wel, F. und Knijn, T. (2006): Transitional Phase or a New Balance? Working and Caring by Mothers With Young Children in the Netherlands; in: Journal of Family Issues, Jg. 27, No. 5, S. 633-651.
- Vaupel, J. und Hofäcker, D. (2009): Das lange Leben lernen; in: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, Jg. 12, Heft 3, 2009, S. 383-407.
- Veil, M. (2003): Kinderbetreuungskulturen in Europa: Schweden, Frankreich, Deutschland; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, H.44, S. 12-22.
- Visser, J. (2002): The first part-time economy in the world: a model to be followed?; in: Journal of European Social Policy, Jg. 12, H.1, S. 23-42.
- vbw [Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V.] (2009): Geschlechterdifferenzen im Bildungssystem. Jahresgutachten 2009, Wiesbaden: VS – Verlag für Sozialwissenschaften.
- Wielers, R. und Mills, M. (2008): The flexibilization of the Dutch labor market: The impact of globalization on the life course and inequality, TransEurope Working Paper No.7, Bamberg.